ÜBERSICHT
ÜBER DIE BESTÄNDE
DES DEUTSCHEN ZENTRALARCHIVS
POTSDAM

SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN ZENTRALARCHIVS
NR. 1

Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam



RÜTTEN & LOENING
BERLIN
(1957)

Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs
In Verbindung mit der Staatlichen Archivverwaltung
herausgegeben von Helmut Lötzke

Nr. 1

Redaktion:
Dr. Helmut Lötzke
Dr. Hans-Stephan Brather



Bildunterlagen:
Deutsches Zentralarchiv (7)
Dieter Otto, Potsdam (1)

1. Auflage 1957
Lizenz-Nr. 220/415/12/57

Satz, Druck und Einband: Sachsendruck Plauen
Ladenverkaufspreis: 17,50 DM

GELEITWORT

Nachdem die Staatliche Archivverwaltung und die meisten Landeshauptarchive bereits über selbständige Veröffentlichungsreihen verfügen, kann nun auch das Deutsche Zentralarchiv eine eigene Schriftenreihe eröffnen. Auf Grund seiner Zuständigkeit für die ehemaligen zentralen Archive des Deutschen Reiches und Preußens sowie für das archivreife Schriftgut der zentralen Dienststellen der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik verwaltet es umfangreiches Quellengut (z. Z. etwa 33 000 lfd. Meter) vor allem zur neueren und neuesten deutschen Geschichte, dem im gesamtdeutschen und internationalen Rahmen von der geschichtswissenschaftlichen Forschung ein wachsendes Interesse entgegengebracht wird.

In zehnjähriger Aufbauarbeit – die sich zunächst auf die Erfassung, Ordnung und Verzeichnung des Archivgutes zu konzentrieren hatte – ist nun eine Stufe erreicht worden, auf der auch von seiten des Deutschen Zentralarchivs eine Erschließung und Auswertung der Archivbestände, die zur Zeit zu rund 80 Prozent benutzbar sind, in verstärktem Maße möglich ist. Hierzu wollen die in dieser Schriftenreihe erscheinenden Arbeiten beitragen. An erster Stelle stehen dabei Übersichten über den Inhalt des Archivs, die in qualitativ und quantitativ verschiedenen Formen herausgegeben werden und die interessierte Öffentlichkeit über das vorhandene Archivmaterial unterrichten bzw. zu seiner intensiveren Benutzung anregen sollen. Quellenpublikationen zur deutschen Geschichte und verwaltungsgeschichtliche Arbeiten werden folgen. Nicht zuletzt sollen auch allgemeine historische Darstellungen, die auf Quellenmaterial aus dem Deutschen Zentralarchiv beruhen, hier Aufnahme finden.

Der zweite Weltkrieg hat das Quellengut zur deutschen Geschichte erheblich dezimiert, auseinandergerissen und stark zerstreut. Um so wichtiger ist es, die erhalten gebliebenen Archivalien sorgsam zu pflegen und in vollem Umfange auszuschöpfen. Das Deutsche Zentralarchiv will mit dieser Schriftenreihe zu seinem Teil beitragen, der geschichtswissenschaftlichen Forschung die archivalischen Quellen stärker zu erschließen, und durch eigene Arbeiten an ihrer Auswertung mitwirken.

Helmut Lötzke

INHALT

Auswärtiges

Inneres

Finanzen

Justiz

Wirtschaft

Ernährung und Landwirtschaft

Arbeit

Verkehr

Post

Kultus

ORGANISATIONEN, INSTITUTIONEN UND UNTERNEHMEN

Politische Parteien, Verbände und Institutionen

NACHLÄSSE

SAMMLUNGEN

EINLEITUNG

Die vorliegende Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam ist eine Gemeinschaftsarbeit seiner wissenschaftlichen Archivare. Sie umfaßt – nach dem Stand vom 1. Oktober 1956 – das Archivgut, das von der Abteilung I* auf Grund der Zuständigkeit des ehem. Reichsarchivs verwaltet wird. Dieses Schriftgut ist zum überwiegenden Teil erst in den dreißiger Jahren in das Reichsarchiv gelangt. Dort wurde seine Ordnung und Erschließung durch den zweiten Weltkrieg gehemmt und teilweise unterbrochen. Nach 1945 sind neben dem bereits im Reichsarchiv vorhandenen Material – das sich, soweit es ausgelagert wurde, heute zu 95 Prozent in der Abteilung I befindet – weitere geschlossene, aber auch unvollständige Registraturen der früheren zentralen Reichsbehörden erfaßt worden. Damit verfügt die Abteilung über Archivgut, das zu einem erheblichen Teil bisher noch nicht genügend oder überhaupt nicht der wissenschaftlichen Forschung erschlossen und zugänglich war.

Nach einer zehnjährigen, dem Blick der Öffentlichkeit weithin entzogenen Aufbauarbeit ist es nun an der Zeit, einen Überblick über die jetzt vorhandenen Bestände zu geben. Von ihnen kann allgemein gesagt werden, daß die Überlieferungsdichte für die Zeit bis 1918 am stärksten ist und für das folgende Vierteljahrhundert ständig nachläßt. Dies erklärt sich vorwiegend aus der Tatsache, daß die Reichsbehörden ihr nach 1918 entstandenes Schriftgut nur zögernd oder gar nicht an das Reichsarchiv abgegeben haben, zumal es noch weitgehend von ihnen benötigt wurde. Durch die Kriegseinwirkungen haben dann neben dem Archivgut des Reichsarchivs vor allem die Registraturen der zentralen Reichsbehörden schwere Schäden und Verluste erlitten.** Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde das erhalten gebliebene Schriftgut der zentralen Reichsbehörden durch zahlreiche Sicherstellungen und Beschlagnahmungen auf verschiedene Aufbewahrungsorte im In- und Ausland verstreut.*** Nachdem das

* Daneben bestehen drei weitere Abteilungen: in Merseburg Abt. II (ehem. Preußisches Geheimes Staatsarchiv und Brandenburg-Preußisches Hausarchiv), in Potsdam Abt. III (Archivgut aus Gebieten außerhalb der DDR) und Abt. IV (zentrale Behörden der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR).

** Hierzu vgl. besonders Gerhard Schmid, Die Verluste in den Beständen des ehem. Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg. In: Archivar und Historiker (Meisner-Festschrift), Berlin 1956, S. 176–207. Wilhelm Rohr, Schicksal und Verbleib des Schriftgutes der obersten Reichsbehörden. In: Der Archivar 8 (1955), Sp. 161–174.

*** Vgl. v. a. Fritz Epstein, Zur Quellenkunde der neuesten Geschichte. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 313–325. – Ders., Guide to captured German documents. Columbia University 1952 (War Documentation Project Study 1).

Deutsche Zentralarchiv bereits 1946 seine Arbeit aufgenommen hatte, wurde im Jahre 1952 das Bundesarchiv in Koblenz errichtet. Es erfüllt für den Bereich der Bundesrepublik ähnliche Aufgaben.* Doch erreicht das z. Z. von ihm verwaltete Archivgut ehemaliger zentraler Reichsbehörden nicht den Umfang der Potsdamer Bestände.

Der jetzige Stand der Benutzbarkeit des Archivguts in der Abteilung I (70 Prozent) und weitere zu erwartende Zugänge machen eine eingehende und abschließende Bestandsaufnahme und Beschreibung des Archivinhalts zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich. Dieser Tatbestand und der Wunsch, einen Überblick über das Vorhandene möglichst kurzfristig zu geben, zwangen dazu, eine Form zu finden, die weit stärker den Charakter des Zeitbedingten und Vorläufigen trägt, als dies bei ausführlicheren Erschließungsformen der Fall ist. Für den Aufbau im einzelnen wurde ein Mittelweg zwischen bloßer Bestandsaufzählung und eingehender Übersicht gewählt. Dabei sind weitgehend Gesichtspunkte zugrunde gelegt worden, die für den Benutzer der Archivbestände Bedeutung haben.

Für die Reihenfolge der Bestände war die im Archiv gegebene Gliederung maßgebend.** Das Archiv ist nach dem Provenienzprinzip aufgebaut: Das Schriftgut jeder Behörde (Institution) bildet einen Bestand. Daraus ergibt sich die Bestandsbezeichnung, der die zeitliche Erstreckung der Behörde (Institution) und Hinweise auf ihre Funktion und Entwicklung beigefügt sind. Für jeden Bestand wurden – soweit nötig und möglich – Angaben über Umfang, zeitliche Erstreckung, Gliederung und den gegenwärtigen Ordnungszustand gemacht und durch Literaturhinweise ergänzt. Die Wiedergabe der Bestandsgliederung ist dabei von unterschiedlicher Ausführlichkeit, die vor allem im gegenwärtigen Ordnungszustand bzw. in der Art der Bestandsgliederung begründet liegt. Der verhältnismäßig breite Raum, den das nichtstaatliche Archivgut einnimmt, erklärt sich aus der großen Zahl relativ kleiner Bestände.

Archivarische Gesichtspunkte, berechtigte Forderungen der Benutzer und der jetzige Ordnungszustand geben also die Grundlage für die Gestaltung dieser Übersicht. Die einzelnen Angaben konnten sich daher nicht an ein starres Schema halten. Manches mag der Benutzer vermissen, während an anderer Stelle der jetzige Ordnungszustand mehr zu sagen erlaubte, als im Verhältnis zur Gesamtanlage unbedingt erforderlich war.

* Vgl. Georg Winter, Das Bundesarchiv – Fachprobleme eines Zentralarchivs im Aufbau. In: Der Archivar 9 (1956), Sp. 1–18. – Gerhard Zimmermann, Das Hauptarchiv (ehem. Preuß. Geh. Staatsarchiv) in den ersten Nachkriegsjahren. In: Der Archivar 8 (1955), Sp. 173–180. – Die 1956 von Großbritannien zurückgegebenen Akten des Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1867–1913 und 1937–1945 befinden sich z. Z. noch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn. Vgl. Der Archivar 9 (1956), Sp. 269.

** Vgl. S. 29 f.

Ein knapper Abriß der Entwicklung der Reichsbehördenorganisation von 1867/1871 bis 1945 soll dem Benutzer einen zusammenfassenden Überblick über die Verwaltungsbereiche bieten, von deren Behörden das archivreife Schriftgut stammt. Darauf folgt eine kurze Darstellung der Geschichte des ehem. Reichsarchivs und der Entwicklung wie des Aufbaus der Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs. Schließlich werden die Benutzungsbestimmungen und -einrichtungen erläutert. Zur ersten Orientierung für den Benutzer wird als Anhang eine ausgewählte Bibliographie literarischer Hilfsmittel für die Benutzung der Archivbestände beigefügt. Ein Register am Schluß ermöglicht das schnelle Auffinden der Bestände und verweist auf bestehende Zusammenhänge.

*Entwicklung und Aufbau der Behördenorganisation des Deutschen Reiches**

Die nationale Einigung Deutschlands im 19. Jh. ist das Ergebnis einer „Einigung von oben". Der Norddeutsche Bund war 1867 durch eine Verbindung mehrerer bislang souveräner (vorwiegend monarchischer) Staaten entstanden und 1870/71 durch den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Deutschen Reich erweitert worden. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches drückte sich insbesondere in der staatsrechtlichen Stellung der O r g a n e d e s R e i c h e s aus. Die Gesamtheit der „verbündeten Regierungen" verkörperte den Träger der Reichssouveränität; sie übten diese durch den *Bundesrat* (und seine Ausschüsse) aus, in dem jede Regierung durch instruierte Bevollmächtigte vertreten war. Die Zuständigkeit des Bundesrates umfaßte alle Tätigkeitsgebiete des Reiches: Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Rechtspflege. Das „Präsidium" des Reiches stand dem preußischen König unter der Bezeichnung *Deutscher Kaiser* zu; auch er übte als selbständiges Organ des Reiches gewisse Regierungs- und Verwaltungsbefugnisse aus (völkerrechtliche Vertretung des Reiches, Ernennung des Reichskanzlers und aller anderen Beamten des Reiches, Oberbefehl über Heer und Marine im Krieg). Sein Verkehr mit den Reichsbehörden und den Bundesstaaten lief v. a. über das (preußische) Zivilkabinett. Die Vertretung des gesamten deutschen Volkes oblag dem *Reichstag*, der aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung und gleichem Wahlrecht hervorging. Der Reichstag war im wesentlichen Organ der Gesetzgebung. Von besonderer Bedeutung war seine Mitwirkung bei der jährlichen Feststellung des Reichshaushalts.

* Die militärischen Verwaltungen und Kommandostellen sind hier nicht berücksichtigt.

Der bundesstaatliche Charakter des Reiches drückte sich auch darin aus, daß die Verwaltung im allgemeinen von den Einzelstaaten geführt wurde und das Reich nur die Oberaufsicht ausübte. So blieben u. a. die Gerichte, die Finanz- und Militärbehörden Landeseinrichtungen, die zwar Reichsangelegenheiten besorgten, ihren Auftrag aber vom Einzelstaat erhielten.
Die dem Reich vorbehaltenen Aufgaben wurden durch oberste Reichsbehörden besorgt. Einziger verantwortlicher „Minister" war der *Reichskanzler*; unter seiner Leitung wurden zunächst die Außenpolitik durch das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, die innenpolitischen Fragen durch das (bis 1870: Bundes-) *Reichskanzleramt* bearbeitet. Bereits 1870 wurde das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom Norddeutschen Bund als *Auswärtiges Amt* übernommen. Zugleich wuchsen in den 1870er Jahren die Kompetenzen und Verwaltungsaufgaben des Reiches in erheblichem Maß an (Gewerbeordnung, Reichsjustizgesetze, Zollpolitik u. a.), so daß innerhalb weniger Jahre die einzelnen Abteilungen des Reichskanzleramtes ausgegliedert und zu selbständigen Reichsämtern umgebildet wurden. An der Spitze jedes Reichsamtes stand ein Staatssekretär; er trug seit dem Stellvertretungsgesetz von 1878 eine gewisse Verantwortlichkeit innerhalb seines Ressorts. So leitete der Reichskanzler seit 1879 kein Reichsamt mehr unmittelbar. Seinen Verkehr mit den ihm unterstellten, jedoch in unterschiedlicher Weise abhängigen Reichsbehörden vermittelte seit 1878 die *Reichskanzlei.*
Durch Ausgliederung aus dem Reichskanzleramt waren folgende Reichsämter für einzelne Zweige der Innenpolitik und der inneren Verwaltung des Reiches entstanden: 1875 (1880) das (General-) *Reichspostamt* für das Post- und Telegraphenwesen, 1877 das *Reichsjustizamt* mit der Aufgabe, die Ausführung der Reichsjustizgesetze in den Einzelländern zu beaufsichtigen und sich an der Gesetzgebung des Reiches vorbereitend zu beteiligen, und das *Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen**. Nachdem 1879 die Finanzabteilung zum *Reichsschatzamt* umgebildet worden war, bestand das Reichskanzleramt nur noch aus der Zentralabteilung; sie wurde im gleichen Jahr in *Reichsamt des Innern* umbenannt.
Neben diesen Filiationen aus dem Reichskanzleramt entstanden weitere neue Reichsämter: zunächst 1873 das *Reichseisenbahnamt,* das die Verreichlichung der deutschen Eisenbahnen durchführen sollte und nach dem Scheitern dieses Planes eine wenig bedeutende Rolle als Anhängsel des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten spielte, und 1878 das *Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisen-*

* Das Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen wurde 1879 aufgelöst. An seine Stelle trat der Kaiserliche Statthalter mit dem Ministerium für Elsaß-Lothringen (Sitz in Straßburg). Der Statthalter stand paritätisch neben dem Reichskanzler.

bahnen (vorher im Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen). Dieses hatte v. a. die auf das Reich übergegangenen, unter einer Generaldirektion in Straßburg stehenden elsaß-lothringischen Eisenbahnen zu verwalten. Im Jahre 1907 wurde die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zum *Reichskolonialamt* umgewandelt. Von ihm ressortierten die Gouverneure und die Kommandeure der Schutztruppen in den Schutzgebieten.*

Über einen reichseigenen Verwaltungsunterbau verfügten lediglich das Reichspostamt und (in gewissem Sinne) das Auswärtige Amt, daneben in einem regional begrenzten Rahmen das Reichskolonialamt und das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen. Doch wurde eine große Zahl von Spezialaufgaben von höheren Reichsbehörden durchgeführt, die den Reichsämtern direkt unterstellt oder ihrer Geschäftsaufsicht zugewiesen waren. Als Beispiele seien genannt: das *Kaiserliche Statistische Amt*, das *Reichsversicherungsamt*, die *Reichshauptkasse* und die *Reichsschuldenverwaltung*. Eine selbständige Reichsfinanzbehörde bildete der *Rechnungshof des Deutschen Reichs*, der – seit 1868 der Preußischen Oberrechnungskammer eng angelehnt – die Aufgabe hatte, die Rechnungen für den Reichshaushalt, den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen und den Haushalt der Schutzgebiete zu prüfen. Bei der Einführung der Reichsjustizgesetze (1879) trat als oberster Gerichtshof an die Stelle des seit 1869 bestehenden Bundes-, seit 1871 Reichsoberhandelsgerichts das *Reichsgericht*; bei ihm war seit 1879 der *Oberreichsanwalt* als Anklagebehörde des Reiches v. a. in politischen Verfahren tätig.

Diese Behördenorganisation war den Anforderungen, die die Kriegswirtschaft seit 1914 stellte, nicht gewachsen. 1916 wurde für die reichseinheitliche Lenkung der Ernährungswirtschaft das *Kriegsernährungsamt* (seit 1918 Reichsernährungsamt) geschaffen. Vom Reichsamt des Innern wurde 1917 durch Abtrennung der wirtschafts- und sozialpolitischen Angelegenheiten das *Reichswirtschaftsamt*, von diesem 1918 speziell für die Sozialpolitik das *Reichsarbeitsamt* abgespalten. Auf dem Gebiet der Versorgungswirtschaft (v. a. für die Nahrungsmittel- und Rohstoffbewirtschaftung) entstanden zahlreiche *Kriegswirtschaftsorganisationen* in den verschiedensten Organisationsformen.**

In der Novemberrevolution 1918*** übernahmen zunächst die Arbeiter- und Soldatenräte die Regierungsgewalt. Doch blieb fast überall der alte Behördenapparat bestehen. Das gilt insbesondere für die Behörden des Reiches. Aber an die Stelle von Kaiser, Reichstag,

* Mit Ausnahme von Kiautschou, das dem Reichsmarineamt unterstand.

** Vgl. S. 147—149.

*** Die Parlamentarisierung der Reichsregierung vom 28. Oktober 1918 ist nicht mehr zur Auswirkung gekommen.

Reichskanzler und (z. T.) Bundesrat trat der mehrköpfige *Rat der Volksbeauftragten,* der als kollegialische Reichsregierung die gesetzgeberische und vollziehende Gewalt in sich vereinigte. Als Kontrollorgan fungierte der *Vollzugsrat* der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, seit Ende Dezember der vom I. Reichsrätekongreß gewählte *Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.* Die Rätekonferenz entschied sich nicht für das Rätesystem, sondern für die Parlamentarisierung durch eine Verfassunggebende Nationalversammlung. Die in Weimar tagende Nationalversammlung beschloß zunächst durch das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 als Notverfassung die Wahl eines Reichspräsidenten und die Bildung eines kollegialischen Reichsministeriums, lehnte weitgehende Unitarisierungspläne ab und nahm mit der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 die endgültigen rechtlichen Grundlagen für die verfassungsmäßige Gestaltung des Reiches an.

Als Spitze der Reichsorgane war von der Verfassung der *Reichstag* bestimmt. In ihm sollte sich die vom Volk ausgehende Gewalt äußern. Der Reichstag hatte die volle Gesetzgebungsgewalt und die ständige Aufsicht über die Reichsregierung. Das persönliche Staatsoberhaupt des Reiches war der *Reichspräsident,* der direkt vom Volk gewählt wurde und dadurch eine unabhängige Stellung gegenüber dem Parlament erhielt. Ihm stand das *Büro des Reichspräsidenten* zur Verfügung, gleichsam die Fortsetzung des Zivilkabinetts. Unter den Befugnissen des Reichspräsidenten, die sich auf die völkerrechtliche Vertretung des Reiches, auf die Gesetzgebung (v. a. die Diktaturgesetzgebung) und z. T. auf die Verwaltung erstreckten, war die innenpolitisch wichtigste die Ernennung des Reichskanzlers und der Reichsminister. Der Reichskanzler führte den Vorsitz in der *Reichsregierung,* bestimmte die Richtlinien der Politik und trug dafür dem Reichstag gegenüber die Verantwortung. Er stand aber nicht mehr an der Spitze der Reichsverwaltung; vielmehr leiteten die Reichsminister die ihnen anvertrauten Geschäftszweige selbständig und unter eigener Verantwortung. Die Bürogeschäfte des Reichskanzlers und der Reichsregierung wurden durch die *Reichskanzlei* erledigt. Als Verkörperung des föderativen Elements war auch der *Reichsrat,* der sich aus Vertretern der Landesregierungen zusammensetzte, an der Gesetzgebung des Reiches beteiligt. Dagegen wirkte der *Vorläufige Reichswirtschaftsrat* als berufsständische Interessenvertretung nur gutachtlich an der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung des Reiches mit. Die Reichsämter wurden 1919 zu Reichsministerien umgewandelt: das Reichsamt des Innern zum Reichsministerium des Innern, das Reichsschatzamt zum Reichsministerium der Finanzen, das Reichsjustizamt zum Reichsjustizministerium usw.* Das Reichsministerium für die wirtschaftliche Demobilmachung, das im November 1918 als

* Nur das Auswärtige Amt behielt seine alte Bezeichnung.

Reichsamt errichtet worden war, und das die Geschäfte abwickelnde Reichskolonialministerium wurden bereits 1919 bzw. 1920 aufgelöst. Zu ihnen traten weitere Reichsministerien, die mit der Abwicklung von Kriegsfolgen und ähnlichen vorübergehenden Aufgaben betraut waren: das *Reichsschatzministerium* (1919–1923) für die Verwaltung und Verwertung des reichseigenen Besitzes, das *Reichsministerium für Wiederaufbau* (1919–1924) für die Überleitung der Wirtschaft, Wiedergutmachungs- und Reparationsfragen und das *Reichsministerium für die besetzten Gebiete* (1923–1930), das sogenannte Rheinministerium, für die besetzten rheinischen Gebiete. Die Aufgaben dieser Reichsministerien gingen nach der Auflösung auf die zuständigen Ressortministerien über.

Durch die Weimarer Verfassung hatte sich das Schwergewicht im Verhältnis Reich–Länder erheblich zugunsten des Reiches verschoben; die Verfassung und zahlreiche Spezialgesetze der folgenden Jahre übertrugen dem Reich wesentliche Zuständigkeiten, die bisher bei den Ländern lagen. Verschiedene Verwaltungsbereiche, die erst nach 1919 entstanden waren, konnten von den Ländern wegen der starken finanziellen Lasten von vornherein nicht übernommen werden. Damit wuchs einigen Reichsministerien ein neuer Verwaltungsunterbau zu. Das *Reichsverkehrsministerium* (1919 gegr.) übernahm die Leitung der verreichlichten Eisenbahnen und der (allerdings weiter von Landesbehörden verwalteten) Wasserstraßen, dem *Reichsfinanzministerium* wurde die im Zuge der Erzbergerschen Finanzreform 1919/1921 entstandene Reichsfinanzverwaltung unterstellt; im Geschäftsbereich des *Reichsarbeitsministeriums* entwikkelte sich eine ausgedehnte Reichsverwaltung für die Versorgungsangelegenheiten (der ehem. Heeresangehörigen und ihrer Hinterbliebenen wie der Kriegsverletzten), für die Fürsorge, das Schlichtungswesen und die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Der umfangreiche Unterbau des Reichsschatzministeriums wurde 1923 in die Reichsfinanzverwaltung eingegliedert.

Die Zunahme der Verwaltungsaufgaben des Reiches wirkte sich auch in einer starken Vermehrung der den Reichsministerien unterstellten bzw. ihrem Aufsichtsbereich eingegliederten höheren Reichsbehörden und der Verwaltungsgerichte (z. B. Reichsfinanzhof) aus. Beim Reichsgericht und unter leitender Mitwirkung seiner Mitglieder wurden u. a. der *Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich* als Verfassungsgerichtshof, der *Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik* aus politischem Anlaß (Ermordung Rathenaus) als Gerichtshof für politische Verfahren und das *Reichsarbeitsgericht* gebildet. Der *Rechnungshof des Deutschen Reichs* behielt den Charakter einer obersten, auch der Reichsregierung gegenüber selbständigen Reichsfinanzbehörde.

Den starken innerpolitischen Schwierigkeiten suchte die Reichsregierung häufig durch die Ernennung von Reichskommissaren

entgegenzuwirken, die für spezielle und vorübergehende Aufgaben mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet wurden. Die Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie deutete sich in der zunehmenden Anwendung des Notverordnungsrechtes durch den Reichspräsidenten an. Von der Ernennung ausgesprochener „Präsidialkabinette", die in den Jahren der großen Krise vom Reichspräsidenten eingesetzt wurden, führte ein nur kurzer Weg bis zum Regierungsantritt Hitlers.

Hitler hat bereits kurz nach seiner Ernennung zum Reichskanzler unter stillschweigender Beseitigung der Weimarer Verfassung die verfassungsmäßigen Organe des Reiches ausgeschaltet bzw. aufgelöst. Der Reichstag war seit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 nur noch eine parlamentarische Kulisse. 1934 vereinigte Hitler das Amt des Reichskanzlers mit dem des Reichspräsidenten. Mit der Einsetzung von Reichsstatthaltern (1933) und dem Übergang der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich (1934) waren die Landesregierungen und ihre Ministerien zu Mittelinstanzen herabgedrückt. Die bisher noch im Schwerpunkt bei den Ländern liegende Staatsgewalt konzentrierte das Reich immer stärker in seiner Hand. Aber Hitler schaltete bald auch das Reichskabinett bei der Mitwirkung in der Führung der Reichspolitik aus. Die Chefs der Reichsministerien und der anderen obersten Reichsbehörden waren ihm als Chef der gesamten Reichsverwaltung unterstellt. Die *Reichskanzlei* erhielt 1937 den Charakter einer obersten Reichsbehörde mit faktisch weitgehenden Weisungsbefugnissen gegenüber den Reichsministerien. Diese wurden noch erweitert, seit die Reichskanzlei die Führung der Geschäfte des (fast nie zusammengetretenen) Ministerrats für die Reichsverteidigung erhielt. Das Büro des Reichspräsidenten führte seine Geschäfte unter der Bezeichnung *Präsidialkanzlei* weiter.
Nach dem Beschluß des „Großdeutschen Reichstages" vom 26. April 1942 vereinigte der „Führer" schließlich folgende Funktionen in seiner Person: 1. Führer der Nation, 2. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, 3. Regierungschef, 4. Oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, 5. Oberster Gerichtsherr und 6. Führer der NSDAP.
Die Umorganisation und Erweiterung der Reichsverwaltung in allen Verwaltungsbereichen und -ebenen erfolgte unplanmäßig und war von den verschiedensten, ständig wechselnden Gesichtspunkten abhängig. Die Erweiterung der Reichsgewalt führte in Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Plänen des NS-Regimes zur Bildung neuer Ministerien oder entsprechender oberster Reichsbehörden und zentraler Verwaltungsstellen des Reiches. In ständig wachsender Zahl wurden Kommissare (Reichskommissare, Generalinspektoren, Generalbevollmächtigte u. a.) für neue oder als besonders wichtig angesehene Aufgaben eingesetzt; teils übten sie ihre Vollmachten nur durch ein kleines Büro aus, teils bedienten sie

sich der bereits bestehenden Reichsbehörden bzw. ihrer Abteilungen oder lösten auch ganze Ressortteile aus der bestehenden Behördenorganisation heraus.
Die Länder verloren weitere Zuständigkeiten; ganze Verwaltungsbereiche wurden vom Reich übernommen. Die preußischen Ministerien wurden mit den entsprechenden Reichsministerien vereinigt; als einzige preußische Behörde in der Ministerialinstanz blieb lediglich das Amt des Ministerpräsidenten bis 1945 bestehen. Neben die Länder trat eine größere Zahl von „Reichsgauen" in den Gebieten, die dem Reiche von 1938 an „eingegliedert" wurden.
Neben das *Auswärtige Amt*, dem wie bisher die diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland unterstanden, traten die obersten deutschen Verwaltungsinstanzen in den okkupierten Gebieten. Ihre Funktionen waren zwar sehr unterschiedlich geregelt, doch unterstanden sie zumeist dem „Führer" und waren damit gleichberechtigt neben die Fachministerien des Reiches gestellt. Lediglich für die östlich des Generalgouvernements gelegenen Gebiete wurde mit dem *Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* (1941) ein besonderes Territorialministerium errichtet.
Im *Reichsministerium des Innern* gewann der *Chef der Deutschen Polizei* ständig an Bedeutung, doch wurde er nicht – wie andere politisch besonders betonte Ressorts – aus dem Reichsministerium ausgegliedert und dem „Führer" unmittelbar unterstellt (z. B. *Jugendführer des Deutschen Reichs* 1936, *Reichsarbeitsführer** 1943). Die Vollmachten des Reichsministers des Innern wurden 1939 durch seine Ernennung zum Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung wesentlich verstärkt. Dagegen nahm das nationalsozialistische Regime die Kulturpolitik aus dem Ressort des Innenministeriums heraus und wies sie neuen Ministerien zu: dem *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* (1933), dem *Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* (1934) und dem *Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten* (1935).
Das *Reichsjustizministerium* hatte 1934/35 die Aufgaben aller Landesjustizministerien übernommen. Seiner Aufsicht unterstand der *Volksgerichtshof*, der 1934 (nach dem Reichstagsbrandprozeß!) für die bedeutenderen politischen Verfahren errichtet worden war. Das Reichsgericht war seitdem im wesentlichen nur noch Revisionsinstanz.
Dem *Reichswirtschaftsministerium* kam bei dem Anlaufen der Rüstungswirtschaft und infolge der starken Autarkiebestrebungen besondere Bedeutung zu. Neben und über zahlreiche ministerielle Instanzen der Wirtschaftsverwaltung trat seit 1936 der *Beauftragte für den Vierjahresplan* mit umfangreichen Vollmachten; sie wurden meistens von den entsprechenden obersten Reichsbehörden mit deren Behördenapparat wahrgenommen (z. B. durch den *Generalbevoll-*

* Ihm unterstand – unabhängig vom Reichsarbeitsministerium – der Reichsarbeitsdienst.

mächtigten für den Arbeitseinsatz [1942] mit bestimmten Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums), jedoch nur in wenigen Fällen durch besondere, nur dem Beauftragten unterstellte Verwaltungsinstanzen (z. B. *Reichskommissar für die Preisbildung).* Die Vollmachten des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Reichswirtschaftsministers in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigten für die Wirtschaft waren in keiner Weise abgegrenzt. Für die gesamte Rüstungswirtschaft wurde 1940 ein Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (seit 1943 *Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion)* geschaffen, dessen Chef in seiner Person diese Funktion mit denen des *Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen* (1933) und des *Generalinspektors für Wasser und Energie* (1941) vereinigte. Damit war das Reichsverkehrsministerium im wesentlichen auf das Eisenbahnwesen beschränkt.

Der Verwaltungsunterbau der obersten Reichsbehörden – von denen hier nur ein Teil genannt werden konnte – erweiterte sich nach 1933 immer mehr. Vor allem wurden viele oberste und höhere Reichsbehörden zugleich oberste Landesbehörde für die preußischen Verwaltungszweige, sobald sie mit den entsprechenden preußischen Ressorts vereinigt waren. Die Zahl der höheren Reichsbehörden war kaum noch übersehbar: zu den bisherigen Behörden und Institutionen kamen viele Neugründungen hinzu, ein erheblicher Teil entsprechender Einrichtungen der Länder (v. a. Preußens und der „Reichsgaue") wurde vom Reich übernommen oder zu neuen Behörden mit Zuständigkeit für das gesamte Reich zusammengeschlossen. Dagegen verloren die Verwaltungsgerichte an Bedeutung. Auch das *Reichsverwaltungsgericht,* das 1941 durch die Zusammenlegung mehrerer oberster Verwaltungsgerichte im Reich entstanden war, ist ohne größere Wirksamkeit geblieben.

Das nationalsozialistische Regime erfaßte zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und Kräfte, die bisher in keiner oder nur in lockerer Abhängigkeit vom Staat gestanden hatten, durch berufsständische Zwangsorganisationen und übertrug ihnen in zunehmendem Maße wichtige staatliche Aufgaben und Hoheitsrechte. Von besonderer Bedeutung waren die *Reichsgruppen* für die Unternehmen der gewerblichen und der Verkehrswirtschaft, der *Reichsnährstand* für die in der Ernährungswirtschaft Tätigen, die *Reichskulturkammer* für alle „Kulturschaffenden".

Die Ziellosigkeit, Hast und Unfertigkeit, mit der das nationalsozialistische Regime ständig in das organisatorische Gefüge der Verwaltung eingriff und an ihm herumexperimentierte, um es seinen aggressiven Expansionsabsichten dienstbar zu machen, hat schließlich zum Zusammenbruch des Hitlerschen Staatsapparates mit beigetragen. 1945 mußte wieder von unten angefangen werden, um eine neue Verwaltung aufzubauen.

Entwicklung und Aufbau des Reichsarchivs und des Deutschen Zentralarchivs Potsdam

Die Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam, deren Bestandsübersicht hier vorgelegt wird, ist hinsichtlich ihrer Zuständigkeit und ihrer archivischen Aufgaben Nachfolgerin des ehemaligen Reichsarchivs. Zusammensetzung und Gliederung ihrer Bestände erklären sich weitgehend aus Zuständigkeit und Aufgaben des Reichsarchivs. Die Kenntnis der Geschichte des Reichsarchivs ist daher notwendige Voraussetzung zum Verständnis von Entwicklung und Tätigkeit der Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs.
Seit der Gründung des Norddeutschen Bundes sind mehrfach Versuche unternommen worden, ein Reichsarchiv zu gründen. Sie scheiterten jeweils am Widerstand des Reichstages. Am Ende des ersten Weltkrieges entstand eine neue Situation. Es mußte beschleunigt ein Archiv geschaffen werden, um die kaum übersehbaren Aktenmengen der aufzulösenden Kommando- und Verwaltungsstellen des Heeres und das Schriftgut der Kriegsgesellschaften unterzubringen. Aber auch für die zivilen Reichsbehörden, deren Registraturen überfüllt waren und die daher bereits vor dem Ende des ersten Weltkrieges Akten an das Preußische Geheime Staatsarchiv abgegeben hatten, war ein eigenes, für sie zuständiges Archiv nun dringend erforderlich.
Erst diese Zwangslage führte im Oktober 1919 zur Gründung des Reichsarchivs*, das im Dezember 1919 im Gebäude der ehemaligen Kriegsschule auf dem Brauhausberg in Potsdam seine Tätigkeit aufnahm. Ihm wurden drei Hauptaufgaben gestellt:

1. Übernahme des Schriftgutes des Heeres und der Kriegsgesellschaften des ersten Weltkrieges, Erfassung der archivreifen Akten der Reichsbehörden,
2. Auskunftserteilung für Verwaltung und Wissenschaft,
3. wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Deutschen Reiches, insbesondere der Geschichte des ersten Weltkrieges.

Neben den rein archivischen Arbeiten sollten so schnell wie möglich die erforderliche Auskunftserteilung v. a. für die Abwicklungsbehörden des Heeres und auch die Forschungstätigkeit aufgenommen werden.
Die von Anfang an sehr starke Betonung der Forschungsaufgaben kam auch in der Geschäftsgliederung zum Ausdruck. 1921 standen

* Ernst Müsebeck, Der systematische Aufbau des Reichsarchivs. In: Preußische Jahrbücher 191 (1923), S. 294–318. – Helmuth Rogge, Das Reichsarchiv. In: Archivalische Zeitschrift 35 (1925), S. 119–133. – Ernst Zipfel, Die Organisation des Reichsarchivs bis zur Bildung der Wehrmachtsarchive (1919–1937). In: Archivalische Zeitschrift 45 (1939), S. 1–6. – Adolf Brenneke, Archivkunde, Leipzig 1953, S. 301–307.

neben der Zentralabteilung und der Archivabteilung, der die eigentlichen archivischen Aufgaben oblagen, mehrere Forschungsabteilungen und eine Auskunftsabteilung. Auch nach dem allgemeinen Personalabbau von 1924 blieb diese in anderen Archiven nicht übliche Arbeitsteilung im wesentlichen bestehen: Die Archivabteilung übernahm zwar die gesamte Auskunftserteilung, war jedoch weiterhin von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung streng getrennt.

Die vordringlichste Aufgabe, die Übernahme der gesamten Akten der Truppenteile und Dienststellen des deutschen Heeres, konnte natürlich nicht sofort von der Potsdamer Dienststelle allein durchgeführt werden. Das Reichsarchiv in Potsdam hat daher eine zusätzliche Abteilung in Berlin eingerichtet, die das Archiv des Preußischen Kriegsministeriums und des Großen Generalstabes verwaltete. Weiterhin bestanden zunächst dreizehn Reichsarchivzweigstellen, die meist die Akten der einzelnen Heeresabwicklungsämter aufnahmen. Diese wurden 1925/26 durch Zusammenlegung auf drei verringert: Spandau, Dresden und Stuttgart.

1925 übernahm das Reichsarchiv von der Stadt Frankfurt (Main) das Archiv des Deutschen Bundes, Archivalien der Einheitsbewegung 1848/49 und den sogenannten unteilbaren Bestand des Reichskammergerichts. Diese Bestände blieben als „Reichsarchiv, Abteilung Frankfurt am Main", in Frankfurt.

Von 1919 an strömten große Mengen von Schriftgut des Heeres und der Kriegsgesellschaften in das Reichsarchiv. Allmählich kamen auch Abgaben von zivilen Reichsbehörden durch tatkräftige Initiative der Archivabteilung in Gang und veränderten den zunächst vorwiegend militärischen Charakter des Archivs. So gelangten Abgaben vom Reichstag und vom Auswärtigen Amt, vom Reichsministerium des Innern, vom Reichspost-, Reichsverkehrs-, Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium ins Reichsarchiv.

Ein besonderes Problem bildete die Aktenerfassung in den mittleren und unteren Reichsbehörden. Das Reichsarchiv war zur Übernahme dieser Bestände schon räumlich nicht in der Lage. Die endgültige Lösung wurde 1936 darin gefunden, daß das Reichsarchiv nur die Akten der zentralen Reichsbehörden aufnahm, während für die mittleren und unteren Reichsbehörden die entsprechenden staatlichen Archive der Länder zuständig wurden.

Die Bemühungen des Reichsarchivs beschränkten sich jedoch nicht auf die Erfassung und Übernahme von Akten der Reichsbehörden; sie erstreckten sich auch auf das Schriftgut öffentlich-rechtlicher Körperschaften mit zentralem Aufgabenbereich, auf das von Parteien, politischen Verbänden und anderen Institutionen und auf Nachlässe bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Diese Bemühungen wurden bald auf die Anlage von „Zeitgeschichtlichen Sammlungen" (v. a. zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung und des deutschen Volkes und Reiches seit dem 19. Jh.) ausgedehnt.

Von Anfang an war die Unterbringung der so plötzlich angefallenen Aktenmassen ein kaum zu lösendes Problem. Die Räumlichkeiten der Kriegsschule waren für diesen Zweck unzureichend, so daß bald Baracken und Behelfsdepots eingerichtet werden mußten. Im Jahre 1934 schuf der Bau eines großen Magazingebäudes endlich Abhilfe. Es wurde 1935 bezogen und war nach Einlagerung auch der Akten der Abteilung Berlin und der Zweigstelle Spandau bereits nahezu gefüllt.

Einen bedeutsamen Einschnitt in die Tätigkeit des Reichsarchivs brachten die Jahre 1935 und 1936. Zunächst wurde die Kriegsgeschichtliche Abteilung als Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte verselbständigt und dem Oberkommando des Heeres unterstellt. Im Jahre 1936 erfolgte die Herauslösung der militärischen Bestände als selbständiges Heeresarchiv. Das gleiche geschah mit den Zweigstellen Dresden und Stuttgart. Das Reichsarchiv verlor damit seinen Charakter als Zentralarchiv des Deutschen Reiches.
Das Ausscheiden der Forschungsanstalt und des Heeresarchivs Potsdam führte im Reichsarchiv zu einer neuen Geschäftsverteilung, die nun auch mit einer klar durchdachten Bestandsgliederung verbunden war. Es wurden vier Abteilungen gebildet:

Abteilung A: Staatsoberhaupt und Parlamente
Abteilung B: Reichsregierung und Reichsministerien
Abteilung C: Kriegsgesellschaften
Abteilung D: Nichtstaatliches Archivgut und Zeitgeschichtliche Sammlungen.

Angeschlossen blieb die Abteilung Frankfurt am Main.

Die Abteilungen A und B, die den Hauptteil der Bestände umfaßten, wurden später zu einer Abteilung (A/B) für staatliches Archivgut zusammengelegt. Sie war in Sachgebiete gegliedert, die in der Regel aus einer obersten Reichsbehörde mit den ihr nachgeordneten zentralen Reichsbehörden bestanden. Abgesehen von den ersten beiden Sachgebieten (Staatsoberhaupt und Parlamente, Reichskanzler und Reichsregierung), richtete sich die Reihenfolge der Sachgebiete nach der Entstehungszeit der obersten Reichsbehörden. Innerhalb eines Sachgebietes folgten auf die oberste Reichsbehörde die ihr nachgeordneten zentralen Stellen, im wesentlichen ebenfalls in der Reihenfolge der zeitlichen Entstehung.* Damit war eine klare und übersichtliche Gliederung geschaffen; sie blieb auch für Behördenneubildungen unbegrenzt erweiterungsfähig.
Nach der Herauslösung des Heeresarchivs wurde die Erfassungs- und Übernahmetätigkeit in verstärktem Umfang fortgesetzt. Waren bis zu Beginn der dreißiger Jahre meist Registraturteile von qualitativ geringerer Bedeutung übernommen worden, so gelang es jetzt dem

* Letzte Übersicht bei Gerhard Schmid, Die Verluste in den Beständen des ehemaligen Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg. In: Archivar und Historiker (Meisner-Festschrift), Berlin 1956, S. 186–198.

Reichsarchiv, wertvolle und z. T. geschlossene Bestände zu erfassen und zu übernehmen, so daß der Gesamtumfang bis Kriegsende schließlich auf etwa 11 000 lfd. Meter Akten angewachsen war.
Bei Ausbruch des Krieges beschränkte das Reichsarchiv seine Sicherungsmaßnahmen zunächst auf Umlagerungen im Magazin. Erst unter dem Eindruck der Luftangriffe auf Berlin entschloß man sich im August 1943, die wertvollsten Bestände unverzüglich auszulagern. Im Berlepsch-Schacht bei Staßfurt und im Graf-Moltke-Schacht bei Schönebeck (Elbe) konnten sie untergebracht werden. Als am 14. April 1945 das Magazingebäude in Flammen aufging, waren die Auslagerungen im geplanten Umfange abgeschlossen. Etwa die Hälfte der Bestände, über 5000 lfd. Meter, waren in Sicherheit gebracht. Die in Potsdam zusammen mit fast allen Archivalien des Heeresarchivs vernichteten Akten gehörten überwiegend zu den weniger wertvollen Beständen.*
Nach Kriegsende arbeiteten Reichsarchiv wie Heeresarchiv zunächst weiter.** Beide Dienststellen wurden im August 1945 zu einer „Archivverwaltung" zusammengefaßt. Sie barg aus den Trümmern des vernichteten Magazingebäudes erhalten gebliebene Archivalien und bemühte sich um die Betreuung der ausgelagerten Bestände wie um die Erfassung von Registraturen der obersten Reichsbehörden. Im Februar 1946 wurde diese Dienststelle aufgelöst.

Bereits 1945 waren Pläne für den Neuaufbau eines Zentralarchivs entstanden, das die Bestände der zentralen Archive des Reiches und Preußens aufnehmen sollte. Im Frühjahr 1946 waren alle damit zusammenhängenden Fragen geklärt. Ein Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland ordnete die Gründung des Zentralarchivs in der Sowjetischen Besatzungszone und seine Unterstellung unter die Deutsche Verwaltung für Volksbildung*** an. Nachdem Aufgaben und Zuständigkeit geregelt waren, begann dieses neue „Zentralarchiv in der Sowjetischen Besatzungszone", das heutige Deutsche Zentralarchiv, am 1. Juni 1946 seine Tätigkeit.
Ihm wurden folgende Aufgaben gestellt:

1. Erfassung der Archivalien des Reichsarchivs, des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs,

* Im einzelnen vgl. Schmid, a. a. O., S. 176–207. Auch die umfangreiche Bibliothek des Reichsarchivs ist bis auf geringe Reste dem Krieg zum Opfer gefallen.

** Zum Folgenden siehe Helmut Lötzke, Zehn Jahre Deutsches Zentralarchiv. In: Archivmitteilungen 6 (1956), S. 33–41.

*** Am 1. 8. 1949 wurde das Zentralarchiv der Deutschen Verwaltung des Innern, nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik der Hauptabteilung Archivwesen (seit 1954: Staatliche Archivverwaltung) im Ministerium des Innern unterstellt.

2. Erfassung der Akten der aufgelösten zentralen Reichs- und preußischen Behörden,
3. Erfassung der archivreifen Bestände der neuerrichteten Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone,
4. Erfassung von Schriftgut der Parteien, der demokratischen Massenorganisationen und der Wirtschaft,
5. Sammlung zeitgeschichtlichen Materials,
6. Erfassung von Archivalien aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, soweit sie sich im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone befanden.

Außerdem wurde dem Zentralarchiv zunächst noch die Bearbeitung von grundsätzlichen Archivfragen nach Weisung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung übertragen.*

Mit dieser Zuständigkeitsregelung war der Weg für die bereits seit Gründung des Deutschen Reiches erstrebte Vereinigung des Reichsarchivs mit dem preußischen Zentralarchiv, dem Geheimen Staatsarchiv, geebnet. Diese Maßnahme hatte nun um so größere Berechtigung, als nach 1933 ein preußisches Ministerium nach dem anderen mit dem entsprechenden Reichsministerium verschmolzen worden war und zu Kriegsende lediglich noch der Preußische Ministerpräsident (das ehem. Staatsministerium) als selbständige oberste preußische Behörde bestand.

Das Zentralarchiv begann seine Tätigkeit mit zunächst sechs Mitarbeitern. Bald gelang es, neben der Bergung von Bestandsresten auch größere Bestände in Auslagerungsorten zu erfassen. Mit den Ordnungsarbeiten wurde sofort begonnen. Im Dezember 1948 zog das Zentralarchiv aus dem Marstall am Neuen Palais in den Ostflügel der Orangerie in Potsdam-Sanssouci um. Diese gleichfalls provisorische Lösung des Raumproblems erwies sich zunächst als verhältnismäßig günstig, da bald die Osthalle der Orangerie zur Unterbringung der jetzt anrollenden Archivalien hinzugemietet werden konnte.

1948 hatte die Sowjetische Militäradministration Sachsen-Anhalt den größten Teil der nach Staßfurt und Schönebeck ausgelagerten Archivalien des Reichsarchivs, des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs freigegeben. Dieses Archivgut war in Merseburg in einem zu diesem Zweck gebildeten „Deutschen Staatsarchiv" untergebracht worden. 1950 übernahm das Zentralarchiv auf Grund seiner Zuständigkeit dieses Archiv als „Zweigstelle". Die Bestände des Geheimen Staatsarchivs und des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs wurden in der Merseburger „Zweigstelle" belassen, der als Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs dann die Verwaltung des Archivguts der zentralen preußischen Behörden und des Hohenzollernschen Hauses übertragen

* Diese Aufgaben gingen nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auf die Hauptabteilung Archivwesen (jetzt: Staatliche Archivverwaltung) im Ministerium des Innern über.

wurde.* Die Akten des Reichsarchivs kamen nach Potsdam. Damit waren die Aufgaben zwischen dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam und seiner Abteilung II in Merseburg abgegrenzt.

Der erste Abschnitt in der Entwicklung des Zentralarchivs war abgeschlossen, als seit dem Frühjahr 1950 das freigegebene Archivgut des Reichsarchivs nach Potsdam zurückbefördert wurde. Doch waren durch die Auslagerung und die häufigen Transporte die Bestände völlig durcheinandergeraten und ein Teil der Findbücher verlorengegangen. Daher mußten die Mitarbeiter des Zentralarchivs sämtliche im Reichsarchiv schon geordneten und verzeichneten Bestände nochmals ordnen und umfangreiche Teile neu verzeichnen.
Daneben galt es, in verstärktem Maße das Schriftgut sicherzustellen und zu übernehmen, das bei Kriegsende noch in den Registraturen der Zentralbehörden des Reiches und Preußens lag. So wurden u. a. seit 1950 wesentliche Registraturteile bzw. geschlossene Teilregistraturen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, des Reichsfinanzministeriums, des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, des Reichsjustizministeriums, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsforstamtes, des Rechnungshofes, des Reichsgerichts und einer erheblichen Anzahl nachgeordneter zentraler Reichsbehörden übernommen. Darüber hinaus gelangte in das Deutsche Zentralarchiv auch wichtiges nichtstaatliches Archivgut. Zugleich wurde mit dem Aufbau einer Kartenabteilung begonnen. Auch eine Fachbibliothek und technische Werkstätten (Buchbinderei und Bildstelle) wurden eingerichtet und im Laufe der Zeit ausgebaut.
Im Rahmen der übrigen Aufgaben wurden in erheblichem Umfange Archivalien, die im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik ausgelagert, aber nicht hier erwachsen waren, übernommen.** Zur Vorbereitung von Aktenabgaben wurde mit den Verwaltungsarchi-

* Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, Teil 1–3, und Übersicht über die Bestände des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs zu Berlin-Charlottenburg, Berlin 1934–1939 (Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung 24–27). – Adolf Brenneke, Archivkunde, Leipzig 1953, S. 144–148, 402f. – Zur Entwicklung nach 1945 vgl. Walter Nissen, Das Schicksal der ausgelagerten Bestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs und ihr heutiger Zustand. In: Archivalische Zeitschrift 49 (1954), S. 139–150. Ders., Der Neuaufbau verlagerter ehemals preußischer Archivbestände durch das Deutsche Zentralarchiv. In: Archivmitteilungen 1 (1951), S. 21f. Ders., Fünf Jahre Aufbau im Deutschen Zentralarchiv II Merseburg. In: Archivmitteilungen 4 (1954), S. 19f. – Hildegard Herricht, Die Nachlässe im Deutschen Zentralarchiv II Merseburg. In: Archivmitteilungen 4 (1954), S. 8–10. Wolfgang Mommsen, Die schriftlichen Nachlässe in den zentralen deutschen und preußischen Archiven. Koblenz 1955 (Schriften des Bundesarchivs 1).

** So betreut das Deutsche Zentralarchiv in seiner Abteilung III z. Z. ausgelagerte Bestände der Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg, die 1952 von der Regierung der UdSSR übergeben worden sind.

ven der zentralen Dienststellen der Deutschen Demokratischen Republik Verbindung aufgenommen. Neben der weiteren Ordnung und Verzeichnung der Bestände der Reichsbehörden ist es die Hauptaufgabe für die nächste Zeit, das Schriftgut, das bis 1949 (Gründung der Deutschen Demokratischen Republik) bei den zentralen deutschen Dienststellen der Sowjetischen Besatzungszone erwachsen ist, zu erfassen und zu übernehmen. Die Sammlung zeitgeschichtlicher Quellen ist dagegen eingestellt worden. Diese Aufgaben erfüllen heute andere Institutionen, z. B. das Deutsche Institut für Zeitgeschichte und das Deutsche Wirtschaftsinstitut.

Für die Unterbringung der rasch zunehmenden Aktenmassen reichte die Halle in der Orangerie längst nicht mehr aus. Die Einrichtung von Depots an verschiedenen anderen Stellen brachte nur vorübergehende Erleichterung. Wichtige Bestände konnten nicht übernommen werden, zumal das ebenso anwachsende Brandenburgische Landeshauptarchiv die Orangerie gleichfalls in Anspruch nahm. Abhilfe brachte schließlich die Übernahme eines begonnenen Neubaus, der seit 1953 für Archivzwecke ausgebaut und im Sommer 1955 bezogen wurde.*

Nach der letzten Übergabe von umfangreichem Archivmaterial durch die Regierung der UdSSR (Sommer 1955) befinden sich heute 95 Prozent des ausgelagerten Archivgutes des Reichsarchivs, das sind rund 5000 lfd. Meter, in der Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs. Darüber hinaus wurden umfangreiche Aktenmengen übernommen, die sich 1945 noch in den Registraturen oder an Auslagerungsstellen befanden. Nach einigen Kassationen macht dieses Schriftgut heute über 7000 lfd. Meter aus. Insgesamt verwaltet die Abteilung rund 12 000 lfd. Meter.

Der Gesamtbestand der Abteilung ist in staatliches und nichtstaatliches Archivgut gegliedert. Die Archivalien einer Behörde oder überhaupt einer Institution bilden jeweils einen Bestand. Beim staatlichen Archivgut ist jede oberste Reichsbehörde mit den ihr nachgeordneten zentralen Reichsbehörden zu einem Sachgebiet zusammengefaßt. Ausschlaggebend ist das Unterstellungsverhältnis am 8. Mai 1945 bzw. zum Zeitpunkt der Auflösung der nachgeordneten Behörden. Die Reihenfolge der nachgeordneten Behörden ergibt sich jetzt aus der Zeitfolge ihrer Entstehung. Insoweit ist das tektonische Prinzip des Reichsarchivs beibehalten worden.

In der Reihenfolge der Sachgebiete dagegen wurde ein anderer Weg beschritten. Das Reichsarchiv mußte eine Ordnung wählen, die den ständigen Wandel der Behördenorganisation erfaßbar machte. Die Einfügung von Behördenneubildungen war dadurch gewährleistet, daß die Folge der Sachgebiete von der Entstehungszeit der obersten Reichsbehörden bestimmt wurde. Den Nachteil, Zusammengehöriges

* Im einzelnen vgl. Helmut Lötzke und Gerhart Enders, Der Neubau des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. In: Archivmitteilungen 6 (1956), S. 41–44.

dabei zu zerreißen, nahm man in Kauf. Da die Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs ihrer Bestandsgliederung eine völlig abgeschlossene Behördenentwicklung zugrunde legen konnte, sind mehrere Sachgebiete zu einer sachlich zusammengehörigen Gruppe zusammengefaßt worden. So besteht z. B. die Gruppe „Inneres" aus den Sachgebieten Reichskanzleramt, Reichsministerium des Innern und Reichsministerium für die besetzten Gebiete, die Gruppe „Auswärtiges" aus den Sachgebieten Auswärtiges Amt, Reichskolonialamt und Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete.
Jeder Bestand des staatlichen Archivgutes ist mit einer vierstelligen Zahl bezeichnet. Die ersten beiden Ziffern geben die Nummer des Sachgebietes an, dem der betreffende Bestand angehört. Die beiden folgenden Ziffern stellen die Nummer dieses Bestandes innerhalb eines Sachgebietes dar.
Das nichtstaatliche Archivgut ist ebenfalls in Sachgebiete gegliedert, die ihrerseits zu Gruppen zusammengefaßt sind. Die Sachgebiete tragen die an das staatliche Archivgut anschließenden Nummern. Die einzelnen Bestände sind alphabetisch angeordnet und durch die ersten beiden Buchstaben des Stichwortes bezeichnet.*

Die Ordnung und Verzeichnung der zahlreichen großen Bestände, die vor allem seit 1950 in das Deutsche Zentralarchiv Potsdam einströmten, konnten von den 15 Mitarbeitern, die der Stellenplan 1946 vorsah, nicht bewältigt werden. Ihre Zahl ist inzwischen auf über 60 angestiegen, von denen über 30 der Abteilung I angehören. Darunter sind sechs wissenschaftliche und 14 staatlich geprüfte Archivare.** Die Abteilung I ist in sechs Referate untergliedert, die mit einem wissenschaftlichen Archivar und einem bis drei staatlich geprüften Archivaren besetzt sind. Jedes Referat verwaltet eine Anzahl von Beständen und führt an ihnen sämtliche archivarischen Arbeiten durch. Die Arbeitsteilung zwischen den Referaten erstreckt sich also auf die Bestände, nicht auf die einzelnen Arbeitsgänge. Für die mit der Archivbenutzung und allen Aktentransporten zusammenhängenden Aufgaben sind ein Benutzerdienst, die Aktenkontrollstelle und der Magazindienst zuständig.
Zur Zeit befindet sich die Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs noch mitten in den Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten. Seit 1950 wurden etwa 8500 lfd. Meter Akten benutzbar gemacht, das sind knapp 70 Prozent des augenblicklichen Gesamtbestandes, der bis 1960 voll benutzbar sein soll.

* Eine eingehende Begründung hat Gerhard Schmid, Probleme des Nichtstaatlichen Archivgutes im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: Archivmitteilungen 6 (1956), S. 46–50, gegeben.
** Die Mitarbeiter der Abteilung I erledigen auch die Aufgaben der Abteilung III (Archivgut aus Gebieten außerhalb der DDR) und zunächst auch der Abteilung IV (Archivgut der zentralen Dienststellen der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR).

Benutzungsbestimmungen und Benutzungseinrichtungen

Für die Benutzung der Bestände des Deutschen Zentralarchivs gelten die Bestimmungen der *Benutzungsordnung für die staatlichen Archive* der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Oktober 1951.*

Die *Benutzungsgenehmigung* wird auf Grund eines Antrages erteilt, und zwar für Archivalien, die vor dem 9. November 1918 entstanden sind, durch den Direktor des Deutschen Zentralarchivs, für nach diesem Zeitpunkt entstandene Archivalien durch die Staatliche Archivverwaltung im Ministerium des Innern. Für Benutzer aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland ist in jedem Fall die Genehmigung der Staatlichen Archivverwaltung erforderlich.

Mit dem *Benutzungsantrag* verpflichtet sich der Antragsteller zur Einhaltung der Benutzungsordnung und zur sorgfältigen Behandlung der vorgelegten Archivalien. Vom Benutzer hergestellte Abschriften und Auszüge sind auf Verlangen zur Kontrolle vorzulegen. Bei einer Veröffentlichung müssen die benutzten Archivalien mit der Archivsignatur angeführt werden.** Ein Exemplar der Arbeit ist dem Deutschen Zentralarchiv unaufgefordert und kostenfrei zu übersenden.

Grundsätzlich erfolgt die Benutzung *in den Räumen des Deutschen Zentralarchivs*. Hierfür steht ein Benutzerraum mit 20 Arbeitsplätzen zur Verfügung, der in nächster Zeit erweitert werden soll. Nach besonderer Vereinbarung können Schreibmaschinenabschriften in einem Nebenraum vorgenommen werden. Für die Benutzung von Mikrofilmen sind zwei Lesegeräte vorhanden.

Die Vorlage bestellter Archivalien erfolgt, wenn die Bestellung bis 10 Uhr aufgegeben wird, am gleichen Tage bis 13 Uhr, andernfalls am folgenden Tage ab 8 Uhr. Zur Zeit ist der Benutzerraum montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr geöffnet.

Aktenversendungen an auswärtige Benutzer sind nur in besonders zu begründenden Ausnahmefällen zulässig; sie sind auf höchstens 8 Wochen befristet. Die Benutzung muß in einem am Ort befindlichen Archiv oder in einer Universitätsbibliothek erfolgen, die sich schriftlich verpflichtet, die Einhaltung der Benutzungsordnung zu überwachen und die Archivalien feuer- und diebessicher aufzubewahren.

Die Bestände der *Bibliothek* des Deutschen Zentralarchivs, die als wissenschaftliche Fachbibliothek (etwa 60 000 Bände) v. a. die wesentliche Literatur zur Geschichte des Reiches und der internationalen

* Archivmitteilungen 1 (1951), S. 41 f.

** Bei Zitaten sind folgende Angaben erforderlich: Archiv, Bestandsbezeichnung, lfd. Nr. (bzw. Registratursignatur, Bandzahl) und ggf. Blattzahl. Zum Beispiel: Deutsches Zentralarchiv (DZA) Potsdam, Reichsministerium des Innern Nr. 12 053 (Militaria gen. 6 Bd. 1), Bl. 74.

Beziehungen seit der Mitte des 19. Jhs. sowie die amtlichen Drucksachen des Reiches, der Länder und des Auslandes in Auswahl sammelt, können nach Erteilung der Benutzungsgenehmigung im Benutzerraum oder auch in einem besonderen Leseraum benutzt werden. Sie stehen in beschränktem Umfange über den Leihverkehr der Deutschen Bibliotheken zur Verfügung.

Gebühren werden bei Benutzungen und Auskünften für wissenschaftliche und in öffentlichem Auftrag oder Interesse durchgeführte Forschungen nicht erhoben. Bei Benutzungen zu privaten Zwecken, z. B. für Familienforschungen, werden Gebühren nach der Gebühren- und Preisordnung für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik* in folgender Höhe erhoben:

für einen Tag	1,— DM
für eine Woche	3,— DM
für einen Monat	5,— DM
für sechs Monate	15,— DM
für ein Jahr	25,— DM

Für Auskünfte zu privaten Zwecken, die eine längere Sucharbeit erfordern, wird eine Gebühr von 6,— DM pro Stunde berechnet.

Kleinbildfilme, Vergrößerungen und *Reproduktionen* von Archivalien können für Benutzer in der Bildstelle des Deutschen Zentralarchivs hergestellt werden. Ihre Veröffentlichung ist nur nach besonderer Genehmigung gestattet. Das Urheberrecht verbleibt beim Deutschen Zentralarchiv.

Die *Gebühren für fotografische Arbeiten* betragen:

für eine Kleinbildaufnahme	24×36 mm	0,20 DM
desgl. mit Vergrößerung im Format	DIN A 5	0,70 DM
desgl. mit Vergrößerung im Format	DIN A 4	0,95 DM
desgl. mit Vergrößerung im Format	DIN A 3	1,30 DM
für eine Reproduktion	24×36 mm	2,— DM
desgl. mit Vergrößerung	6×9 cm	2,30 DM
desgl. mit Vergrößerung	9×12 cm	2,40 DM
desgl. mit Vergrößerung	13×18 cm	2,75 DM
desgl. mit Vergrößerung	18×24 cm	3,— DM
desgl. mit Vergrößerung	24×30 cm	3,50 DM
desgl. mit Vergrößerung	30×40 cm	4,50 DM

Anschriften:

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Stalinallee 98–101, Eingang Tizianstraße.
Deutsches Zentralarchiv, Merseburg, Weiße Mauer 48.
Staatliche Archivverwaltung, Potsdam, Stalinallee 98–101, Eingang Tizianstraße.

* Anordnung v. 9. 12. 1955 (Sonderdruck zum Gesetzblatt der DDR, Nr. 144 v. 20. 12. 1955).

Erläuterungen zur Gestaltung der Übersicht

Bestandsbezeichnung: Sie besteht aus der Bestandsnummer und dem Namen der Behörde (Institution, Person), bei der dieser Bestand erwachsen ist. Im allgemeinen ist die zuletzt gültige Bezeichnung verwendet.

Hinweise zur Behördengeschichte: Zu dem Namen der Behörde (Institution, Person) ist die zeitliche Erstreckung (Zeit von der Gründung als selbständige Behörde bzw. Institution bis zur Auflösung, bei Nachlässen Geburts- und Todesjahr) gesetzt. Es folgen knappe Erläuterungen über Aufgaben und Entwicklung der Behörde (Institution), Vorgänger, Nachfolger und Unterstellungsverhältnisse. Bei Nachlässen wird die berufliche bzw. politische Tätigkeit und Stellung des Nachlassers charakterisiert. Diese Erläuterungen sind von unterschiedlicher Ausführlichkeit und vielfach gerade für die weniger bekannten Behörden (Institutionen) umfangreicher gehalten.

Umfang: Hier sind die Zahl der Archivalien und ihre zeitliche Erstreckung angegeben. Letztere weicht oft von der zeitlichen Angabe für das Bestehen der Behörde ab. Meist handelt es sich nur um wenige Bände bzw. um Vor- oder Nachakten geringeren Umfangs, die nach archivarischen Ordnungsgrundsätzen in diesen Bestand eingefügt wurden.

Bestandsgliederung: Für jeden Bestand sind die einzelnen Aktengruppen angegeben, sofern es der Ordnungszustand gestattet und der Umfang verlangt. In Klammern sind zeitliche Erstreckung und Umfang hinzugesetzt (vgl. Umfang). Daraus ergeben sich bereits wesentliche Hinweise auf die Funktion der Behörde und auf quantitative Schwerpunkte in den Beständen. – Bestimmte Aktengruppen (z. B. Personalakten, Besoldungslisten, Registraturhilfsmittel) stehen in der Regel am Schluß.

Archivhilfsmittel: Sie geben den Grad der Verzeichnung und Erschließung der Bestände an. Im allgemeinen werden folgende Formen unterschieden: Findbücher bzw. (für Gerichte) Prozeßlisten, Verzeichnisse (provisorische Erschließung; auch Aktenpläne und Abgabelisten der Behörden sowie ältere Findbücher, die der heutigen Ordnung nicht mehr entsprechen) und Karteien. In Klammern sind die Anzahl der Archivhilfsmittel, sofern es sich nicht um einen Band bzw. einen Kasten handelt, und der Zeitpunkt ihrer Anfertigung beigefügt. – Soweit Angaben völlig fehlen, ist der Bestand noch nicht benutzbar.

Vor- und Nachakten: Die gegebenen Hinweise kennzeichnen schwer übersehbare Zusammenhänge zwischen Registraturen verschiedener Behörden, soweit von ihnen geschlossene Aktengruppen im Deutschen Zentralarchiv vorhanden sind. Thematische Beziehungen sind nicht berücksichtigt.

Literatur: Zur ersten Orientierung wird in knapper Auswahl Literatur lediglich über Aufgaben und Entwicklung, Aufbau und Arbeitsweise der Behörden und Organisationen genannt. Auf die Aufführung der Ministerialblätter u. a. Amtsdrucksachen* wurde bewußt verzichtet.

* Eine Bibliographie der von den zentralen Behörden des Reiches veröffentlichten periodischen und serienmäßigen Amtsdrucksachen wird vorbereitet.

Bearbeiter:

Dr. Hans-Stephan Brather
(S. 37–47, 110–114, 219–223)

Dr. Gerhart Enders
(S. 23–30, 57–66)

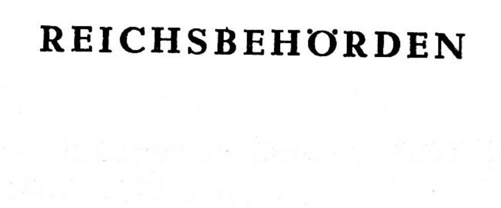
Dr. Bruno Gloger
(S. 88–97, 103–109)

Dr. Helmut Lötzke
(S. 48–56)

Dr. Ingo Rösler
(S. 15–22, 78–87, 98–102, 215 f.)

Dr. Gerhard Schmid
(S. 31 f., 67–77, 117–188, 191–210, 213 f.)

unter Mitarbeit der Staatlich geprüften Archivare ihrer Referate.



REICHSBEHÖRDEN

01.01

Reichstag
1867–1945

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes entstand 1867; er bildete, um Vertreter der süddeutschen Landtage erweitert, als *Zollparlament* ein Organ des Deutschen Zollvereins. Beide gingen 1871 im Deutschen Reichstag auf. 1919–1920 unter der Bezeichnung *Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung*. Durch das Ermächtigungsgesetz von 1933 war dem Reichstag jede Bedeutung genommen.

Umfang: etwa 4280 Bde. (1867–1938)

Bestandsgliederung:

A. Reichstag des Norddeutschen Bundes (1867–1870, 27)*
B. Zollparlament (1867–1870, 83)*
C. Reichstag des Deutschen Reiches (1867–1938, 3 771)
Reichsgesetzgebung und Verwaltung: Arbeitsrecht (1867–1932, 82). – Bank- und Börsenwesen (1867–1932, 36). – Bodenrecht, Siedlungs- und Wohnungswesen (1888–1930, 37). – Bundesrat (1867–1918, 9). – Finanzwesen (1867–1933, 72). – Gemeinwirtschaft (1873–1937, 56). – Genossenschaftswesen (1868–1929, 8). – Gesundheitswesen (1871–1936, 53). – Gewerbeordnung (1867 bis 1931, 88). – Handel und Verkehr mit Nahrungsmitteln (1878 bis 1932, 20). – Heerwesen (1867–1934, 97). – Heimatwesen (1869 bis 1931, 16). – Interpellationen (1867–1932, 62). – Justizwesen (1867–1935, 263). – Kirchen- und Schulwesen (1872–1931, 19). – Kolonialangelegenheiten (1883–1931, 331). – Kommissions-(Ausschuß-)Akten (1871–1935, 485). – Konsulate (1867–1922, 4). – Kriege (1870–1931, 142). – Land- und Forstwirtschaft (1871 bis 1936, 33). – Marine und Schiffahrt (1871–1936, 14). – Maß-, Münz- und Gewichtswesen (1868–1928, 15). – Petitionen (1867 bis 1933, 28). – Polizeiwesen (1880–1926, 3). – Post- und Telegraphenwesen (1869–1933, 27). – Presseangelegenheiten (1867 bis 1926, 7). – Reichsbeamte und -behörden (1868–1931, 106). – Reichshaushalt (1867–1933, 563). – Seeschiffahrt und Seefischerei

* Soweit die Akten über das Jahr 1870 hinaus weitergeführt wurden, sind sie unter C eingeordnet.

(1869–1913, 20). – Statistik (1869–1931, 30). – Steuerwesen (1867 bis 1930, 192). – Vereinswesen (1871–1928, 20). – Verfassung (1867–1938, 76). – Verkehrswesen (1867–1933, 66). – Verschiedenes (1868–1928, 25). – Versicherungen (1869–1934, 159). – Verträge und Beziehungen zum Ausland (1868–1937, 126). – Volkswohlfahrtspflege (1880–1930, 16). – Wahlangelegenheiten (1867–1935, 70).* – Zollwesen (1867–1931, 118).

Reichsland Elsaß-Lothringen (1871–1922, 118)
Reichstagsangelegenheiten (1867–1932, 34)
Partikulargesetzgebung (1872–1913, 25)

D. Sachthematische Sammlung von Reichstagsdrucksachen (1867 bis 1933, etwa 400 Bde.): im Büro des Reichstags angelegte Sammlung aller Reichstagsdrucksachen zu wichtigen Reichsgesetzen sowie u. a. der Reichstagsreden der Reichskanzler (1867–1905). Ähnlich geordnet wie C.

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956).

Literatur: Franz Hettner, Das Wahlprüfungsgericht beim RT. In: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 143–148. – Eugen Fischer-Baling, Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des ersten Weltkrieges. In: Geschichte und Politik (Bergsträsser-Festschrift), Düsseldorf 1954, S. 117–137. – Hirth's Parlaments-Almanach. Ausgabe 1–8. Berlin 1867–1869. Fortsetzung unter dem Titel: Deutscher Parlaments-Almanach. Hg. v. Georg Hirth. Ausgabe 9–16. Berlin (später: München u. Leipzig) 1871–1888. – Amtliches Reichstags-Handbuch. Hg. vom Reichstags-Bureau. (Für) 8.–12. Legislaturperiode. Berlin 1890–1907. Mit Nachträgen. – Fortsetzung u. d. T.: Reichstags-Handbuch. Hg. vom Bureau des Reichstags. (Für) 13. Legislaturperiode. Berlin 1912. – (Für) I.–IX. Wahlperiode. Berlin 1920–1934. Mit Nachträgen. – Handbuch der Deutschen Nationalversammlung. Hg. vom Bureau des Reichstags. Berlin 1919. – Der (Groß-)Deutsche Reichstag. Hg. v. Ernst Kienast. (Für) 3., 4. Wahlperiode. Berlin 1936, 1938. Nachtrag 1939. Neuherausgabe 1943.

02.01 Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins 1918–1919

Der *Vollzugsrat* der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins wurde am 10. November 1918 gewählt. Er war zunächst auch Kontrollinstanz gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten und der preußischen Regierung, seit Ende Dezember 1918 nur noch oberste Rätevertretung für das Gebiet des Zweckverbandes Berlin und wurde durch Noske am 6. November 1919 aufgelöst. – Die Vertreter der Arbeiterräte in

* Hier auch Akten des Wahlprüfungsgerichtes.

den Gemeinden des Zweckverbandes („Berliner kommunale Arbeiterräte") wurden 1919 vom Vollzugsrat zu mehreren Sitzungen zusammengerufen.

Umfang: 3 Bde. (1918–1919)

Bestandsgliederung:

Protokolle der Vollversammlungen der Berliner kommunalen Arbeiterräte (1. Bd.): 10. und 24. 1., 7. 2., 1. und 25. 3., 30. 5., 6. 6. 1919.
Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin [vom 9. 11. bis 13. 12. 1918]. Druckschrift, dem I. Rätekongreß vorgelegt (1 Bd.).
Allg. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte. Berlin (1919). [Druckschrift.]

Archivhilfsmittel: Findbuch (1938).

03.01

Reichsrat
1867–1934

Der *Bundesrat,* der sich aus den Bevollmächtigten der einzelnen Bundesstaaten zusammensetzte, war als Organ des Reiches an der Gesetzgebung beteiligt und mit gewissen Verwaltungs- und verwaltungsgerichtlichen Aufgaben betraut. Er war über den Ausbruch der Novemberrevolution hinaus tätig und wurde – nachdem inzwischen auch die Vertreter der Länderregierungen mit denen der Reichsregierung dreimal zusammengetroffen waren* – im Februar 1919 in den provisorischen *Staatenausschuß* und dann im August 1919 durch die Weimarer Verfassung unter wesentlicher Einschränkung seiner Funktionen in den Reichsrat umgewandelt. 1934 fiel der Reichsrat dem „Neuaufbau des Reiches" zum Opfer.

Umfang: 31 Bde. (1874–1934)

Bestandsgliederung:

Bundesrat (1874–1915, 6). – Reichsrat (1921–1934, 24). – Registraturhilfsmittel (1).

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

* Die Protokolle dieser Konferenzen vom 25. 11. 1918 und vom 25. 1. 1919 befinden sich im Bestand der Reichskanzlei.

Literatur: Ernst Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918. Regensburg 1955.

04.01 Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
1920–1934

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wurde 1920 als berufsständische Vertretung der großen wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen errichtet, um an der Gesetzgebung auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet gutachtlich mitzuwirken. Er wurde 1934 aufgelöst.

Umfang: 1625 Bde. (1920–1934)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (3 Bde., 1951).

Literatur: Harry Hauschild, Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926. Denkschrift. Berlin 1926. – Dasselbe 1926–1932. Berlin 1933.

06.01

Präsidialkanzlei
1919–1945

Unmittelbar nach der Wahl des Reichspräsidenten wurde für seinen laufenden Geschäftsverkehr im Februar 1919 das *Büro des Reichspräsidenten* eingerichtet. Nach Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Hitler wurde es 1934 in Präsidialkanzlei umbenannt.

Umfang: 769 Bde. (1919–1939)

Bestandsgliederung:

Reich: Verfassung (1919–1936, 16). – Reichspräsident (1919–1934, 23). – Reichsregierung (1919–1936, 19). – Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht einschl. Notverordnungen (1919–1936, 23). – Beamtenrecht (1919–1939, 71). – Ressort der Reichsarbeitsverwaltung (1919–1939, 42). – Grenzlandfragen, innere Unruhen und Staatsfeiertage (1919–1933, 35). – Angelegenheiten der Reichsfinanzverwaltung (1919–1932, 34). – Justiz (1919–1932, 19). – Kultur (1920–1932, 10). – Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Mietrecht und Wohnungswesen (1919–1935, 48). – Reichsbahn und Seeschiffahrt (1919–1937, 19). – Post- und Telegraphenwesen, Luftfahrt und Kraftverkehr (1919–1934, 12). – Unterstützungen, Ehrengaben und -preise, Ehrenpatenschaften (1919–1936, 281).
Länder: Preußen (1919–1937, 6). – Bayern (1919–1936, 15).
Auswärtige Angelegenheiten: Versailler Vertrag und Nachfolgekonferenzen (1919–1933, 25). – Völkerbund und Internationale Abkommen (1923–1932, 5). – Einzelne Länder (1919–1935, 37). – Auslandsdeutschtum (1920–1931, 1). – Wochenberichte des Auswärtigen Amtes (1923–1933, 5).
Reichswehr (1919–1934, 23).

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (um 1950).

07.01

Reichskanzlei
1878–1945

Die Reichskanzlei wurde 1878 als Zentralbüro des Reichskanzlers gegründet; ihr oblag der Verkehr mit den kaiserlichen Kabinetten, den Reichsämtern und den Regierungen der Bundesstaaten. Die Reichskanzlei war in der Novemberrevolution das Büro des Rates der Volksbeauftragten, seit 1919 das Büro des Reichskabinetts. Mit der Ausschaltung des Kollegialitätsprinzips in der Reichsregierung (seit 1933) wurde sie Hitlers „Informations- und Befehlsorgan" sowie seit 1939 geschäftsführendes Büro des „Ministerrats für die Reichsverteidigung".

Umfang: etwa 2000 Bde. (1873–1945)

Bestandsgliederung:

Stammakten 1878–1918:
Auswärtige Angelegenheiten (1878—1918, 33). – Bausachen (1879 bis 1918, 15). – Berg- und Hüttensachen (1901–1918, 12). – Bundesrat (1900–1918, 8). – Büroakten (1890–1917, 7). – Eisenbahnsachen (1873–1918, 86). — Elsaß-Lothringen (1877—1918, 92). – Finanzsachen (1877–1918, 166). – Geschäftsgang (1875—1899, 13). – Gesundheitssachen (1877–1899, 24). — Handel und Gewerbe (1877–1918, 222). – Hofsachen (1878–1918, 18). – Innere Angelegenheiten (1875–1912, 84). – Justizsachen (1877—1919, 124). – Kaiserliches Haus (1896 bis 1918, 31). – Kirchliche Sachen (1877–1918, 87). – Kolonien und Schutzgebiete (1900–1918, 35). – Kriegsmarine (1899—1918, 21). – Künste und Wissenschaften (1877–1899, 9). — Landesverwaltungen (1881–1918, 86). – Landtagssachen (1878–1918, 35). – Landwirtschaftssachen (1877—1918, 63). – Marinesachen (1877–1899, 13). – Medizinal- und Veterinärsachen (1895–1918, 50). – Militärsachen (1877–1918, 124). – Nationalfeste (1899–1918, 19). – Ordenssachen (1876–1918, 33). – Parteien (1877–1918, 65). – Personalsachen (1878 bis 1899, 71). — Polizei (1899—1918, 11). – Post und Telegraphie (1878–1918, 44). – Presse (1878–1918, 47). — Reichsangehörigkeit (1896–1918, 5). – Reichsbehörden (1879–1919, 91). – Reichsgebiet (1880–1919, 29). – Reichskanzler (1877–1919, 120). – Reichstag (1878 bis 1918, 60). – Reichs- und Staatsbeamte (1878–1919, 87). – Reichs- und Staatsverwaltung (1877–1899, 61). – Schiffahrt (1899–1919, 42). – Staatsbehörden (1883–1920, 46). – Statistik (1879–1918, 18). – Steuer- und Zollsachen (1877–1899, 94). – Telegraphensachen (1877 bis 1899, 8). – Unterrichtssachen (1878–1918, 58). – Vereine (1878 bis 1918, 38). – Verfassung (1899–1922, 6). – Vermischte Sachen 1878–1899, 32). – Versicherungen (1879—1918, 25). – Wegesachen (1902–1915, 3). – Wissenschaft und Kunst (1886—1919, 40). – Wohltätigkeit (1899–1918, 25).

Kriegsakten (1914–1922, 170)
Großes Hauptquartier* (1914–1918, 40)
Revolutionsakten (1918–1923, 73)
Registratur 1933–1945: 731 Hefter (1933–1945)**
93 Mappen (ungeordnet)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1939), Kartei (1955).

Literatur: Zur Geschichte des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei. Hg. vom Staatssekretär der Reichskanzlei [Hermann Pünder]. Berlin 1928. – Hermann v. Stutterheim, Die Reichskanzlei. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau 45). – Helmut Just, 65 Jahre Reichskanzlei. In: Deutsches Recht 13 (1943), S. 637 f.

Großes Hauptquartier
Formation Reichskanzler und Auswärtiges Amt***
1914–1918

Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hielten sich von Kriegsausbruch bis Jahresende 1914 fast ständig, seitdem nur zu kürzeren Besprechungen im Großen Hauptquartier auf. Während ihrer Abwesenheit blieb eine Verbindungsgruppe höherer Beamten im Großen Hauptquartier zurück. Ein Büro erledigte die laufenden Geschäfte.

Umfang: 41 Bde. (1914–1918)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1940).

Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung
1917–1919

Anfang 1917 wurde ein Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung eingesetzt, um die Zusammenarbeit zwischen der

* Nicht zu verwechseln mit dem Bestand „Großes Hauptquartier – Formation Reichskanzler und Auswärtiges Amt"!

** Hier auch Akten des Führers des Reichsverbandes deutscher Verwaltungsakademien (1934–1943, 37).

*** Nicht zu verwechseln mit der Aktengruppe „Großes Hauptquartier" im Bestand der Reichskanzlei!

zivilen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung besser und enger zu gestalten. Auch der Rat der Volksbeauftragten hatte einen Vertreter bei der Obersten Heeresleitung ernannt.

Umfang: 26 Bde. (1917–1918)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1937).

07.02 Reichskommissar für Ubergangswirtschaft 1916–1917

Der Reichskommissar für Ubergangswirtschaft wurde im August 1916 eingesetzt und beauftragt, die Einfuhr und Verteilung kriegswichtiger Waren zu regeln und die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorzubereiten. Seine Behörde ging Ende 1917 im Reichswirtschaftsamt auf.

Umfang: 5 Bde. (1916–1917)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956).

07.03 Stellvertreter des Reichskanzlers 1917–1918

Unmittelbar nach Hertlings Ernennung zum Reichskanzler wurde Friedrich v. Payer als Abgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei zum Stellvertreter des Reichskanzlers berufen. Er blieb in dieser Stellung auch unter Prinz Max von Baden und trat am 10. November 1918 zurück.

Umfang: 192 Bde. (1917–1918)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

Literatur: Friedrich v. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Frankfurt a. M. 1923. – Ders., Die Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden. In: Friedrich Ebert und seine Zeit, Berlin (1927), S. 87–125.

07.04 Kriegsstelle zur Vorbereitung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen

(Büro Dr. Helfferich)
1917–1918

Der ehemalige Vizekanzler Helfferich wurde im Dezember 1917 mit der Vorbereitung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland (am 14. Dezember auch für Rumänien), am 23. Dezember für alle „Feindstaaten" und im März 1918 mit der Bearbeitung der Wirtschaftsbeziehungen zu Bulgarien beauftragt. Die Kriegsstelle war bis zum Ausbruch der Novemberrevolution tätig.

Umfang: 109 Bde. (1917–1918)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1940).

07.05 Informationsstelle der Reichsregierung

1918–1919

Ausschließlich für Informationszwecke wurde — unabhängig von den bereits bestehenden Presse- und Propagandastellen der Reichsregierung und der obersten Reichsbehörden — am 10. November 1918 die Informationsstelle beim Rat der Volksbeauftragten (seit Februar 1919: Informationsstelle der Reichsregierung) errichtet. Sie beendete ihre Tätigkeit am 31. März 1919.

Umfang: 68 Bde. (1918–1919)

Bestandsgliederung:

Zentrale (40). – Zweigstellen für Informationen aus Kreisen der Soldatenräte sowie sozialwissenschaftlichen, landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen (28).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1940).

Literatur: Walter Vogel, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933. Berlin 1941.

07.06 Vertreter der Reichsregierung in Bialystok
1919

Auf Drängen der bayerischen Regierung Eisner wurde Dr. Bühlmann am 1. Januar 1919 vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzt, um durch Verhandlungen mit der polnischen Regierung eine beschleunigte Rückführung und Entlassung der an der mittleren Ostfront stehenden deutschen Truppen zu erreichen. Die Verhandlungen fanden zunächst in Grodno, dann überwiegend in Bialystok statt. Nach Beendigung der Rückführung kehrte Bühlmann im März 1919 nach Deutschland zurück.

Umfang: 2 Bde. (1918 Dez. – 1919 Apr.)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956).

07.07 Vertretung der Reichsregierung in München
1921–1931

Die Wahrung der Reichsinteressen in Bayern wurde nach 1918 zunächst durch die preußische Gesandtschaft in München wahrgenommen. 1921 errichtete die Reichsregierung eine eigene Vertretung in München; sie wurde 1931 aufgelöst.

Umfang: 179 Bde. (1919–1931)

Bestandsgliederung:

Alte Registratur (1919–1921, 14). – Neue Registratur (1920–1931, 152). Registraturhilfsmittel und Kassenbücher (1919–1931, 13).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1939/1955).

Literatur: Hans-Joachim Schreckenbach, Innerdeutsche Gesandtschaften 1867–1945. In: Archivar und Historiker (Meisner-Festschrift), Berlin 1956, S. 404–428.

07.08 **Kommissar des Reichskanzlers für die Ruhrabwehr**
(Zentralstelle Rhein–Ruhr)
1923

Die Abt. IV der Reichskanzlei („für das besetzte Einbruchsgebiet") – am 12. März 1923 als Zentralstelle Rhein–Ruhr verselbständigt – wurde am 26. Mai 1923 in Kommissar des Reichskanzlers für die Ruhrabwehr umbenannt und Ende August 1923 in das Reichsministerium für die besetzten Gebiete eingegliedert.

Umfang: 54 Bde. (1923)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1940).

09.01

Auswärtiges Amt
1870–1945

Im Jahre 1870 wurde das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten als Auswärtiges Amt vom Norddeutschen Bund, 1871 vom Deutschen Reich übernommen. Das Auswärtige Amt war jedoch bis 1918 zugleich als preußisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten für den preußischen diplomatischen Dienst bei den Bundesstaaten und beim Vatikan tätig.

Umfang: etwa 61 500 Bde. (1821–1945)

Bestandsgliederung:*

Ministerbüro	(1942, 1)
Protokollabteilung	(1941–1943, 3)
Personal- und Verwaltungsabteilung	(1936–1945, 18)

Politische Abteilung (1852–1945, etwa 5000)

Geschäftsgang (1882–1945, 5). – Kassensachen (1870–1933, 58). – Katholische Sachen (1868–1916, 84). – Konsulate** (1852–1920, etwa 3200). – Militaria (1870–1920, 302). – Missionen (1867–1900, etwa 1100). – Orden und Präsente (1872–1884, 14). – Personalia (1919–1936, 7). – Verträge (1900–1908, 4).
Registraturhilfsmittel (194).

Handelspolitische Abteilung (1825–1920, etwa 22 400)

Ausstellungswesen (1875–1923, 324). – Dienstsachen (1885–1914, 12). – Eisenbahnen (1866–1915, 935). – Fischerei (1903–1913, 48). – Handel, Generalia (1884–1921, 2214). – Handel, Länder (1883 bis 1922, 2528). – Fremder Handel (1825–1922, 833). Handel und Schifffahrt (1862–1906, etwa 7050). – Landwirtschaft (1868–1920, 1250). – Maß- und Gewichtswesen (1911–1920, 7). – Medizinalwesen (1865 bis 1914, 2197). – Münzwesen (1871–1913, 143). – Schiffahrt (1866–1920, 1273). – Telegraphenwesen (1854–1913, 290). – Verkehrswesen

* Als Grenzjahr für die Trennung von den Vorakten des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gilt in der Regel das Jahr 1870.

** 1867–1870 dem Bundeskanzleramt, seit 1870 dem Auswärtigen Amt unterstellt.

Zentralstelle für Auslandsdienst	(1914–1921, etwa 1850)
Rundfunkpolitische Abteilung	(1940–1943, 9)

Archivhilfsmittel: Findbuch (30 Bde., um 1930 ff., 1956), Kartei (1956).

Vorakten: Preußisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (Deutsches Zentralarchiv, Abteilung Merseburg).

Literatur: R. R. v. Scheller-Steinwartz, Reform des Auswärtigen Amtes. In: Handbuch der Politik, 3. A., Bd. 3, Berlin u. Leipzig 1921, S. 351–355. – Jahrbuch für Auswärtige Politik. Jg. 1–3, 4–9. Berlin 1929–1931, 1938 bis 1943. – Verzeichnis der Mitglieder des Diplomatischen Korps in Berlin. Hg. v. Auswärtigen Amt. Berlin 1918–1943. – Verzeichnis der (bis 1890: fremden, seit 1913: ausländischen) Konsuln im Deutschen Reich. Hg. v. Auswärtigen Amt. Berlin 1879–1939. – Kuno Ziemann, Das Auswärtige Amt und die Notwendigkeit seiner Reorganisation. Berlin (1920).

09.02 Deutsche diplomatische Vertretungen im Ausland

Bulgarien:	Gesandtschaft in Sofia	(1923–1944, 135)
China:	Gesandtschaft/Botschaft in Peking/Nanking	(1862–1945, etwa 4400)
Finnland:	Gesandtschaft in Helsinki	(1940–1942, 1)
Frankreich:	Botschaft in Paris	(1937–1944, 4)
Japan:	Botschaft in Tokio	(1938–1939, 15)
Lettland:	Gesandtschaft in Riga	(1933–1941, 33)
Litauen:	Gesandtschaft in Kowno	(1940, 1)
Österreich:	Der Gesandte in besonderer Mission in Wien	(1934–1938, 3)
Rumänien:	Gesandtschaft in Bukarest	(1941–1943, 3)
Rußland/ UdSSR:	Botschaft in Petersburg/ Moskau*	(1909–1939, 23)
Spanien:	Botschaft in Madrid	(1916–1918, 1)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956), Kartei (3 Kästen, 1954).

Literatur: R. R. v. Scheller-Steinwartz, Reform des auswärtigen Dienstes. In: Handbuch der Politik, 3. A., Bd. 3, Berlin u. Leipzig 1921, S. 355–360. – Verzeichnis der deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland (bis 1927: Deutsche Gesandtschaften, Konsulate und Paßstellen). Hg. v. Auswärtigen Amt. Berlin 1923–1939. – Helmut Lötzke,

* Enthält auch: Akten der Deutschen Hauptkommission für Kriegsgefangene, Zivilverschickte und Rückwanderer sowie der Deutschen Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilgefangene aus dem ersten Weltkrieg.

Archivalische Quellen zur Geschichte Chinas und der deutsch-chinesischen Beziehungen im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: Archivmitteilungen 6 (1956), Beilage zu Heft 2, S. 8.

09.03 Deutsche konsularische Vertretungen im Ausland

Bulgarien:	Generalkonsulat in Sofia	(1886–1896, 59)
China:	Konsulat in Hankau	(1906–1907, 1)
	Konsulat in Mukden	(1915–1916, 1)
	Konsulat in Nanking	(1899–1917, 143)
	Konsulat in Tientsin	(1912–1916, 1)
	Konsulat in Tschungking	(1926–1942, 73)
Iran:	Konsulat in Täbris	(1930–1941, 17)
Polen:	Konsulat in Lemberg	(1934–1939, 36)
Rumänien:	Konsulat in Galatz	(1923–1935, 3)
	Vizekonsulat in Kischineff	(1928–1937, 3)
	Konsulat in Kronstadt	(1936–1944, 260)
	Konsulat in Temesvar	(1921–1944, 657)
Rußland/UdSSR:		
	Konsulat in Baku	(1907–1914, 1)
	Generalkonsulat in Charkow	(1924–1938, 11)
	Konsulat in Kiew	(1882–1940, 23)
	Generalkonsulat in Moskau	(1908–1922, 1)
	Konsulat in Nowosibirsk	(1923–1938, 11)
	Konsulat in Odessa	(1923–1939, 25)
	Konsulat in Rostow	(1850–1914, 1309)
	Personalsachen (1155)	
	Registraturhilfsmittel (11)	
	Konsulat in Taganrog	(1862–1883, 5)
	Generalkonsulat in Tiflis	(1876–1940, 34)
Schweden:	Konsulat in Malmö	(1937–1942, 10)
Schweiz:	Generalkonsulat in Zürich	(1940–1944, 2)
Türkei:	Generalkonsulat in Konstantinopel	(1912–1928, 1)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956).

Literatur: Alfred Zimmermann, Konsularwesen und wirtschaftliche Vertretungen im Ausland. In: Handbuch der Politik, 3. A., Bd. 3, Berlin u. Leipzig 1921, S. 360–365. – Verzeichnis der Kaiserlich Deutschen Konsulate. Hg. v. Auswärtigen Amt. Berlin (1870) 1872–1914. – Vgl. auch 09.02.

09.04 Waffenstillstandskommission
1918–1919

Die am 7. November 1918 gebildete Waffenstillstandskommission unterstand zunächst dem Reichskanzler unmittelbar (seit Februar/ März 1919 dem Auswärtigen Amt) und arbeitete eng mit den einzelnen Reichsbehörden zusammen. Die Waffenstillstandsverhandlungen führte sie mit der Interalliierten permanenten Waffenstillstandskommission (Commission interalliée permanente d'armistice).

Umfang: 983 Bde. (1918–1920)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1935).

Literatur: Der Waffenstillstand 1918–1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht. I. A. der Deutschen Waffenstillstandskommission hg. v. Edmund Mahefka. Bd. 1–3. Berlin 1928.

09.05 Reichskommissar für die Ubergabe des Saargebiets
1920–1935

Die Funktion des Reichskommissars für die Ubergabe des Saargebiets war mit der des Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Personalunion verbunden. Während die Hauptaufgaben in den ersten Jahren (bis 1923) vorwiegend in politischen Verhandlungen mit der Saarregierung bestanden, wandelten sie sich danach in eine im wesentlichen technische Beaufsichtigung des behördlichen Schriftverkehrs mit der Saarregierung.

Umfang: 512 Bde. (1919–1936)

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

09.06 Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Ausland
1924–1928

Bei der Umbildung des Reichsamtes für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung in die Reichsstelle für das Auswanderungswesen im Jahre 1924 wurde für die Bearbeitung von Nachlässen verstorbener Deutscher im Ausland sowie von Nachforschungen und Zivilstandssachen im Ausland die Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Ausland eingesetzt (vgl. 15.05).

Umfang: etwa 9900 Bde. (1920–1928)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

Vorakten: Reichsstelle für das Auswanderungswesen (15.05).

10.01 Reichskolonialamt
1907–1919

Aus der seit 1890 bestehenden *Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes* wurde 1907 das Reichskolonialamt gebildet und 1919 in ein *Reichskolonialministerium* umgewandelt, dem die Abwicklungsgeschäfte für die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete übertragen wurden. Nach dessen Auflösung im Jahre 1920 übernahm das Reichsministerium für Wiederaufbau (*Kolonialzentralverwaltung*) diese Aufgaben bis zu seiner Auflösung 1924. Danach wurden Kolonialangelegenheiten wieder vom Auswärtigen Amt bearbeitet.

Umfang: etwa 9100 Bde. (1865–1943)

Bestandsgliederung:

Trotz der Aufeinanderfolge verschiedener Kolonialbehörden ist der Registraturverband organisch gewachsen und im wesentlichen einheitlich gestaltet worden, so daß er auch im Archiv als eine Einheit behandelt werden konnte. Der vom Reichsarchiv überlieferte Ordnungszustand ergibt eine Gliederung des Bestandes in 9 Gruppen (KA I–IX), von denen die Gruppen KA I–IV nach territorialen Gesichtspunkten gebildet worden sind (KA I: Ostafrika, KA II: Südwestafrika, KA III: Neu-Guinea, Südsee, Samoa, KA IV: Kamerun, Togo). Wegen der einheitlichen Registraturgliederung sowie aus Gründen der Übersichtlichkeit und der gebotenen Kürze sind die Gruppen KA

I–VIII hier zusammengefaßt worden, während die Gruppe KA IX (Fremde Kolonien) besonders aufgeführt wird.

Deutsche Kolonien (KA I–VIII):

Ansiedlungs- und Auswanderungswesen (1885–1943, 333). – Arbeitersachen (1884–1940, 97). – Armensachen (1889–1941, 95). – Auskünfte (1905–1941, 34). – Ausstellungen (1894–1941, 84). – Bankwesen (1891–1941, 55). – Bergbau und Bodenerforschung (1886 bis 1942, 255). – Bezirksämter (1892–1911, 25). – Bücher (1886 bis 1942, 87). – Denkschriften (1886–1939, 151). – Erwerbungen (1911 bis 1920, 11). – Expeditionen und Reisende (1877–1940, 270). – Fischerei und Fischzucht (1886–1941, 20). – Flugwesen (1925–1940, 1). – Forstwesen (1887–1940, 107). – Friedensvertrag (1914–1936, 18). – Geographie und Kartographie (1883–1941, 78). – Geschäftsgang (1885–1941, 20). – Gesellschaften und Vereine (1881–1942, 1009). – Gräbersachen (1888–1939, 38). – Grenz- und Vermessungssachen (1884–1939, 281). – Handels- und Schiffahrtssachen (1885 bis 1941, 269). – Industrie und Gewerbe (1897–1940, 12). – Innere Angelegenheiten (1885–1941, 168). – Jagd und Wildschutz (1887 bis 1940, 38). – Kirchensachen (1885–1941, 134). – Kolonialblatt (1888–1941, 12). – Kolonialdenkmäler (1893–1936, 10). – Kolonialpolitik (1884–1916, 16). – Kolonialratssachen (1890–1907, 62). – Kommissionen (1907–1921, 6). – Kongresse (1886–1941, 11). – Kriegssachen (1914–1941, 252). – Landwirtschaft (1887–1940, 910). – Lotteriesachen (1897–1940, 22). – Marinesachen (1886–1941, 135). – Medizinalwesen (1882–1914, 434). – Personenstand (1885–1925, 50). – Polizeisachen (1884–1940, 67). – Post- und Telegraphenwesen (1886–1941, 119). – Presse (1886–1943, 49). – Propaganda (1915 bis 1926, 17). – Protektoratssachen (1885–1903, 10). – Rechtssachen (1882 bis 1943, 910). – Reichstags- und Bundesratssachen (1883–1932, 60). – Schiffahrtssachen (1885–1938, 101). – Schulsachen (1885 bis 1941, 62). – Sklavensachen (1868–1940, 135). – Stationen (1892 bis 1906, 21). – Statistik (1886–1941, 98). – Steuersachen (1885–1941, 65). – Telegraphenwesen (1890–1940, 9). – Vereine (1894–1940, 16). – Vermessungssachen (1886–1938, 14). – Vermischtes: Allgemeines (1885–1942, 49), Afrika (1875–1903, 105), Südwestafrika (1882–1914, 35), Karolinen (1889–1913, 3), Neu-Guinea (1880–1886, 22), Samoa (1874–1907, 120), Südsee (1880–1914, 12), Kamerun (1884 bis 1898, 15), Togo (1885–1907, 8). – Versicherungswesen (1908 bis 1938, 3). – Verwaltungssachen (1880–1943, 710). – Veterinärwesen (1887–1939, 47). – Weltmarkt (1898–1920, 44). – Wirtschaftspolitik (1913–1924, 13). – Wissenschaftliche Sachen (1886–1941, 129). – Zollwesen (1885–1940, 174).

Fremde Kolonien (KA IX):

Fremde Besitzungen (1885–1921, 11). – Englische Besitzungen: Afrika (1880–1921, 162), Sansibar (1870–1918, 40), Australien (1880

bis 1910, 8), Neu-Guinea (1884–1903, 9), Südsee (1872–1909, 21). – Französische Besitzungen: Allgemeines (1885–1902, 5), Südsee (1875 bis 1888, 4). – Italienische Besitzungen in Afrika (1885–1905, 9). – Kongo (1882–1910, 24). – Liberia (1885–1905, 8). – Niederländische Besitzungen (1885–1906, 3). – Nordamerikanische Besitzungen in der Südsee (1883–1898, 6). – Portugiesische Besitzungen in Afrika (1870–1921, 22). – Spanische Besitzungen in Afrika (1884–1905, 3), in der Südsee (1886–1900, 4).

Archivhilfsmittel: Findbuch (4 Bde., um 1940 ff.), Kartei (2 Kästen, 1955).

10.02 **Behörden des ehem. Schutzgebietes Deutsch-Südwestafrika**
1885–1915

Die Verwaltung des Schutzgebietes gliederte sich in die Zentralverwaltung in Windhuk, die örtlichen Verwaltungen und in Sonderverwaltungen (Justiz, Polizei, Bergbau, Eisenbahnen) mit ihrem Unterbau. Das Schriftgut dieser Behörden ist zu einem Bestand zusammengefaßt.

Umfang: etwa 5400 Bde. (1886–1939)

Bestandsgliederung:

Zentralverwaltung
- Gouvernement in Windhuk (1886–1914, 82)
- Kommissar des früheren Gouvernements in Windhuk (1912 bis 1921, 25)
- Abwicklungsakten der Kolonialzentralverwaltung (1914–1939, 242)

Örtliche Verwaltung
- Bezirksämter (1903–1913, 8)
- Distriktämter (1903–1912, 7)

Justizverwaltung
- Obergericht Windhuk (1896–1916, 7)
- Bezirksgerichte (1903–1920, 46)

Inspektion der Landespolizei Südwestafrika (1903–1936, 398)
Bergbehörden (1898–1907, 2)
Eisenbahnverwaltung und Eisenbahnbaubehörden
- Eisenbahnverwaltung (1907–1915, 2)
- Eisenbahnkommissariat für den Bahnbau im Norden (1909–1919, 25)

Registraturhilfsmittel (21)
Personalakten (etwa 4500)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1942).

11.01 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
1941–1945

Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete wurde am 17. Juli 1941 errichtet und leitete die zivile Verwaltung der neubesetzten „Ostgebiete"; daneben standen selbständig die Dienststellen des Beauftragten für den Vierjahresplan, des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei und verschiedener anderer Verwaltungszweige. Dem Reichsministerium unterstanden die Reichskommissare für das Ostland und für die Ukraine.

Umfang: 39 Bde. (1941–1944)

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

14.01

Reichskanzleramt
1867–1879

Das 1867 gegründete *Bundeskanzleramt* (ab 1871 Reichskanzleramt) bearbeitete – mit Ausnahme wesentlicher militärischer – alle inneren Angelegenheiten des Norddeutschen Bundes bzw. Deutschen Reiches, bis sie auf die aus dem Reichskanzleramt herausgelösten obersten Reichsbehörden übergingen: 1875 auf das Generalpostamt und das Generaltelegraphenamt, 1877 auf das Reichsjustizamt und das Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen und 1879 auf das Reichsschatzamt. Die Restbehörde wurde 1879 in Reichsamt des Inneren umbenannt.

Umfang: 1567 Bde. (1867–1879)

Bestandsgliederung:

Verfassung, Verwaltung, Beamtensachen (1867–1879, 40). – Beziehungen zum Ausland (1867–1879, 178). – Etatsangelegenheiten (1867 bis 1879, 55). – Anleihen, Darlehen, Kassen-, Rechnungswesen (1867 bis 1879, 53). – Zollangelegenheiten (1867–1879, 48). – Steuern: Zucker, Bier, Spielkarten (1868–1879, 21); Branntwein (1868–1879, 12); Braumalz (1867–1878, 3). – Münzwesen (1868–1879, 67). – Zahlungsmittel der Länder (1872–1878, 2). – Postwesen (1867–1876, 6). – Konsulatswesen* (1868–1879, 140). – Militärangelegenheiten (1867–1879, 187). – Politische Parteien (1878, 1). – Medizinalpolizei (1868–1879, 57). – Veterinärpolizei (1867–1879, 16). — Bankwesen (1867–1879, 7). – Gewerbewesen (1867–1879, 62). — Heimatwesen (1867–1879, 7). – Maß- und Gewichtswesen (1867–1876, 6). – Versicherungswesen (1867 bis 1879, 1). – Statistik (1871–1878, 7). – Staatsministerialsachen (1870 bis 1878, 13). – Subventionen (1867–1879, 17). – Justizwesen (1867–1878, 121).

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

Nachakten: Reichsministerium des Innern (15.01); Reichsfinanzministerium (21.01); Reichsjustizministerium (30.01).

* Die Konsulate waren 1867–1870 dem Bundeskanzleramt, seit 1870 dem Auswärtigen Amt unterstellt.

Literatur: Heinrich Otto Meisner, Bundesrat, Bundeskanzler und Bundeskanzleramt. In: FBPG 54 (1943), S. 342–373. – Eberhard v. Vietsch, Die politische Bedeutung des Reichskanzleramtes für den inneren Ausbau des Reiches von 1867 bis 1880. Borna 1936.

15.01 **Reichsministerium des Innern**
1879–1945

Das *Reichsamt des Innern* entstand 1879 durch Umbenennung des Reichskanzleramtes. Es bearbeitete alle inneren Angelegenheiten des Reiches, soweit sie nicht in die Zuständigkeit anderer oberster Reichsbehörden fielen. Im Laufe des ersten Weltkrieges wurden das Kriegsernährungsamt (1916) und das Reichswirtschaftsamt (1917) ausgegliedert.
Es wurde 1919 in Reichsministerium des Innern umbenannt und gab wesentliche Arbeitsgebiete an das Reichsministerium für die besetzten Gebiete (1923), das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (1933) und das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (1934) ab.
Während das Reichsministerium des Innern bis 1933 in der Hauptsache auf die Gesetzgebung beschränkt war, erhielt es ab 1933 umfassende exekutive Verwaltungszuständigkeiten. Seit 1934 war das preußische Ministerium des Innern mit dem Reichsministerium des Innern vereinigt; dieses führte (allerdings nur 1934–1938) die Bezeichnung Reichs- und preuß. Ministerium des Innern.

Umfang: etwa 25 000 Bde. (1867–1945)

Bestandsgliederung:

Die Registraturen waren von 1879 bis 1926/27 nach Schlagworten geordnet.
Aktienwesen (1880–1920, 15). – Arbeiterversicherung (1869–1919, 1246). – Armenwesen (1872–1930, 169). – Ausstellungssachen (1887 bis 1926, 16). – Auswanderungswesen (1868–1930, 450). – Bankwesen (1869–1921, 258). – Beamtensachen (1867–1929, 620). – Besetzte Gebiete (1914–1930, 166). – Beziehungen zum Ausland (1867–1920, 2569). – Börsenwesen (1875–1917, 77). – Bundesrat (1900–1901, 1). – Chem.-Techn. Reichsanstalt (1902–1928, 14). – Disziplinarsachen (1872 bis 1926, 123). – Frieden (1915–1930, 391). – Geheimsachen (1880–1921, 43). – Gewerbewesen (1868–1922, 1040). – Handel und Verkehr (1876 bis 1917, 862). – Heimatwesen (1867–1931, 361). – Justizwesen (1869 bis 1925, 203). – Konsulatswesen (1870–1917, 302). – Kriegsschäden (1914–1925, 139). – Kultur, Kunst und Wissenschaft (1876–1927, 49). –

Landwirtschaft (1913–1916, 29). – Marine und Schiffahrt (1869–1917, 8). – Maße und Gewichtswesen (1868–1927, 75). – Medizinalpolizei (1867–1933, 2916). – Militaria (1867–1927, 1102). – Ministerbüro (1920 bis 1933, 39). – Münzwesen (1879–1919, 15). – Physikal.-Techn. Reichsanstalt (1881–1926, 46). – Politik (1918–1930, 380). – Politische Parteien (1878–1926, 36). – Polizeiwesen (1867–1929, 570). – Postwesen (1867–1917, 17). – Presse- und Nachrichtenwesen (1869–1927, 62). – Reichsamt des Innern (1867–1928, 137). – Reichsentschädigungskommission (1915–1919, 7). – Reichstag (1867–1933, 392). – Reichsversicherungsamt (1908, 1). – Reichsversicherungsanstalt (1911 bis 1916, 2). – Religion (1919–1926, 2). – Schulwesen (1911–1927, 61). – Sozialpolitik (1904–1918, 5). – Sparkasse (1881–1916, 15). – Staatsministerialsachen (1877–1920, 1038). – Steuersachen (1909–1917, 6). – Subventionen (1871–1932, 400). – Trunksucht (1880–1934, 74). – Tumultschäden (1919–1924, 18). – Vereinswesen (1895–1912, 2). – Verfassung und Verwaltung (1867–1928, 708). – Vermessungswesen (1877–1927, 39). – Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung (1901 bis 1918, 33). – Versicherungswesen (1871–1922, 299). – Versorgung (1920–1923, 24). – Versorgungsanwärter (1882–1926, 85). – Veterinärpolizei (1868–1929, 739). – Wanderung (1872–1934, 204). – Wirtschaftliche Mobilmachung (1910–1918, 337). – Wohnungsfürsorge (1885 bis 1918, 2). – Zollsachen (1879–1917, 202). – Abt. IAO Okkupationsangelegenheiten (1914–1935, 945). – Nachrichtenstelle (1916–1924, 83). – Zentralausgleichsstelle (1919–1928, 399).

Mit der Einführung der Büroreform 1926–1928 wurden die Registraturen nach einem Aktenplan geführt, der auf dem Strukturplan aufgebaut war.

Abteilung I	Verfassung, Verwaltung, Beamtentum	(1922–1937, 670)
Abteilung IA	Politik	(1924–1939, 444)
Abteilung IAN	Nachrichtensammelstelle	(1929–1934, 283)
Abteilung II	Volksgesundheit	(1927–1936, 559)
Abteilung III	Bildung und Schule	(1926–1942, 367)
Abteilung III	Polizei	(1934–1937, 46)
Abteilung III	Veterinärwesen	(1939–1945, 4)
Abteilung VI	Deutschtum	(1926–1945, 127)
ZHB		(1926–1944, 3)
ZK		(1939–1944, 4)
Abteilung P	Personalangelegenheiten	(1940–1944, 5)
Hauptamt Ordnungspolizei		(1939–1940, 1)

Besoldungsgrundlisten (1921–1932, 129)
Personalkarten von höheren Beamten (248)
Bestellung von öffentlichen Vermessungsingenieuren (923 Karteikarten)
Personalakten (982)
Registraturhilfsmittel (36)

Archivhilfsmittel: Findbuch (15 Bde., 1954/55).

Vorakten: Reichskanzleramt (14.01).

Nachakten: Reichsministerium für die besetzten Gebiete (16.01); Reichswirtschaftsministerium (31.01); Reichsarbeitsministerium (39.01).

Literatur: Franz Medicus, Das Reichsministerium des Innern. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau 41/42).

15.02 **Bundesamt für das Heimatwesen**
1870–1939

Das Bundesamt für das Heimatwesen entschied als oberstes Verwaltungsgericht des Reiches im letzten Rechtszuge im wesentlichen in Streitigkeiten über die öffentliche Unterstützung Hilfsbedürftiger zwischen Fürsorgeverbänden verschiedener Länder.

Umfang: 27 669 Prozeßakten (1872–1933)

Bestandsgliederung: Einzelfälle, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Prozeßlisten (61 Bde.).

Literatur: P. A. Baath, in: Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatwesen 57 (1921), S. V–XIX, u. 96 (1940), S. 3–5.

15.03 **Reichsdisziplinarhof**
1873–1937

Der Kaiserliche Disziplinarhof (seit 1919: Reichsdisziplinarhof) erkannte im zweiten Rechtszuge über Entscheidungen der Disziplinarkammern, wenn gegen Reichsbeamte das förmliche Disziplinarverfahren zum Zwecke der Entfernung aus dem Amte eingeleitet war. Seine Aufgaben wurden ab 1937 vom Reichsdienststrafhof weitergeführt.

Umfang: 4012 Prozeßakten (1874–1937)

Bestandsgliederung: Einzelfälle, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Kartei (3 Kästen, alphabetisch geordnet, 1953).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 62–69.

15.04 **Reichs-Commission**
1878–1890

Die Reichs-Commission entschied über Beschwerden gegen Verbote von Vereinen und Druckschriften auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (Sozialistengesetz).

Umfang: 296 Bde. (1878–1890)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1953).

Literatur: Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Bearbeitet von Herbert Buck. Berlin 1957 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3/I–II).

15.05 **Reichsstelle für das Auswanderungswesen**
1902–1945

1902–1918 Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, 1918–1919 Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung, 1919–1924 Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, 1924–1945 Reichsstelle für das Auswanderungswesen. Die Aufgaben waren im wesentlichen: Aufklärung der Öffentlichkeit über Aussichten für deutsche Auswanderer, Förderung der Fürsorgebestrebungen, Regelung der Wanderungsbewegungen. Teilaufgaben waren 1924 an die Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Ausland übergegangen.

Umfang: 28 Bde. (1902–1924)

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

Nachakten: Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Ausland (09.06).

15.06 Reichsarchiv
1919–1945

Umfang: etwa 650 Bde. (1920–1945)

Archivhilfsmittel: Kartei (1946).

Literatur: Vgl. S. 23 und 25.

15.07 Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
1920–1929

Der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung unterrichtete die Reichsregierung über alle die innere Lage des Reiches berührenden politischen Bestrebungen und Vorgänge. Seine Aufgaben wurden zum Teil vom Reichsministerium des Innern weitergeführt.

Umfang: 834 Bde. (1919–1934)

Bestandsgliederung:

Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung (1921 bis 1930, 10). – Polizei und bewaffnete Macht (1920–1930, 36). – Nachrichtenwesen (1919–1930, 37). – Rechtsnormen (1920–1930, 48). – Internationale Verhandlungen und Verträge (1920–1929, 6). – Überwachung ausländischer Tätigkeit im Reich (1920–1930, 58). – Abwehr (1920–1929, 7). – Verkehr mit Waffen (1920–1934, 14). – Wirtschaftliche Verhältnisse in ihren Wirkungen auf die öffentliche Ordnung (1920–1929, 16). – Politische Bewegungen (1920–1933, 42). – Wahlen, Wahlergebnisse, Regierungsbildungen (1920–1930, 10). – Parteien (1920–1934, 76). – Die Internationalen (1925–1929, 2). – Organisationen und Bewegungen politischer Art außerhalb der Parteien (1920–1933, 125). – Gewerkschaften, Allg. (1921–1929, 7). – Internationale Verbindungen wirtschaftlicher Organisationen (1921–1927, 2). – Offiziers- und Soldatenvereinigungen (1921–1930, 10). – Erwerbslosenbewegung und Demonstrationen, Allg. (1920–1925, 2). – Organisationen, Institute und Bewegungen mit bestimmten einzelnen Zielen (1920–1931, 13). – Pazifistische Bewegung (1922–1927, 2). – Presse, Allg. (1920–1924, 2). – Besetzte und abgetretene Gebiete (1920–1926, 12). – Ausland (1920–1929, 34). – Sachakten über bestimmte Einzelvorgänge (1920 bis 1929, 23). – Materialsammlungen über Einzelpersonen (1920–1933, 276).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1940).

Nachakten: Reichsministerium des Innern (15.01).

15.08 **Deutsches Rotes Kreuz**
1921–1945

Das Deutsche Rote Kreuz wurde 1921 durch Zusammenschluß der schon bestehenden Frauen- und Männervereine, Schwesternschaften und anderer Verbände vom Roten Kreuz als eine vom Reich anerkannte und ermächtigte Hilfsorganisation gegründet. Es wirkte in der Krankenbetreuung und bei öffentlichen Notständen sowie im Kriege im amtlichen Sanitätsdienst der Wehrmacht mit.

Umfang: 1102 Bde. (1922–1945)

Bestandsgliederung:

Hauptverwaltung des Deutschen Roten Kreuzes: Der Präsident und der stellvertretende Präsident (1945, 3), Führungsamt (1943, 1), Personalamt (1937–1945, 694), Verwaltungsamt (1922–1945, 184), Schwesternschaften (1922–1936, 2), Amt des Sonderbeauftragten für das Kriegsgefangenenwesen (1942–1944, 1).
Der Generalbevollmächtigte für alle vermögensrechtlichen Angelegenheiten: Allgemeines (1937–1944, 3), Vermögen und Haushalt (1928–1945, 178), Rechnungsprüfung (1941–1945, 4).

Landesstellen und Landesvereine (1929–1945, 4).
Schwesternversicherungsverein (1929–1945, 28).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1953).

Literatur: Hildegard Böhme, Die organisatorischen Grundlagen des Roten Kreuzes. Berlin 1925. – Die Anstalten und Einrichtungen des Roten Kreuzes in Deutschland. Bd. 1–2. Berlin 1928–1930. – Friedrich Wilhelm Brekenfeld, Das Deutsche Rote Kreuz. Berlin 1938 (Schriften zum Staatsaufbau 19).

15.09 **Reichssippenamt**
1933–1945

Das Reichssippenamt (1933–1935 *Sachverständiger für Rassenforschung* beim Reichsministerium des Innern, 1935–1941 *Reichsstelle*

für Sippenforschung) begutachtete in „Abstammungsfragen", förderte die Familienforschung und sorgte für die Sicherung und den Schutz der familiengeschichtlichen Quellen.

Umfang: 280 Bde. (1933–1945)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1953).

Literatur: Achim Gercke, Die Aufgaben des Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern. Leipzig 1933 (Flugschriften für Familiengeschichte 23).

15.10 Reichsverwaltungsgericht
1941–1945

Das Reichsverwaltungsgericht war oberste Verwaltungsspruchbehörde des Reiches. Es entstand 1941 durch Vereinigung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts mit einigen Verwaltungsgerichten des Reiches (des Dienststrafhofes, des Reichswirtschaftsgerichts, des Verwaltungsgerichtshofes in Wien, der Obersten Spruchstelle für Umlegungen, der Obersten Spruchstelle für Wasser- und Bodenverbände, des Entschädigungsgerichtes und des Reichskriegsschädenamtes) und führte deren Aufgaben weiter.

Umfang: 6 Bde. (1929–1943)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

16.01 Reichsministerium für die besetzten Gebiete
1923–1930

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete bearbeitete die besonderen Angelegenheiten der besetzten rheinischen Gebiete und erledigte die mit der Besetzung zusammenhängenden Verwaltungsarbeiten. Es führte die Aufgaben folgender Behörden weiter:

Staatssekretariat für die besetzten rheinischen Gebiete (= Abteilung IV) im Reichsministerium des Innern, das 1921 aus einem Referat dieses Ministeriums entstanden war;

Abteilung für die besetzten Gebiete des ehem. Reichsschatzministeriums, die bei dessen Auflösung dem Reichsministerium des Innern zugewiesen wurde;
Kommissar des Reichskanzlers für die Ruhrabwehr.

Umfang: 4747 Bde. (1919–1932)

Bestandsgliederung:

Abteilung I: Politische Angelegenheiten (1919–1932, 2931)
Abteilung II: Verwaltungs-, Rechts- u. finanzielle Angelegenheiten (1919–1931, 1816)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (2 Bde., 1939/40).

Vorakten: Reichsministerium des Innern (15.01).

16.02 **Reichskommisssar für die besetzten rheinischen Gebiete**
1919–1930

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete (Amtssitz Koblenz) nahm die Interessen der besetzten rheinischen Gebiete und ihrer Bevölkerung wahr und vertrat sie gegenüber der Interalliierten Rheinlandkommission.

Umfang: 1314 Bde. (1919–1930)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (2 Bde., 1952 u. 1955).

16.03 **Rheinische Volkspflege**
1919–1930

Die Rheinische Volkspflege war eine nach außen als private Organisation auftretende, dem Reichsministerium des Innern (ab 1923 dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete) unterstehende staatliche Stelle für Presse- und Kulturarbeit zur Abwehr des Separatismus und „Pflege des Deutschtums" in den besetzten rheinischen Gebieten.

Umfang: 869 Bde. (1918–1930)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1937).

17.02 **Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft**
1939–1945

Die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. wurde 1939 auf Anweisung des Reichsführers SS in seiner Eigenschaft als Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums durch die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. und die Garantie-Abwicklungsgesellschaft m. b. H. gegründet. Sie hatte vermögensrechtliche Aufgaben durchzuführen, die sich aus der Umsiedlung von Deutschen aus dem Ausland in das Reichsgebiet ergaben.

Umfang: etwa 300 lfd. m (1939–1946).

FINANZEN

21.01

Reichsfinanzministerium
1879–1945

Im Jahre 1879 entstand aus der Finanzabteilung des Reichskanzleramtes ein selbständiges *Reichsschatzamt*, das die dem Reich übertragenen Aufgaben auf dem Gebiet des Reichshaushalts, der Währung, der Zölle und Verbrauchsabgaben und der finanziellen Verwaltung des Reichsbesitzes bearbeitete. 1919 wurde es zum Reichsfinanzministerium umgebildet und gab vorübergehend die Verwaltung der reichseigenen Gebäude, Grundstücke und sonstigen Vermögenswerte an das neuerrichtete Reichsschatzministerium (22.01) ab. Dagegen wurden durch die nachfolgende Reichsfinanzreform (1919/1921) die Zuständigkeiten v. a. auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern wesentlich erweitert. Nach Auflösung des Reichsschatzministeriums (1923) und des Reichsministeriums für Wiederaufbau (1924) wurde das Reichsfinanzministerium zur zentralen Stelle für die gesamten verbleibenden Aufgaben der Kriegsabwicklung, die im einzelnen durch die nachgeordnete Restverwaltung für Reichsaufgaben (21.03) durchgeführt wurden. – Die Auflösung des Preußischen Finanzministeriums im September 1944 und die Übertragung seiner Zuständigkeiten auf das Reichsfinanzministerium hat sich nicht mehr grundlegend ausgewirkt.

Umfang: etwa 11 700 Bde. (1867–1945)

Bestandsgliederung:

Die Registraturen waren von 1879 bis 1928 innerhalb der Abteilungen nach Sachgruppen geordnet:

Abteilungen für allgemeine Finanzverwaltung:
Allgemeine Verwaltung und Organisation (1867–1928, 134). – Reichsgrundbesitz und -gebäude (1868–1928, 384). – Reichshaushalt (1867–1922, 750). – Kassen- und Rechnungswesen (1867–1928, 434). – Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfragen (1867–1928, 133). – Versicherungswesen (1873–1929, 77). – Bankwesen (1877 bis 1928, 98). – Münzwesen (1869–1924, 310). – Papiergeld (1870 bis 1924, 12). – Reichsschuldenwesen (1868–1926, 242). – Unterstützungen (1871–1927, 298). – Finanzverhältnisse im Ausland (1874–1920,

165). – Kolonialangelegenheiten (1883–1925, 174). – Militärwesen (1869–1928, 263). – Marinewesen (1871–1925, 71). – Post- und Telegraphenwesen (1918–1930, 8). — Eisenbahnwesen (1900–1909, 2). – Justizwesen (1878–1920, 37). — Wasserstraßenwesen (1893 bis 1924, 35). – Soziale Fürsorge (1876–1919, 26). — Verwaltung der besetzten Gebiete (1914–1923, 1). – Kriegsschäden und Kriegsabwicklung (1919–1928, 90). – Auslandsangelegenheiten (1876 bis 1916, 7). – Staatsministerialsachen (1908–1919, 66). – Büro des Staatssekretärs (1915–1919, 2). — Geheimakten (1880–1918, 5). – Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (1874–1918, 12). — Nachrichtenstelle (1900–1919, 10).

Abteilung für Zölle und Verbrauchsabgaben:
Allgemeines, Geschäftsbetrieb (1872–1930, 68). – Haushalt der Abgabenverwaltung (1919–1928, 8). – Zollwesen (1867–1930, 657). – Verbrauchsabgabenwesen (1868–1928, 700).

Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern:
Allgemeines, Geschäftsbetrieb (1920–1930, 122). – Ausgleichsbesteuerung (1920–1928, 11). – Besitzsteuer (1913–1922, 11). – Betriebssteuer (1923–1927, 18). — Einkommensteuer (1919–1929, 518). — Entschädigungen (1920–1925, 4). – Erbschaftssteuer (1907–1929, 63). – Geldentwertung (1922–1926, 5). – Goldwährung (1923–1925, 6). – Kapitalertragsteuer (1917–1927, 43). – Kraftfahrzeugsteuer (1923–1928, 1). – Kriegssteuern (1915–1931, 70). – Reichsentlastungsgesetz (1922–1932, 3). — Rennwett- und Lotteriesteuer (1922–1927, 2). – Statistik (1920–1929, 95). – Umsatzsteuer (1918–1934, 806). – Vermögensabgabe (Reichsnotopfer) (1918–1929, 85). – Versicherungssteuer (1920–1928, 4). – Wehrbeitrag (1913–1923, 10). – Zwangsanleihe (1918–1932, 23). — Geschäftsberichte der Landesfinanzämter (1920–1928, 70). – Personalsachen der Abgabenverwaltung (1919–1928, 27).

Seit 1929 waren die Registraturen nach einem für die gesamte Reichsfinanzverwaltung eingeführten Aktenplan geordnet*:

Reichshaushalt (1934–1941, 3). – Finanzwesen (1921–1945, 135). – Haushalt des Reichsministeriums des Innern (1935–1937, 2). – Organisation und Verwaltung (1929–1945, 160). – Personalangelegenheiten (1933–1945, 10). – Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (1929 bis 1945, 50). – Schulung (1935–1944, 2). – Steuern (1928–1945, 1900). – Landessteuern und Gemeindesteuern (1928–1945, 150). — Zölle (1928 bis 1945, 900). – Verbrauchsabgaben (1929–1945, 200). – Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern (1935–1945, 240). – Auslandsarchiv (1921–1945, 126).

* Die Bandzahlen für die Aktengruppen sind z. T. abgerundet, da noch nachgekommene Teile eingeordnet werden müssen.

Unbearbeiteter Bestand (etwa 600 Bde.)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (2 Bde., 1955), Kartei (3 Kästen, 1953).

Vorakten: Reichskanzleramt (14.01); Reichsschatzministerium (22.01).

Literatur: Überblick über die Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums. Hg. v. Reichsfinanzministerium. Berlin 1927. Darin: Denkschrift über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums. – Desgl. 1928, 1929. – Karl Groth, Die Reichsfinanzverwaltung. 8. A. Berlin 1943.

21.02 Verwaltung des Reichskriegsschatzes 1871–1920

Der Reichskriegsschatz wurde 1871 nach Aufhebung des preußischen Staatsschatzes aus Teilen der Frankreich auferlegten Kriegsentschädigung gebildet und zur Verwendung im Mobilmachungsfall bestimmt. Im Jahre 1913 wurde zusätzlich ein außerordentlicher Silber- und Goldbestand errichtet und ebenfalls der Verwaltung des Reichskriegsschatzes unterstellt.

Umfang: 8 Bde. (1872–1920)

Archivhilfsmittel: Kartei (1953).

Literatur: Paul Dehn, Der Reichskriegsschatz. München u. Leipzig 1901.

21.03 Restverwaltung für Reichsaufgaben 1923–1933

Die Restverwaltung für Reichsaufgaben hatte die aus dem Kriege erwachsenen Abwicklungsarbeiten zahlreicher Reichsverwaltungen zusammenzufassen und abzuschließen. Sie übernahm u. a. die Zuständigkeit folgender Behörden:

1923: Teilaufgaben des Kommissars des Reichsfinanzministeriums für Rechtsangelegenheiten aus dem Kriege (1921–1923) [vorher Reichsabwicklungsamt (1919–1921) und verschiedene Heeresabwicklungsbehörden]. – Teilaufgaben des Reichsschatzministeriums, Abt. A (1919–1923). – Heeresfriedenskommission –

Verwaltungskommission für Restitutionsangelegenheiten (1919 bis 1923). – Reichsministerium des Innern – Abwicklungsstellen der Zivilverwaltungen für die besetzten Gebiete (1919–1923).

1924: Auflösungsstelle für das Kriegsgefangenenwesen (1923) [vorher Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene (1919 bis 1923)]. – Reichsministerium für Wiederaufbau – Kolonialzentralverwaltung (1919–1924). – Reichstreuhandgesellschaft A. G. – Abt. Ausland (1920–1924).

1926: Reichsfinanzministerium – Referat I H (R) (1923–1926) [vorher Teilaufgaben des Kommissars des Reichsfinanzministeriums für Rechtsangelegenheiten aus dem Kriege (1921–1923) und des Reichsschatzministeriums, Abt. A (1919–1923)].

1930: Reichsentschädigungsamt für Kriegsschäden (1921–1930) [vorher Reichsentschädigungskommission (1915–1922)]. – Reichsausgleichsamt (1920–1930) [vorher Treuhänder für das feindliche Vermögen (1917–1923) und Reichskommissariat für Reparationslieferungen (1919–1928)].

1931: Kommissar für Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens (1930–1931).

Nach der Auflösung der Restverwaltung (1933) übernahm das Landesfinanzamt (später Oberfinanzpräsident) Berlin die restlichen Abwicklungsarbeiten in einer zu diesem Zweck eingerichteten Außenstelle. 1938 wurde bei ihr ein Ausschuß für die Gewährung weiterer Zahlungen für Liquidations- und Gewaltschäden eingesetzt, um besondere Härtefälle im Entschädigungsverfahren zu bearbeiten.

Umfang: etwa 13 000 Bde. (1914–1945)

Bestandsgliederung:*

Die Registraturen der Behörden, die nach und nach in der Restverwaltung aufgegangen sind, haben meist mehrere Stellen durchlaufen. Sie wurden im Deutschen Zentralarchiv wegen ihres inneren Zusammenhangs als Bestand der Restverwaltung zusammengefaßt, auch wenn einzelne Aktenbände und -gruppen schon bei den verschiedenen Vorbehörden abgeschlossen worden sind. Ebenso wurden die nach 1933 bei der restlichen Abwicklung durch das Landesfinanzamt Berlin noch weitergeführten Akten in den Bestand eingeordnet. – Die folgende Bestandseinteilung entspricht etwa der Geschäftsverteilung des Jahres 1930.

Abteilung R: Abwicklung von Ansprüchen gegen die ehemalige Heeres-, Marine- und Kolonialverwaltung (Aufgaben der bis 1929 in der Restverwaltung zusammengefaßten Behörden).

* Die Bandzahlen für die einzelnen Aktengruppen sind z. T. abgerundet, da der Bestand noch einer genauen Provenienzabgrenzung unterzogen werden muß.

Büro: Geschäftsbetrieb, Allgemeines (1917–1932, 120).

Referat 1: Verwertung der Heeresrücklässe im Ausland (1919 bis 1928, 35). – Ausländische Ansprüche im Ausgleichsverfahren gegen die Kriegsrohstoffabteilung und das Bekleidungsbeschaffungsamt (1915–1932, 35). – Frachtkosten für abgelieferte Kirchenglocken (1919–1931, 7). – Abwicklung Verwaltungschef Warschau (1915 bis 1930, 35). – Abwicklung Zivilverwaltung Warschau (1917–1932, 45).

Referat 2: Ausländische Ansprüche im Ausgleichsverfahren gegen das ehem. Heer und die ehem. Marine (1918–1933, 20).

Referat 3: Abwicklung des Kriegsabwicklungsamtes für Eisenbahnwesen (1916–1931, 290).

Referat 4: Abrechnung mit Österreich und Ungarn (1918–1932, 40). – Abrechnung mit Bulgarien (1917–1928, 10). – Abrechnung mit der Türkei (1916–1931, 20). – Abwicklung des Wirtschaftsstabes Rumänien (1918–1932, 35). – Marineabwicklung (1917–1934, 45). – Agenten (1915–1934, 95).

Referat 4 I H (R): Abwicklung des Referates I H (R) des Reichsfinanzministeriums: Verwaltung und Kasse (1918–1923, 70). – Personalakten (160). – Ansprüche aus Verträgen mit ehem. Kriegs- und Heeresstellen, nichtvertragliche Ansprüche und Schadenersatzforderungen (1915–1933, 1670).

Referat 5: Ansprüche für verlorengegangene Ölkesselwagen, Bewirtschaftung der reichseigenen Ölkesselwagen (1917 bis 1931, 75).

Referat 6: Ansprüche an Kriegs- und Heeresstellen, soweit nicht in Referat 4 I H (R) (1915–1933, 35). – Abwicklung der technischen Institute, Artilleriedepots und der Zentralschatzkasse (1921–1932, 10). – Abwicklung der Zivilverwaltung Belgien, Prozeßangelegenheiten aller Zivilverwaltungen (1917–1933, 65).

Referat 7: Restitutionsangelegenheiten, Rückgabe feindlichen Eigentums (1920–1929, 4).

Referat 9: Abwicklung der Kolonialzentralverwaltung: Geschäftsbetrieb (1923–1930, 10).

Abteilung E: Durchführung der Kriegsschädengesetze (Aufgaben des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden).

Gruppe I: Organisation und Verwaltung, Wertpapierentschädigung: Allgemeine Akten (etwa 600 Bde.). – Entschädigungsakten, nach Einzelfällen geordnet (etwa 1200 Bde.). – Entschädigungsakten, nach Bankinstituten als Vertretern der Geschädigten geordnet (etwa 1000 Bde.). – Schlußentschädigungsbescheide (etwa 2500 Hefte).

Ausschuß für die Gewährung von weiteren Zahlungen für Liquidations- und Gewaltschäden (etwa 200 Hefte).

Abteilung A: Abwicklung von Geldverbindlichkeiten nach Artikel 296 und 72 des Versailler Vertrages im Ausgleichsverfahren (Aufgaben des Reichsausgleichsamtes, vorher Treuhänder für das feindliche Vermögen).

Einzelfälle, nach Ländern geordnet (etwa 4500 Bde.).

Kommissar für Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens:

Entschädigungen für hinterlegte Emigrantenkautionen (etwa 40 Bde.).

Archivhilfsmittel: Abt. R: Verzeichnis (2 Bde., um 1930), Kartei (2 Kästen, 1953).
Abt. E: unverzeichnet.
Abt. A: summarisches Verzeichnis (um 1938).
Kommissar für Entschädigungen: unverzeichnet.

Vorakten: Reichsfinanzministerium (21.01); Reichsschatzministerium (22.01); Reichstreuhandgesellschaft A.G. (22.02); Reichsministerium für Wiederaufbau (33.01).

22.01 Reichsschatzministerium
1919–1923

Das Reichsschatzministerium erhielt aus dem Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums die Verwaltung der reichseigenen Gebäude und Grundstücke, die finanzielle Beaufsichtigung der wirtschaftlichen Kriegs- und Übergangsorganisationen und die Verwertung von Heeres-, Marine- und anderen reichseigenen Gütern. Als weitere Aufgaben traten hinzu: die Bauverwaltung der reichseigenen Gebäude, die Verwaltung der Heeres- und Marinegebäude und -grundstücke sowie die Versorgung des Heeres und der Marine.
Bei der Auflösung des Ministeriums gingen die Zuständigkeiten im wesentlichen auf das Reichsfinanzministerium über. Die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete wurde vom Reichsministerium des Innern (dann vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete), die Aufgaben auf dem Gebiet der Elektrowirtschaft und andere wirtschaftliche Abwicklungsaufgaben vom Reichswirtschaftsministerium übernommen.

Umfang: etwa 13 500 Bde. (1914–1923)

Bestandsgliederung:*

Hauptbüro (1919–1923, 55)
Abteilung Z Allgemeine Verwaltungs-, Personal- und Haushaltsangelegenheiten (1915–1923, 390).
Abteilung L Verwaltung der reichseigenen Grundstücke und Gebäude, Versorgung des Heeres und der Marine (1919 bis 1923, 1200).
Abteilung B Reichsbauverwaltung (1919–1923, 90).
Abteilung R Reichsschatzverwaltung der besetzten rheinischen Gebiete (1919–1923, 15).
Abteilung J Verwaltung der industriellen Betriebe und der Beteiligungen an industriellen Unternehmungen (1914–1923, 300).
Abteilung A Erfassung, Wiedererfassung, Verwaltung und Verwertung des entbehrlich gewordenen beweglichen Militärgutes, Abgeltung von Kriegs- und Wehrmachtsverträgen (1914–1923, etwa 11 500).

Archivhilfsmittel: Kartei (4 Kästen, 1953).

Vorakten: Reichsfinanzministerium (21.01).

Nachakten: Reichsfinanzministerium (21.01); Reichsministerium für die besetzten Gebiete (16.01); Reichswirtschaftsministerium (31.01); Reichstreuhandgesellschaft A.G. (22.02); Restverwaltung für Reichsaufgaben (21.03).

22.02 Reichstreuhandgesellschaft A. G.
1920–1924

Da die kaufmännische Verwaltung und Verwertung der durch die Demobilmachung frei gewordenen Militär- und sonstigen reichseigenen Güter im In- und Ausland durch eine Behörde (Reichsverwertungsamt, später Abt. A des Reichsschatzministeriums) sich als zu schwerfällig erwies, wurde 1920 die Reichstreuhandgesellschaft A. G. gegründet und mit der treuhänderischen Durchführung dieser Aufgabe unter Aufsicht der Abt. A des Reichsschatzministeriums beauftragt. Hauptaktionäre waren der Reichsfiskus, der preußische, sächsische und bayerische Fiskus sowie Spitzenverbände von Industrie, Handel und Handwerk.
Nach Abwicklung der ursprünglichen Aufgaben gingen die Anteile in Privathand über; die Firma wurde 1924 zur Deutschen Kredit- und

* Die Bandzahlen für die einzelnen Aktengruppen sind abgerundet, da der Bestand noch einer genauen Provenienzabgrenzung unterzogen werden muß.

Handelsgesellschaft A. G. umgewandelt und führte als solche neben anderen Geschäften die Verwertungsarbeiten zu Ende.

Umfang: etwa 1450 Bde. (1919–1928)

Bestandsgliederung:*

Generalsekretariat (1919–1928, 25)
Abt. Justiz (1919–1927, 70)
Abt. Finanzen (1920–1924, 25)
Direktion A Warenverwaltung: Warenfeststellung und -bestimmung (1920–1925, 70). – Lagerwesen, Spedition, Preiskontrolle (1919–1923, 55).
Direktion B Warenverwertung: Allgemeines (1919–1924, 75). – Automobile (1919–1923, 10). – Eisenbahngerät (1919 bis 1924, 20). – Eisen und Baumaterial (1920–1923, 3). – Marine (1922–1923, 2). – Zweigstellenverkehr (1919 bis 1923, 5). – Abt. Ausland (1919–1924, 1000). – Abt. Verschiedenes (1919–1924, 20).
Abt. Kommissionsgeschäfte (1920–1925, 20)
Abt. Sozialpolitik (1920–1923, 25)

Archivhilfsmittel: Kartei (1953).

Vorakten: Reichsschatzministerium (22.01).

Nachakten: Restverwaltung für Reichsaufgaben (21.03).

Literatur: Reichstreuhandgesellschaft A.G. Berlin NW 7, Sonderdruck o. O. u. J.

23.01 Rechnungshof des Deutschen Reichs
1868–1945

Die Kontrolle des Bundeshaushalts des Norddeutschen Bundes wurde 1868 erstmalig für die Haushaltsjahre 1867–1869 der Preußischen Oberrechnungskammer unter der Bezeichnung Rechnungshof des Norddeutschen Bundes übertragen. Im Jahre 1871 erfolgte die gleiche Maßnahme für den Haushalt des Deutschen Reichs unter Umbenennung der Behörde in Rechnungshof des Deutschen Reichs. Ihm wurde bis zum Rechnungsjahr 1919 in meist jährlich wiederholten Einzelgesetzen die Prüfung der Jahreshaushaltsrechnungen übertragen.

* Die Bandzahlen für die einzelnen Aktengruppen sind abgerundet, da der Bestand noch einer genauen Provenienzabgrenzung unterzogen werden muß.

Erst durch die Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 wurde die Prüfung des Reichshaushalts durch den Rechnungshof grundsätzlich geregelt. 1937 übernahm der Rechnungshof auch die Aufgaben der obersten Prüfungsbehörden der Länder. Zu diesem Zweck wurden Außenabteilungen in Dresden (bis 1940 in Leipzig), Hamburg, Karlsruhe und München eingerichtet, zu denen später weitere in Wien (1939), Posen (1942) und Metz (1942) traten. Die Preußische Oberrechnungskammer wurde zwar 1941 in den Rechnungshof eingegliedert, behielt hier jedoch bis 1945 eine gewisse Sonderstellung.

Umfang: etwa 11 700 Bde. (1826–1946)

Bestandsgliederung:*

Die Registraturen des Rechnungshofes unterschieden drei Aktengruppen:

1. Allgemeine Akten (bis 1930 Generalakten) für die grundlegenden Anweisungen des Prüfungsdienstes und die inneren Verwaltungsangelegenheiten des Rechnungshofes.
2. Fachakten für die speziellen Prüfungsunterlagen und -anweisungen der einzelnen Prüfungsgebiete.
3. Prüfungsakten für die eigentlichen Prüfungsverhandlungen.

Die allgemeinen Akten sind, da sie nach einem einheitlichen Aktenplan geführt wurden, vereinigt und an den Anfang des Bestandes gestellt worden. Die Fach- und Prüfungsakten, die in jedem Prüfungsgebiet nach eigenem Aktenplan angelegt wurden, sind nach der Geschäftsverteilung geordnet.

Allgemeine Akten (1826–1945, 1920)

Präsidialabteilung:

Unterabteilung 1–2: Fachakten (1924–1945, 140)

Unterabteilung 3, Berlin (Nachfolgestelle des Reichssparkommissars): Geschäftsbetrieb (1929–1945, 12). – Reichsbehörden (1924–1945, 155). – Reichshaushalt (1925–1944, 9). – Reichsverwaltung (1923 bis 1945, 25). – Personalfragen (1921–1945, 65). – Verwaltung und Haushalt der Länder (1924–1944, 60). – Verwaltung und Haushalt der Gemeinden (1927–1943, 20). – Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung (1924–1944, 30). – Gutachten des Reichssparkommissars (1929–1938, 80).

Abteilung I Allgemeines

I 1 Haushaltsrecht, Reichsfinanzministerium: Fachakten (1926–1945, 190). – Prüfungsakten (1874 bis

* Die Bandzahlen für die einzelnen Aktengruppen sind z. gr. T. abgerundet, da noch in einzelne Gruppen Fragmente eingeordnet werden müssen.

1944, 20). – Akten über die Aufstellung der Denkschriften des Rechnungshofes zur Reichshaushaltsrechnung (1878–1944, 180).

I 3 Beamten- und Dienstnehmerrecht: Prüfungsakten (1935–1944, 4).

Abteilung II Boden, Einnahmen

II 1 Reichsernährungsministerium: Fachakten (1931 bis 1945, 60). – Prüfungsakten (1905–1945, 130).

II 3 Reichsnährstand, Reichsstellen und Hauptvereinigungen: Fachakten (1930–1945, 145). – Prüfungsakten (1930–1945, 265).

II 4 Siedlung, Landbewirtschaftung und Bodenkultur: Fachakten (1929–1945, 35). – Prüfungsakten (1927 bis 1945, 340).

Abteilung III Versorgung, Reichsarbeitsministerium

III 1 Beschädigtenversorgung: Fachakten (1928–1945, 40). – Prüfungsakten (1921–1945, 465).

III 2 Dienstzeitversorgung: Fachakten (1922–1944, 17). – Prüfungsakten (1926–1945, 120).

III 3 Reichsarbeitsministerium, Reichswohnungskommissar: Fachakten (1911–1945, 180). – Prüfungsakten (1903–1945, 460). – Handakten (1933–1945, 60).

Abteilung IV Heer

IV 1 Oberkommando der Wehrmacht, Oberkommando des Heeres: Fachakten (1929–1945, 140). – Prüfungsakten (1935–1945, 17).

IV 2 Heeresbeschaffungswesen: Prüfungsakten (1935 bis 1945, 75).

Abteilung V Marine, Reichsarbeitsdienst

V 6 Reichsarbeitsdienst: Fachakten (1933–1944, 85). – Prüfungsakten (1936–1945, 20).

Abteilung VII Technik

VII 1 Hochbau: Fachakten (1936–1945, 22). – Prüfungsakten (1933–1945, 20).

Abteilung VIII Wirtschaft

VIII 3 Treuhandverwaltung in den eingegliederten und neubesetzten Ostgebieten: Prüfungsakten (1940 bis 1945, 10).

VIII 5 Beteiligungen: Prüfungsakten (1919–1945, 520).

Abteilung IX Reichspost, Rechtspflege

IX 1–2 Reichspost: Fachakten (1934–1943, 2).

IX 3 Justiz I: Fachakten (1935–1945, 25). – Prüfungsakten (1932–1943, 8).

Abteilung X Verwaltung

X 1 Reichsministerium des Innern: Fachakten (1922 bis 1945, 55). – Prüfungsakten (1876–1945, 275).

X 2 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda: Fachakten (1933–1945, 28). – Prüfungsakten (1934–1945, 120).

Abteilung XI Preiswesen, Protektorat, Ostgebiete, Auswärtiges Amt, Kriegsschäden

XI 1 Preiswesen: Fachakten (1936–1945, 75).

XI 2 Kolonien: Fachakten (1940–1945, 4). – Prüfungsakten (1929–1945, 8).

XI 3 Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete: Fachakten (1939–1945, 9).

XI 4 Präsidialkanzlei, Reichskanzlei, Reichstag, Auswärtiges Amt, Akademie für Deutsches Recht: Fachakten (1920–1945, 40). – Prüfungsakten (1912–1945, 190).

XI 5 Kriegsschäden, Reichsschuldenverwaltung, Allgemeine Finanzverwaltung: Fachakten (1928–1945, 45). – Prüfungsakten (1925–1945, 215).

Archiv: Geschäftsakten (1922–1945, 6). – Sitzungsniederschriften der Senate (1934–1944, 16). – Sammlung von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen u. a. Arbeits- und Prüfungsunterlagen (1824–1946, 335). – Zeitungsausschnittsammlung (1923–1946, 80).

Personalakten (3080)

Archivhilfsmittel: Kartei (4 Kästen, 1955).

Vorakten: Preußische Oberrechnungskammer (Rep. 138).*

Literatur: Hertel (Hg.), Die Preußische Oberrechnungskammer (Rechnungshof des Deutschen Reichs) – ihre Geschichte, Einrichtung und Befugnisse. Berlin 1884. – Albert Manke, Die Entwicklung des Prüfungsdienstes bei der Preußischen Oberrechnungskammer und dem Rechnungshof des Deutschen Reichs. Potsdam 1936. – Moritz Saemisch, Der Reichssparkommissar und seine Aufgaben. Berlin 1930 (Finanzrechtliche Zeitfragen 2). – Felix Boesler und Hans Engel, Organisation, Aufgaben und Grundfragen des staatlichen Rechnungs- und Kontrollwesens. In: Finanzarchiv N. F. 7 (1939), S. 193–206.

* Die Oberrechnungskammer übernahm 1934 die Prüfung der Reichsausgaben für Kunst, Wissenschaft, Kirchliche Angelegenheiten und Forstwirtschaft, da für diese Gebiete bereits entsprechende Abteilungen bei ihr eingerichtet waren. Andererseits wurden preußische Prüfungsangelegenheiten teilweise vom Rechnungshof bearbeitet, so u. a. auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung. Da beide Behörden bis 1945 getrennte Registraturführung nach verschiedenen Aktenplänen besaßen, wurde die Trennung der Akten nach der Geschäftsverteilung durchgeführt. Die von der Oberrechnungskammer überprüften Rechnungen befinden sich in Rep. 138, die vom Rechnungshof überprüften im Bestand 23.01.

30.01 **Reichsjustizministerium**
1877–1945

Die Ausdehnung der Reichsjustizgesetzgebung führte 1877 zur Ausgliederung des Justizressorts aus dem Reichskanzleramt als *Reichsjustizamt* (seit 1919 Reichsjustizministerium). Der Aufgabenkreis des Reichsjustizministeriums wurde v. a. 1934/35 durch die Auflösung der Landesjustizministerien beträchtlich erweitert.

Umfang: 21 431 Bde. (1842–1945)

Bestandsgliederung:

Die Registraturen waren von 1877 bis 1934 nach Schlagworten geordnet.

Beamtenrecht (1874–1934, 229). – Beamte (1872–1932, 236). – Behörden (1871–1932, 32). – Bergrecht (1871–1934, 17). – Beziehungen zum Ausland (1868–1927, 24). – Bodenrecht (1875–1934, 66). – Bürgerliches Recht (1869–1934, 910). – Elsaß-Lothringen (1875–1920, 34). – Finanzrecht (1875–1934, 225). – Geschäfte (1873–1934, 182). – Gewerberecht (1867–1934, 177). – Gewerblicher Rechtsschutz (1876 bis 1934, 358). – Handel (1868–1934, 713). – Kirchenrecht (1875–1934, 24). – Konkursrecht (1876–1934, 67). – Militärwesen (1870–1934, 44). – Personenstand (1871–1934, 68). – Preßrecht (1872–1934, 28). – Privatrecht (1871–1934, 294). – Rechtspflege (1867–1934, 815). – Reichsämter (1882–1918, 5). – Reichsgericht (1882–1934, 56). – Spezialrechte (1903–1920, 6). – Staatsbürgerrecht (1872–1934, 66). – Staatsoberhäupter (1875–1934, 96). – Staatsrecht (1884–1918, 42). – Statistik (1923–1934, 2). – Strafprozeß (1871–1934, 472). – Strafrecht (1867–1934, 577). – Urheberrecht (1874–1934, 214). – Vereinsrecht (1832–1934, 23). – Verfassung (1867–1934, 271). – Verkehrsrecht (1866–1934, 188). – Verwaltung (1914–1919, 2). – Verwaltungsrecht (1906–1934, 47). – Völkerrecht (1871–1934, 788). – Wirtschaftsrecht (1877–1934, 177). – Zivilprozeß (1876–1934, 222).

Nach der Einführung der Büroreform 1934/35 wurden die Registraturen nach einem neuen Aktenplan geführt.

Verfassung und Verwaltung (1934–1939, 85). – Rechts- und Dienstverhältnisse der Staatsbediensteten (1934–1944, 85). – Zivilrecht und Zivilrechtsgang (einschl. Gerichtsverfassung) (1934–1943, 534). – Strafrecht, Strafrechtsgang, Strafvollzug und Polizei (1934–1945, 8500). – Finanzwesen (1934–1943, 1302). – Kultur- und Wohlfahrtspflege (1934–1943, 26). – Wirtschaftsangelegenheiten (1934–1943, 176). – Land- und Forstwirtschaft (1934–1942, 68). – Wehrmacht und auswärtige Angelegenheiten (1934–1944, 48).

Außerhalb dieses Aktenplanes wurden die Gerichtslokalien- und Anstaltsverwaltungssachen geführt.

Staatsanwaltschaften, Gerichte und Gefängnisverwaltungen des Reiches (1879–1943, 1591).

Österreichische Angelegenheiten (1842–1939, 204)
Bayerische Angelegenheiten (1859–1936, 403)

Personalakten (612)

Archivhilfsmittel: Kartei (10 Kästen, 1953/1956).

Vorakten: Reichskanzleramt (14.01); Preuß. Justizministerium (Rep. 84 a).

Literatur: Franz Sauer, Das Reichsjustizministerium. Berlin 1939 (Schriften zum Staatsaufbau 36/37). – Handbuch der Justizverwaltung. Bearb. im Büro des Reichsjustizministeriums. Berlin 1942.

30.02 **Reichsgericht**
1869–1945

Seit 1869 war das *Bundesoberhandelsgericht* (ab 1871 *Reichsoberhandelsgericht)* oberster Gerichtshof für Handels- und Wechselsachen. Die Ausdehnung des materiellen und des prozessualen Rechts im Rahmen der Reichsjustizgesetzgebung führte 1879 zur Bildung des Reichsgerichts. In erster Linie war das Reichsgericht nach § 133 GVG Revisionsgericht für Strafsachen und bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (vgl. 30.03). Durch die Errichtung des Volksgerichtshofes (1934) wurde die Zuständigkeit des Reichsgerichts in Strafsachen außerordentlich eingeschränkt.

Umfang: etwa 135 000 Bde. (1869–1945)

Bestandsgliederung:

Generalakten: Verwaltungs- u. Personalakten (1869–1945, etwa 1300)
Prozeßakten*:

Zivilsenate (Revisionssachen):	(1900–1945, etwa 45 000)
Strafsenate (Revisionssachen):	(1906–1945, etwa 45 000)
Besonderer Strafsenat:	(1939–1945, 30)
Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen:	(1940–1945, etwa 3 800)
Urteilssammlung:	(1900–1944, etwa 40 000)

Archivhilfsmittel: Prozeßlisten der Senate.

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht. Berlin u. Leipzig 1929.

30.03 Oberreichsanwalt
1879–1945

Mit der Erstreckung der Zuständigkeit des Reiches auf das strafrechtliche Gebiet wurde 1879 beim Reichsgericht eine Reichsanwaltschaft unter dem Oberreichsanwalt errichtet. Er wirkte zunächst in der Revisionsinstanz des Reichsgerichts v. a. bei Strafverfahren mit; bei dieser Tätigkeit war er nicht registraturbildend.
Im ersten und letzten Rechtszuge oblag dem Oberreichsanwalt als Anklagebehörde die Strafverfolgung in den Fällen v. a. des Hochverrats und des Landesverrats. Die Akten dieser von bestimmten Strafsenaten des Reichsgerichts und vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik (30.09) entschiedenen Verfahren gelangten in die Registratur des Oberreichsanwalts. – Während des ersten Weltkrieges gingen die Erstinstanzsachen weitgehend auf die Kriegs-, Feld- und Standgerichte, in den Nachkriegsjahren häufig auf die im Anschluß an den Ausnahmezustand gemäß Art. 48 RV errichteten Sondergerichte über. Deren Akten (z. B. über den mitteldeutschen Aufstand, den Hamburger Aufstand) sind regelmäßig nicht in den Bestand des Oberreichsanwalts gelangt. Die politischen Verfahren Bayerns wurden 1919–1923 nicht vom Oberreichsanwalt betrieben. Seit 1934 war der Oberreichsanwalt, Zweigstelle Berlin, Anklagevertreter beim Volksgerichtshof.

Umfang: etwa 21 000 Prozeßakten (1883–1935)

* Die Reichsgerichtsbestände unterliegen der laufenden Kassation. Nicht kassiert werden die Entscheidungen; sie gelangen in die Urteilssammlung.

Bestandsgliederung:

Von 1879 bis 1921 sind die Akten chronologisch nach den politischen Einzelverfahren geordnet (im wesentlichen C.-Sachen). Seit 1921 gliedern sich die Verfahren (jetzt J.-Sachen) entsprechend den Abteilungen der Reichsanwaltschaft nach Deliktsart und politischer Parteirichtung chronologisch:

a	J.	1920–1923		Kriegsverbrecherprozesse
b	J.			
6	J.	1921–1934	insbes.	Spionage und Landesverrat
7	J.	1922–1934	"	Spionage und Landesverrat
8	J.	1932–1934	"	Hochverrat (Linksparteien)
9	J.	1932–1933	"	Hochverrat (Linksparteien)
11	J.	1921–1934	"	Spionage und Landesverrat
12	J.	1922–1933	"	Hochverrat (Rechtsparteien)
13	J.	1922–1933	"	Hochverrat (Linksparteien)
14	J.	1924–1933	"	Separatisten und Sonderbündler
14a	J.	1924–1931	"	Hochverrat (Linksparteien)
14b	J.	1931	"	Hochverrat (Linksparteien)
15	J.	1932–1933	"	Hochverrat (Linksparteien)
16	J.	1933	"	Hochverrat (Linksparteien)
17	J.	1933	"	Hochverrat (Linksparteien)

Zum Bestand gehört eine Sammlung der vom Oberreichsanwalt bzw. seinen Hilfsorganen beschlagnahmten Druckschriften (Zeitungen, Broschüren, Flugblätter) (1879–1935, etwa 2500).

Archivhilfsmittel: Kartei (20 Kästen, 1953/1956).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 148–206.

30.04 Reichsschiedsgerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den deutschen Bundesstaaten

Mit der Bildung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten beauftragte der Bundesrat den Präsidenten des Reichsgerichts, wenn eine gütliche Einigung nicht zustande kam. Das Schiedsgericht bestand jeweils aus einem beim Reichsgericht bestehenden Zivilsenat. Nach 1919 entschied es auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes lediglich noch in der Auseinandersetzung zwischen dem Land Lippe und dem ehem. Fürstenhaus.

Umfang: 38 Prozeßakten (1877–1939)

Bestandsgliederung: Einzelverfahren, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

30.05 Ehrengerichtshof für die deutschen Rechtsanwälte 1879–1945

Der Ehrengerichtshof war Berufungsinstanz der Anwaltskammern, die die Ehrengerichtsbarkeit über die Rechtsanwälte ausübten.

Umfang: 3 926 Prozeßakten (1879–1945)

Bestandsgliederung: Einzelverfahren, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Kartei (alphabetisch geordnet, 3 Kästen, 1953/54).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 70–102.

30.06 Oberprisengericht Berlin Prisengerichte Hamburg und Kiel 1914–1923

Die Prisengerichte entschieden über die Rechtmäßigkeit der im Kriege gemachten Prisen. Im Falle eines Einspruches seitens des betroffenen Eigentümers entschied das Oberprisengericht in zweiter und letzter Instanz.

Umfang: 1520 Bde. (1914–1923)

Bestandsgliederung:

Die Einzelverfahren sind chronologisch geordnet:
Oberprisengericht Berlin (35)
Prisengericht Hamburg (1285)
Prisengericht Kiel (200)

Archivhilfsmittel: Prisenregister (4 Bde.); Verzeichnis (1956).

30.07

Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich
1920–1934

Der den Vorläufigen Staatsgerichtshof (1920–1921) fortführende Staatsgerichtshof entschied v. a. über Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten und Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem Reich und den Ländern bzw. den Ländern untereinander.

Umfang: 438 Bde. (1920–1935)

Bestandsgliederung: nach Prozeßmaterien geordnet.

Archivhilfsmittel: Findbuch (1953).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 58–62.

30.08

Reichsschiedsgericht
1921–1926

Das Reichsschiedsgericht, 1921 beim Reichsgericht gebildet, entschied über Einsprüche des Reichsministers der Finanzen, wenn Landesbehörden oder Landesschiedsgerichte bestimmt bzw. zugestimmt hatten, die Besoldung von Beamten und Lehrern der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften günstiger als die der entsprechenden Reichsbeamten zu regeln.

Umfang: 651 Bde. (1921–1926)

Bestandsgliederung: Einzelverfahren, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (2 Bde., 1926).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 102–107.

30.09

Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik
1922–1927

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik war zugleich Verfassungs-, Straf- und Verwaltungsgericht. Als Verfassungsgericht

entschied er über Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern, die die Auflösung von Vereinigungen und Versammlungen betrafen; als Strafgericht urteilte er alle unter das Republikschutzgesetz fallenden Straftaten ab*; als Verwaltungsgericht war er Beschwerdeinstanz gegen alle Verwaltungsverfügungen der Länder, die auf Grund des Republikschutzgesetzes ergingen (v. a. Verbote von Vereinen, Versammlungen und Zeitungen).

Umfang: 256 Bde. (1922–1928)

Bestandsgliederung:

Einzelverfahren, chronologisch geordnet. Den Abteilungen I–VI entsprechen die Jahrgänge 1922–1927.

Archivhilfsmittel: Findbuch (1938/39).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 107–112.

30.10 **Reichsarbeitsgericht**
1927–1945

Das Reichsarbeitsgericht wurde 1927 beim Reichsgericht errichtet und entschied v. a. über die Revisionen gegen die Berufungsurteile der Landesarbeitsgerichte.

Umfang: 4576 Prozeßakten (1927–1945)

Bestandsgliederung: Einzelverfahren, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Kartei (4 Kästen, alphabetisch geordnet, 1953/54).

Literatur: Adolf Lobe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, Berlin u. Leipzig 1929, S. 116–143.

* Die Strafakten befinden sich im Bestand des Oberreichsanwalts (30.03).

30.11

Reichsehrengerichtshof
1934–1945

Der Reichsehrengerichtshof prüfte als Berufungsgericht und oberste Spruch- und Beschlußinstanz die Entscheidungen der Ehrengerichte nach, bei denen von den „Treuhändern der Arbeit" die Anzeigen wegen „Verletzung der sozialen Ehre" erstattet wurden.

Umfang: 14 Prozeßakten (1940–1945)

Bestandsgliederung: Einzelverfahren, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Findbuch (1954).

30.12

Reichs-Justizprüfungsamt
1934–1945

Das Reichs-Justizprüfungsamt entstand 1934 bei der Auflösung der Landes-Justizprüfungsämter. Es hatte die Oberleitung der ersten juristischen Prüfung; vor ihm wurde die Große Juristische Staatsprüfung abgelegt. Der Reichsminister der Justiz konnte ihm ferner die Bearbeitung von Angelegenheiten übertragen, die das Prüfungswesen für den höheren Justizdienst allgemein betrafen.

Umfang: etwa 6000 Bde. (1934–1945)

Bestandsgliederung:

Abgeschlossene Verfahrensakten aus verschiedenen Amts-, Land- und Oberlandesgerichten, die für Prüfungszwecke eingereicht wurden (1934–1945, etwa 1000). – Prüfungsakten der Gerichtsreferendare und Assessoren (1934–1945, etwa 5000).

Archivhilfsmittel: Kartei (7 Kästen, alphabetisch geordnet, 1956).

30.13 Akademie für Deutsches Recht
1934–1945

Die 1933 gegründete Akademie für Deutsches Recht (München) wurde 1934 öffentliche Körperschaft des Reichs und unterstand seitdem der Aufsicht der Reichsminister der Justiz und des Innern. Aufgabe der Akademie war es, „die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens zu fördern und ... das nationalsozialistische Programm auf dem gesamten Gebiete des Rechts zu verwirklichen".

Umfang: 143 Bde. (1934–1942)

Bestandsgliederung:

Ausland (1934–1942, 31). – Ausschüsse (1934–1940, 32). – Internationale Kongresse, Tagungen (1935–1941, 9). – Zeitschriften der Akademie für Deutsches Recht (1935–1939, 17). – Sitzungsangelegenheiten, Einladungen, Protokolle (1935–1939, 5). – Handakten, Interna, Einzelstücke (1935–1942, 20). – Verein zur Besserung der Strafgefangenen (1934–1939, 25). – Deutsche Gesellschaft für Gefängniskunde (1937–1938, 4).

Archivhilfsmittel: Kartei (1953).

30.14 Oberstes Fideikommißgericht
1935–1945

Das Oberste Fideikommißgericht, 1935 beim Reichsjustizministerium gebildet, entschied über Beschwerden gegen Beschlüsse der Fideikommißsenate bei den Oberlandesgerichten und hatte dabei die Aufgabe, die Zwangsauflösung der Fideikommisse voranzutreiben bzw. ihre Umwandlung in Erbhöfe zu veranlassen.

Umfang: etwa 2200 Bde. (1744–1943)

Bestandsgliederung:

Generalia (1800–1935, 359). – Im übrigen ist der Bestand alphabetisch nach den Namen der Fideikommißinhaber geordnet.

Archivhilfsmittel: Kartei (4 Kästen, alphabetische und Namenskartei, 1953).

30.15

Dienststrafsenat
1935–1945

Der Dienststrafsenat bei dem Reichsgericht überprüfte in zweiter Instanz Entscheidungen der Dienststrafkammern bei Dienstvergehen von Rechtsanwälten, Notaren, Richtern u. a. Justizbeamten.

Umfang: 659 Bde. (1935–1945)

Bestandsgliederung: Einzelverfahren, chronologisch geordnet.

Archivhilfsmittel: Kartei (alphabetisch geordnet, 1953).

WIRTSCHAFT

31.01 **Reichswirtschaftsministerium**
1917–1945

Die wirtschaftspolitischen Aufgaben wurden 1917 aus dem Ressort des Reichsamtes des Innern ausgegliedert und vom *Reichswirtschaftsamt* (seit 1919 Reichswirtschaftsministerium) übernommen. Allerdings waren für bestimmte Materien andere Reichsministerien (z. B. Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsverkehrsministerium, Reichsarbeitsministerium) zuständig. 1934 wurde das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in das Reichswirtschaftsministerium eingegliedert; dieses führte (allerdings nur 1935–1938) die Bezeichnung Reichs- und preuß. Wirtschaftsministerium.

Umfang: etwa 14 200 Bde. (1867–1943)

Bestandsgliederung:

Die Registraturen wurden von 1917 bis 1930 nach Schlagworten geordnet:

Arbeiterversicherung (1903–1922, 29). – Aus-, Ein- und Durchfuhrsachen (1914–1933, 621). – Ausstellungssachen (1875–1928, 49). – Bankwesen (1875–1933, 91). – Beamtensachen (1885–1917, 1). – Bergsachen (1927–1928, 1). – Besetzte Gebiete (1920–1930, 56). – Beziehungen zum Ausland (1891–1930, 672). – Börsenwesen (1903–1922, 6). – Chemie alt (1917–1919, 126). – Chemie neu (1917–1929, 276). – Devisen (1921–1925, 6). – Elektrizität (1911–1928, 9). – Finanzwesen (1918–1929, 29). – Umstellung auf die Friedenswirtschaft (1915 bis 1929, 206). – Gewerbewesen (1872–1937, 234). – Gewerblicher Rechtsschutz (1917–1924, 19). – Gummi und Asbest (1918–1928, 38). – Handel und Verkehr (1871–1934, 891). – Hilfskasse, Organisation (1918–1922, 6). – Holz und Kork (1917–1928, 74). – Kongresse (1915–1928, 27). – Konsulatswesen (1910–1919, 4). – Kriegsorganisationen (1914–1934, 369). – Kriegswirtschaftsfragen (1914–1922, 74). – Landwirtschaftliches (1899–1919, 36). – Leder und Schuhwerk, auch Häute, Felle und Ersatzstoffe (1917–1927, 346). – Maß- und Gewichtswesen (1873 bis 1927, 12). – Mechanische Industrie (1917–1932, 248). – Metalle und metallverarbeitende Industrie (1915–1928, 635). – Wirtschaftliche

Mobilmachung (1914–1932, 476). – Nachrichten- und Auskunftsdienst, Außenhandelsförderung (1918–1930, 22). – Öl- und Fettwirtschaft (1917–1926, 586). – Papier, graphisches Gewerbe (1917–1925, 162). – Post- und Telegraphenwesen (1867–1926, 27). – Rechtssachen (1913 bis 1930, 256). – Reichsentschädigungskommission (1915–1920, 3). – Reichsrat, Reichstag (1919–1924, 6). – Reichswirtschaftsministerium (1914–1937, 227). – Vorläufiger Reichswirtschaftsrat (1919–1925, 6). – Tierische Rohstoffe (1918–1921, 5). – Statistiken (1873–1927, 33). – Steine und Erden (1916–1933, 292). – Steuersachen (1882–1929, 59). – Tabak (1919–1928, 76). – Teer (1919–1927, 55). – Textilwirtschaft (1917–1927, 672). – Übergangswirtschaft (1915–1923, 89). – Verkehrswesen (1872–1928, 284). – Vermischtes (1909–1925, 15). – Volkswirtschaft (1920–1925, 6). – Warenhäuser (1920–1922, 1). – Wirtschaftsabkommen, Verträge, Sammlungen (1918–1924, 71). – Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesen (1918–1924, 31). – Zollsachen (1905–1932, 230).

Mit Einführung der Büroreform wurden die Registraturen seit 1930 nach einem neuen Aktenplan geführt.

Finanzierung des Wirtschaftsausbaus (1935–1943, 177). – Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise (1906–1934, 981). – Bau- und Siedlungswesen (1919–1939, 117). – Versicherungswesen (1883–1942, 600). – Bank-, Finanz- und Steuerwesen (1875–1943, etwa 2950). – Durchführung des Friedensvertrages (1916–1939, etwa 640). – Besetzte Gebiete (1919–1933, 69). – Allgemeine Angelegenheiten des Leiters der Abteilung für Geld-, Bank-, Börsen- und Versicherungswesen (1919–1937, 36). – Berufsgesetz für Wirtschaftsprüfer und Bücherrevisoren (1937 bis 1941, 1). – Reichswirtschaftsgericht (1917–1928, 32).
Handakten (10).

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (6 Bde., um 1940 u. 1951).

Vorakten: Reichskanzleramt (14.01); Reichsministerium des Innern (15.01); Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (36.01); Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe (Rep. 120).

Literatur: Hans Quecke, Das Reichswirtschaftsministerium. Berlin 1941 (Schriften zum Staatsaufbau 57/58).

31.02 **Statistisches Reichsamt**
1872–1945

Das *Kaiserliche Statistische Amt* übernahm 1872 die Aufgaben des bereits seit 1833 bestehenden Zentralbüros des Zollvereins. Zunächst

dem Reichskanzleramt, seit 1879 dem Reichsamt des Innern unterstellt, gehörte es seit 1917 zum Ressort des Reichswirtschaftsamts und seit 1919 als Statistisches Reichsamt zum Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums.

Umfang: 3491 Bde. (1920–1945)*

Bestandsgliederung:

Verwaltungsangelegenheiten (1925–1945, 51). – Öffentliche Finanzen (1925–1945, 2371). – Steuern (1926–1945, 57). – Allgemeine Wirtschaftsstatistik (1920–1945, 481). – Geld- und Kreditwesen (1920–1945, 502). – Drucksachen (1924–1943, 29).

Archivhilfsmittel: Kartei (2 Kästen, 1954).

31.03 **Reichskommissar bei der Berliner Börse** 1896–1945

Der *Staatskommissar* (seit 1934 Reichskommissar) überwachte den Verkehr bei der Berliner Börse; er unterstand bis 1934 dem preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Umfang: 690 Bde. (1896–1943)

Bestandsgliederung:

Generalia (1896–1943, 36).
Spezialia: Berichte und Organisationsfragen, Verschiedenes (1897 bis 1939, 134). – Handakten (1920–1928, 27). – Anleihen (1897 bis 1942, 38). – Landeskreditanstalt und Pfandschaft (1900 bis 1940, 7). – Hypotheken- und Bodenkreditbanken (1897 bis 1940, 40). – Großbanken (1897–1938, 28). – Eisenbahngesellschaften (1897–1937, 30). – Aktiengesellschaften (1897–1943, 350).

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

* Die statistischen Angaben erstrecken sich auf die Zeit von 1820 bis 1988!

31.04 **Reichsaufsichtsamt für das Versicherungswesen**
1901–1945

Dem 1901 gegründeten *Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung* (seit 1919 *Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung)* oblag die Aufsicht über Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen. Es unterstand dem Reichsamt des Innern (seit 1917 dem Reichswirtschaftsamt/-ministerium) und wurde 1943 in Reichsaufsichtsamt für das Versicherungswesen umbenannt.

Umfang: etwa 5000 Bde. (1902–1945).

31.05 **Sozialisierungskommission**
1918–1923

Die Sozialisierungskommission wurde am 4. Dezember 1918 vom Rat der Volksbeauftragten berufen, um Gutachten und Vorschläge für die Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige auszuarbeiten. Ihre Stellung gegenüber den Ministerien blieb ungeklärt; tatsächlich war sie vom Reichswirtschaftsministerium abhängig. Wegen der dadurch bedingten Behinderung ihrer Handlungsfreiheit trat sie am 7. April 1919 zurück. Am 20. März 1920 erfolgte eine erneute Berufung durch den Reichswirtschaftsminister, den sie nun lediglich zu beraten hatte. 1923 wurde sie aufgelöst.

Umfang: 102 Bde. (1918–1923)

Bestandsgliederung:

Allgemeines; Berichte, Protokolle, Beschlüsse (1918–1923, 48). – Einzelne Arbeitsbereiche (1918–1922, 48). – Geschäftsbetrieb (1918 bis 1919, 6).

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1938).

31.06 Reichskommissar für den Mittelstand
1925–1938

Der *Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe* (seit 1933 Reichskommissar für den Mittelstand) bearbeitete alle in den Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums fallenden Fragen des Handwerks, des Einzel- und Großhandels.

Umfang: 91 Bde. (1925–1938)

Archivhilfsmittel: Findbuch (um 1939).

31.07 Organisationen der Reichsgruppe Industrie
1934–1945

Bei der „Neuordnung" der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1934 wurden die industriellen Unternehmen in der Reichsgruppe Industrie als Dachorganisation zusammengefaßt. Sie gliederte sich in Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Fachuntergruppen.

Umfang: etwa 50 Bde. (1934–1945)

Bestandsgliederung:

Registratursplitter folgender Stellen:
- Wirtschaftsgruppe Stahl- und Eisenbau
- Fachgruppe Stahlbau
- Fachgruppe Eisenbahnwagenbau
- Wirtschaftsgruppe Papierverarbeitung
- Wirtschaftsgruppe Lederindustrie
- Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie

Personalakten.

Literatur: Gliederung der Reichsgruppe Industrie. Hg. v. d. Geschäftsführung. 3. A. Berlin u. Leipzig 1941. – Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Hg. v. d. Reichswirtschaftskammer. Berlin (1941). – Reichsgruppe Industrie (Reichsgruppe Energiewirtschaft / Reichsgruppe Banken / Reichsgruppe Versicherungen). Bearb. v. Hermann Teschemacher. 1.–3. A. Berlin 1935–1937 (Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft 1).

31.08 **Reichskammer der Wirtschaftstreuhänder**
1943–1945

Die Reichskammer der Wirtschaftstreuhänder übernahm 1943 die Aufgaben des Instituts der Wirtschaftsprüfer. Sie war die berufliche Zwangsorganisation der Wirtschaftsprüfer, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und der vereidigten Buchprüfer.

Umfang: 23 Bde. (1934–1945)*

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

Literatur: Rudolf Liß, Erneuerung des Wirtschaftstreuhandwesens. Halle 1938 (Wirtschaftstreuhänder-Bibliothek 1).

32.01 **Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung**
1918–1919

Zur Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft wurde am 12. November 1918 das *Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung* (Demobilmachungsamt) gegründet und im März 1919 in Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung umbenannt. Seine Auflösung erfolgte am 26. April 1919.

Umfang: 68 Bde. (1918–1919)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1953).

Nachakten: Reichswirtschaftsministerium (31.01).

Literatur: Joseph Koeth, Die wirtschaftliche Demobilmachung. Ihre Aufgaben und ihre Organe. In: Handbuch der Politik, 3. A., Bd. 4, Berlin 1921, S. 163–168.

* Dabei Vorakten des Instituts der Wirtschaftsprüfer (3 Bde.).

33.01 Reichsministerium für Wiederaufbau
1919–1924

Das Reichsministerium für Wiederaufbau bearbeitete Aufgaben, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet aus der Durchführung des Versailler Vertrages ergaben. Die Abwicklung übernahm 1924 das (bis 1928 bestehende) *Reichskommissariat für Reparationslieferungen.*

Umfang: 1863 Bde. (1919–1929)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

34.01 Beauftragter für den Vierjahresplan
1936–1945

Der Beauftragte für den Vierjahresplan wurde 1936 eingesetzt und mit der Lenkung aller Aufgaben betraut, die sich aus der Durchführung des Vierjahresplans und wichtiger kriegswirtschaftlicher Maßnahmen ergaben. Zu ihrer Erledigung waren ihm zahlreiche Geschäftsgruppen, Generalbevollmächtigte, Bevollmächtigte, Sonderbeauftragte u. a. Einrichtungen unterstellt.

Umfang: 4 Bde.* (1937–1942)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

* Davon 3 Bde. der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft, die zunächst dem Reichswirtschaftsministerium, dann dem Beauftragten für den Vierjahresplan unterstand. Nach weiteren Zugängen ist eine gesonderte Aufstellung vorgesehen.

ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

36.01 **Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft**
1916–1945

Im Jahre 1916 erfolgte die Gründung des *Kriegsernährungsamtes,* das als oberste Reichsbehörde die bisher vom Reichsamt des Innern bearbeiteten ernährungswirtschaftlichen Aufgaben übernahm. Es wurde im November 1918 in das *Reichsernährungsamt* und im März 1919 in das *Reichsernährungsministerium* umgewandelt. Im September 1919 mit dem Reichswirtschaftsministerium vorübergehend vereinigt, wurde es bereits im März 1920 wieder als Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verselbständigt. Seit 1935 war das preußische Landwirtschaftsministerium mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vereinigt; dieses führte 1935–1938 die Bezeichnung Reichs- und preußisches Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Umfang: etwa 1900 Bde. (1907–1945)

Bestandsgliederung:

Kriegsernährungsamt (1916–1919, etwa 700).

Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (1907–1945, 141). – Haupt- und Landgestüte sowie Rennbahn Hoppegarten (1906–1945, 253). – Pferdezuchtwesen (1907–1945, 217). – Lehranstalten (1938–1944, 2). – Moorkultur und Ödlanderschließung (1920–1945, 19). – Rechtsfragen (1931–1942, 9). – Preisausgleichsstelle für phosphorhaltige Düngemittel (1920–1923, 6). – Domänenverwaltung (1923–1944, etwa 50). – Verschiedenes (1937–1945, 110).
Arbeitsgemeinschaft zur Förderung landwirtschaftlichen Bauwesens (1941–1945, 14).

Personalakten (etwa 400).
Personalkarten (etwa 1200).

Archivhilfsmittel: Kartei (um 1951), teilweise unverzeichnet.

Vorakten: Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Rep. 87).

Literatur: Kurt Emig, Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Berlin 1939 (Schriften zum Staatsaufbau 40).

36.02 **Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft**
1905–1945

Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft ging im Jahre 1905 aus der 1898 gebildeten biologischen Abteilung des Reichsgesundheitsamtes hervor. Sie war mit der technischen Begutachtung und experimentellen Bearbeitung auf dem Gebiet der Pflanzenkultur beauftragt.

Umfang: 240 Personalakten

Archivhilfsmittel: Kartei (um 1950).

Literatur: Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem. Berlin 1936 (Mitteilungen aus der Biologischen Reichsanstalt ... 54).

36.03 **Reichsnährstand**
1933–1945

Der Reichsnährstand wurde 1933 als Organisation der Landwirtschaft gegründet und umfaßte alle in der Landwirtschaft tätigen Personen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Marktverbände, alle im Landhandel wie in der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätigen Personen und Betriebe. An der Spitze stand der *Reichsbauernführer,* der in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Aufsicht über den Reichsnährstand führte.

Umfang: etwa 80 Bde. (1934–1944).

37.01 **Reichsforstamt**
1934–1945

Das Reichsforstamt entstand 1934 als oberste Reichsbehörde durch Ausgliederung des Forst- und Jagdwesens aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Seit 1935 war es mit der preußischen Landesforstverwaltung (1933 durch Ausgliederung aus dem preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten entstanden und dem Ministerpräsidenten unterstellt) vereinigt und führte 1935–1938 die Bezeichnung Reichsforstamt und Preußisches Landesforstamt.

Umfang: 1242 Bde. (1920–1945)

Bestandsgliederung:

Zentralverwaltung (1941–1944, 9). – Personalverwaltung (1941–1945, 165). – Forstpolitik und Forstwissenschaft (1935–1945, 33). – Forstverwaltung und Forstwirtschaftsbetrieb (1941–1945, 25). – Forstliche Hochschulen Eberswalde und Hann. Münden (1934–1939, 33). – Holzwirtschaft (1937–1945, 212). – Jagdwesen (1936–1945, 119). – Verschiedenes (1920–1943, 27).

Personalakten (619).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1954).

Vorakten: Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Rep. 87).

37.02 **Reichsbund Deutsche Jägerschaft**
1934–1945

Der Reichsbund Deutsche Jägerschaft wurde 1934 als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet und der Aufsicht des Reichsforstmeisters unterstellt, der in Jagdsachen die Amtsbezeichnung *Reichsjägermeister* führte. Die Deutsche Jägerschaft war eine Zwangsorganisation aller reichsdeutschen Jagdscheininhaber. Sie beaufsichtigte auch die Hauptstelle für Berufsjägerprüfungen.

Umfang: 44 Bde. (1927–1944)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1954).

39.01

Reichsarbeitsministerium
1918–1945

Das *Reichsarbeitsamt* wurde 1918 gegründet und 1919 in das Reichsarbeitsministerium umgewandelt. Als das Sozialministerium des Reiches war es v. a. zuständig für: Arbeitsrecht, -schutz und -vermittlung; Sozialversicherung und Wohlfahrt; Wohnungs- und Siedlungswesen. Ihm unterstand der nach 1918 entstandene reichseigene Unterbau der Arbeitsverwaltung.
Seine Aufgaben wurden erweitert durch die Einsetzung von Treuhändern der Arbeit (1934), durch die Übernahme der entsprechenden preußischen Zuständigkeiten aus dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (1935) und die Eingliederung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1938), andererseits jedoch eingeschränkt durch die Ernennung des Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau (1940, ab 1942 Reichswohnungskommissar) und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (1942). Der Generalbevollmächtigte bediente sich jedoch der betr. Abteilung des Reichsarbeitsministeriums. Das Reichsarbeitsministerium führte von 1935 bis 1938 die Bezeichnung Reichs- und preuß. Arbeitsministerium.

Umfang: etwa 12 700 Bde. (1879–1944)

Bestandsgliederung:

Arbeiterstatistik (1895–1937, 66). – Beamtensachen (1904–1922, 5). –
Bergbau (1919–1936, 287). – Betriebsräte (1919–1935, 147). – Erwerbs-
losenangelegenheiten (1918–1939, 1228). – Friedenswirtschaft (1916
bis 1922, 36). – Generalreferat Österreich (1938–1940, 3). – General-
referat für die sudetendeutschen Gebiete (1938–1940, 3). – Gewerbe-
wesen (1886–1936, 1028). – Vaterländischer Hilfsdienst (1916–1921,
10). – Kriegslastenkommission (1918–1924, 1). – Ministerialsachen
(1920–1928, 10). – Presse (1927–1936, 28). – Reichsarbeitsministerium
(1913–1927, 5). – Reichsversicherungsamt (1884–1936, 25). – Reichs-
versicherungsanstalt (1912–1935, 52). – Ruhrreferat (1923–1924,
72). – Schlichtungswesen (1919–1936, 394). – Sozialpolitik (1903 bis
1936, 384). – Sozialversicherung: Angestelltenversicherung (1911 bis
1936, 93), Arbeiterversicherung (1879–1944, 2494), Haftpflicht (1905
bis 1924, 3), Vermischtes (1909–1933, 8). – Vereinswesen (1898 bis

1936, 142). – Versorgungsangelegenheiten (1916–1944, 3788). – Volkswirtschaftliches Referat (1890–1937, 400). – Wohlfahrtseinrichtungen (1884–1925, 13). – Siedlungswesen und Wohnungsfürsorge (1885 bis 1937, 804).

Personalakten (1135)
Registraturhilfsmittel (145)

Archivhilfsmittel: Findbuch (4 Bde., 1955/56).

Vorakten: Reichsministerium des Innern (15.01); Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe (Rep. 120).

Literatur: Georg Hartrodt, Das Reichsarbeitsministerium, seine Entstehung, sein Aufgabenkreis und seine Organisation. Der Behördenorganismus auf dem Arbeitsgebiet des Reichsarbeitsministeriums. Berlin 1926. – Ders., Rückblick auf die organisatorischen Reformarbeiten im Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums. In: Reichsarbeitsblatt 1929 II, S. 177–181. – Marta Driessen, Die Entwicklung der Reichsarbeitsbehörden (1919–1924). Köln 1932 (Schriften zur deutschen Politik II 29/30). – Martin Zschucke, Das Reichsarbeitsministerium. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau 46). – Wolfgang Siebert, Die Entwicklung der staatlichen Arbeitsverwaltung. Darmstadt 1943 (Forschungen zum Staats- und Verwaltungsrecht A 14). – Die Organe der Sozialpolitik im Deutschen Reich. Ein Sozialbehördenlexikon. Hg. v. Georg Hartrodt u. Ludwig Preller. Berlin 1928.

39.02 Reichs- und Staatskommissar für gewerbliche Fragen in Westfalen
1919–1923

Die Reichsregierung und das preußische Staatsministerium beauftragten im April 1919 Carl Severing (SPD), den Generalstreik an der Ruhr niederzuwerfen. Severings außerordentliche Vollmachten dienten auch zur Unterdrückung der Roten Ruhrarmee im Frühjahr 1920. Kurz nach Severings Berufung zum preußischen Innenminister (1920) wurde sein Nachfolger Ernst Mehlich unter Beschränkung auf arbeitsrechtliche Fragen zum Reichs- und Staatskommissar für gewerbliche Fragen in Westfalen berufen. Die Dienststelle wurde dem Reichsarbeitsministerium unterstellt* und 1923 in das Amt eines Schlichters für den Schlichterbezirk Westfalen umgewandelt. Mehlich führte bis zu seinem Tode (1926) die persönliche Dienstbezeichnung eines Reichs- und Staatskommissars weiter.

Umfang: 45 Bde. (1919–1926)

* Vgl. Ruhrreferat in: Reichsarbeitsministerium (39.01).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1940/1956).

Literatur: Carl Severing, 1919–1920 im Wetter- und Watterwinkel. Bielefeld 1927. – Ders., Mein Lebensweg. Bd. 1. Köln 1950.

39.03 **Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung**
1920–1938

Die aus dem Reichsarbeitsministerium verselbständigte Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1920–1922 *Reichsamt für Arbeitsvermittlung,* 1922–1927 *Reichsarbeitsverwaltung)* bearbeitete als Hauptstelle der Reichsarbeitsverwaltung die Fragen der Arbeitsvermittlung und des Arbeitseinsatzes sowie (seit 1927) der Arbeitslosenversicherung und der Berufsberatung. Sie wurde 1938 in das Reichsarbeitsministerium eingegliedert.

Umfang: 783 Bde. (1926–1941)

Bestandsgliederung:

Krankenkassen (1926–1937, 44). – Arbeitslosenhilfe (1926–1938, 17). – Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (1929–1937, 10). – Notstandsarbeiten, Arbeitsbeschaffungsprogramm (1928–1939, 223). – Landarbeiterwohnungsbau (1931–1937, 8). – Akademiker- und Künstlerhilfe (1931–1937, 14). – Haushaltsangelegenheiten (1928–1937, 18).
Handakten (1927–1941, 18)

Personalakten (431)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

Vorakten: Reichsarbeitsministerium (39.01).

Literatur: Denkschrift über das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, Drucksachen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Nr. 2547. – Georg Hartrodt, Das Reichsarbeitsministerium, seine Entstehung, sein Aufgabenkreis und seine Organisation. Berlin 1926. – Wolfgang Siebert, Die Entwicklung der staatlichen Arbeitsverwaltung. Darmstadt 1943 (Forschungen zum Staats- und Verwaltungsrecht A 14).

39.04

Reichspensionsamt
1922–1924

Das Reichspensionsamt war für die Pensions- und Versorgungsangelegenheiten der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen zuständig.

Umfang: 500 Bde. (1899–1924)

Bestandsgliederung:

Referate des Präsidiums:
Geschäftsbetrieb (1921–1924, 150). – Beamte (1922–1924, 13). – Hinterbliebene (1921–1924, 27). – Justiz (1921–1924, 8). – Kapitulanten (1921–1924, 2). – Pensionsangelegenheiten (1921–1924, 78). – Regelung der Versorgungsgebührnisse (1921–1924, 11). – Unterstützungen (1914–1924, 9).
Pensionsabteilung ehem. Heer (Preußen) (1899–1924, 12)
Pensionsabteilung ehem. Marine (1904–1924, 190)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1939).

Vorakten: Reichsministerium des Innern (15.01).

Nachakten: Reichsarbeitsministerium (39.01).

Literatur: Denkschrift über das Versorgungswesen: Reichstags-Drucksache, I. Wahlperiode (1920/24), Nr. 5725.

39.05

Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung
1932–1933

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ist 1932 eingesetzt worden, um den Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Förderung von Notstandsarbeiten entgegenzuwirken und die „Osthilfe" durch Maßnahmen in der ländlichen Siedlung zu fördern.

Umfang: 231 Bde. (1931–1937)

Bestandsgliederung:

Allgemeines (1931–1933, 21). – Allgemeine Verwaltungssachen (1932 bis 1933, 10). – Haushaltsangelegenheiten (1932–1933, 2). – Beamte,

Angestellte und Arbeiter (1931–1933, 9). – Arbeitsbeschaffungsprogramme (1932–1937, 97). – Bauvorhaben (1932–1934, 20). – Siedlungen (1932–1933, 6). – Wohnungsbau, Hausreparaturen, Hochbauten (1932–1933, 23). – Freiwilliger Arbeitsdienst (1932–1933, 3).

Registraturhilfsmittel (13)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

Vorakten: Reichsarbeitsministerium (39.01).

Nachakten: Reichsarbeitsministerium (39.01).

41.01 **Reichseisenbahnamt**
1873–1919

Das Reichseisenbahnamt wurde im Jahre 1873 zur Wahrnehmung der Reichsaufsicht über die deutschen Eisenbahnen errichtet, erlangte jedoch nur auf dem Gebiete des Feldeisenbahnwesens und des Tarifrechts nennenswerte Bedeutung. Im Jahre 1919 gingen seine Aufgaben auf das Reichsverkehrsministerium über.

Umfang: etwa 600 Bde. (etwa 1873–1919)

Literatur: Rudolf Morsey, Bismarcks Eisenbahnpolitik und die Bedeutung des Reichseisenbahnamts (1867/73–1890). In: Die Bundesbahn 30 (1956), S. 817–823.

42.01 **Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen**
1878–1919

Das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen entstand durch Ausgliederung aus dem Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen. Ihm oblag die zentrale Leitung der reichseigenen Bahnen (v. a. im Bereich der Generaldirektion Elsaß-Lothringen). Die Abwicklung übernahm 1919 das Reichsverkehrsministerium.

Umfang: 1344 Bde. (1864–1922).

Bestandsgliederung:

Einrichtung und Verwaltung (1870–1920, 181). – Beamtensachen (1871 bis 1920, 378). – Etats-, Kassen- und Rechnungssachen (1870–1922, 132). – Bausachen (1871–1919, 129). – Betriebsangelegenheiten (1871 bis 1918, 85). – Güterverkehr (1871–1919, 158). – Personen- und Güterverkehr (1871–1918, 22). – Tarifsachen (1871–1919, 140). – Verschiedenes, Karten und Pläne (1864–1920, 119).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1932).

42.02 Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen
1872–1919

Die Generaldirektion unterstand zunächst unmittelbar dem Reichskanzleramt, 1877–1878 dem Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen und seit 1878 dem Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Umfang: 11 Bde. (1887–1914)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1956).

Literatur: Paul M. Wolf, Die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen. In: Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen 1871–1918, hg. v. Georg Wolfram, Bd. 2, Berlin 1937, S. 419–484.

43.01 Reichsverkehrsministerium
1919–1945

Dem Reichsverkehrsministerium wurde 1919 die Verwaltung und Beaufsichtigung des gesamten Verkehrswesens im Reich übertragen. Seit 1933 wurden zahlreiche Aufgaben v. a. an das Reichsministerium Speer (46.01) und das Reichsluftfahrtministerium abgegeben. Andererseits übernahm das Reichsverkehrsministerium 1935 die entsprechenden preußischen Zuständigkeiten von dem Wirtschafts- und dem Landwirtschaftsministerium; es führte 1935–1938 die Bezeichnung Reichs- und preuß. Verkehrsministerium.

Umfang: etwa 4000 Bde. (etwa 1920–1945)

Vorakten: Reichsministerium des Innern (15.01); preußische Ministerien für Handel und Gewerbe (Rep. 120) u. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Rep. 87).

Literatur: Theodor Kittel und Wolfgang Wehrmann, Das Reichsverkehrsministerium. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau 50/51).

43.02 **Reichsbeauftragter für das Seefahrtsschulwesen**
1870–1945

Das Reich übernahm 1870 die Aufsicht über das Steuermanns- und Schifferprüfungswesen durch einen bzw. mehrere *Reichsprüfungsinspektoren*, die bis 1879 dem Reichskanzleramt, dann dem Reichsamt des Innern, seit 1917 dem Reichswirtschaftsamt (-ministerium) und seit 1926 dem Reichsverkehrsministerium unterstellt waren. 1926 erfolgte die Umbenennung in Reichsbeauftragter für das Seefahrtsschulwesen.

Umfang: etwa 100 Bde. (1885–1936).

43.03 **Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft**
– Verwaltungsrat –
1924–1937

Die vom Reichsverkehrsministerium unmittelbar verwaltete Reichsbahn wurde 1924 auf Grund des Dawes-Plans zu einem Unternehmen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn" umgebildet, deren Hauptverwaltung einem Verwaltungsrat unterstand. 1937 wurde die Reichsbahn dem Reichsverkehrsministerium wieder unmittelbar unterstellt. Die Aufgaben der Hauptverwaltung übernahmen Eisenbahnabteilungen des Reichsverkehrsministeriums.

Umfang: etwa 90 Bde. (etwa 1925–1935)

Literatur: Adolf Sarter und Theodor Kittel, Die neue Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Ihr Aufbau und ihr Wirken. Berlin 1924. – Reichsbahn-Handbuch 1927, 1929, 1933, 1937. Berlin 1927–1937. – Hundert Jahre deutsche Eisenbahnen. Hg. vom Reichsverkehrsministerium. 2. A. Berlin 1938.

43.04 **Reichsbahnzentralamt Berlin**
1920–1945

Das Reichsbahnzentralamt Berlin ging 1920 aus dem *Eisenbahnzentralamt* hervor, das 1907 von den Preußischen Staatsbahnen gegründet worden war. 1925 wurde das Reichsbahnzentralamt der Deutschen

Reichsbahn-Gesellschaft unterstellt. 1930 erfolgte eine Aufgliederung in die *Reichsbahnzentralämter für Betriebstechnik, Einkauf, Maschinenbau und Rechnungswesen*, die 1936 wieder zusammengelegt wurden. Daneben bestand seit 1933 ein weiteres Reichsbahnzentralamt in München.

Umfang: etwa 30 Bde. (1930–1936).

46.01

Reichsministerium Speer
1933–1945

Das Reichsministerium Speer entstand durch die Unterstellung mehrerer oberster Reichsbehörden unter den Reichsminister Todt (seit 1942 Reichsminister Speer), wobei weitgehende Personal- und registraturmäßige Verbindungen stattfanden. Ausgangspunkt war Todts Ernennung zum *Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen* im Jahre 1933, der vom Reichsverkehrsminister die Bearbeitung der Angelegenheiten des Straßenwesens sowie (seit 1935) der Reichsautobahnen übernahm. 1940 wurde Todt zugleich mit der Leitung des neuerrichteten *Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition* (seit 1943 *Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion)* beauftragt. 1941 erfolgte seine Ernennung zum *Generalinspektor für Wasser und Energie*, der Aufgaben und Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Wasserstraßen wie der Wasser- und der Energiewirtschaft vom Reichsverkehrsminister, vom Reichswirtschaftsminister und vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft übernahm.

Umfang: etwa 1650 Bde. (1933–1945)

Bestandsgliederung:

Die Registraturen der unter dem Reichsminister Todt bzw. dem Reichsminister Speer vereinigten obersten Reichsbehörden sind zunächst als Bestand „Reichsministerium Speer" zusammengefaßt worden, da sie z. T. mit gemeinsamen Aktenplänen gearbeitet haben und eine Trennung die vorhandenen Zusammenhänge zerreißen würde. Der Bestand besteht überwiegend aus der Registratur des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen. Die Zusammenhänge mit den übrigen Registraturen sind noch nicht restlos zu übersehen.

Archivhilfsmittel: Kartei (1954).

46.02

Reichsautobahnen
– Direktion –
1933–1945

Im Jahre 1933 wurde das Unternehmen „Reichsautobahnen" als Zweigunternehmen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegründet und im Jahre 1935 der Aufsicht des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen unterstellt. Seit 1938 waren die Verwaltungsstellen der Reichsautobahnen Reichsbehörden. Am 28. März 1945 wurden ihre Aufgaben vollständig vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen übernommen.

Umfang: 105 Bde. (1933–1945)

Archivhilfsmittel: Kartei (1954).

47.01 **Reichspostministerium**
1875–1945

Das preußische Generalpostamt wurde 1867 unter der Bezeichnung *Generalpostamt* des Norddeutschen Bundes (seit 1871 des Deutschen Reiches) dem Bundes- (seit 1871 Reichs-)kanzleramt als I. Abteilung eingegliedert; die *Generaldirektion der Telegraphen* bildete die II. Abteilung. 1875 wurden das Generalpostamt und die Generaldirektion der Telegraphen vom Reichskanzleramt getrennt und als *Generalpostamt* und *Generaltelegraphenamt* dem Generalpostmeister unterstellt. Diese beiden obersten Reichsbehörden wurden 1880 zum *Reichspostamt* vereinigt. 1919 erfolgte die Umwandlung zum Reichspostministerium.

Umfang: 2090 Bde. (1816–1928)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

Vorakten: Reichskanzleramt (14.01).

Literatur: Karl Sautter, Geschichte der deutschen Post. Teil 1–3. Berlin (und Frankfurt a. Main) 1928–1952.

47.02 **Reichspostzentralamt**
1920–1945

Das *Telegraphentechnische Reichsamt* entstand 1920 durch die Vereinigung mehrerer technischer Einrichtungen der Reichspost:
1. Telegraphenversuchsamt (1888 als Telegrapheningenieurbüro gegr., 1899 umbenannt),
2. Telegraphenapparateamt (1875 als Hauptapparatewerkstatt der Kaiserlichen Telegraphenverwaltung gegr., 1880 in Telegraphenapparatewerkstatt des Reichspostamts und 1914 in Telegraphenapparateamt umbenannt),
3. Fernsprechlinienbüro (1918 im Reichspostamt gegr.),
4. Funkbetriebsamt (1919 gegr.).

Es war v. a. mit der Entwicklung technischer Einrichtungen auf dem Gebiet des Telegraphen-, Fernsprech- und Funkwesens und mit deren Beschaffung beauftragt. 1928 wurde es in Reichspostzentralamt umbenannt und übernahm zugleich entsprechende Aufgaben des Reichspostministeriums und der Oberpostdirektion Berlin.

Umfang: 412 Bde. (1858–1934)

Bestandsgliederung:

A. Telegraphenapparateamt (1876–1920, 206)
B. Telegraphenversuchsamt (1858–1920, 127)
C. Reichspostzentralamt (1919–1934, 79)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

Literatur: Das Reichspostzentralamt – ein Erinnerungsbuch. Hg. v. Reichspostzentralamt. Berlin 1929.

47.03 **Oberpostdirektionen Metz und Straßburg** 1870–1918

Oberpostdirektion Metz (1914–1918, 18)
Oberpostdirektion Straßburg (1870–1918, 76)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1951).

49.01 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
1934–1945

Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wurde 1934 errichtet und mit dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zum Reichs- (bis 1938: und preuß.) Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vereinigt. Bis zum Kriegsausbruch hatte es fast alle Spezialhochschulen und das berufsbildende wie landwirtschaftliche Schulwesen seinem Ressort eingegliedert. Die geistlichen Abteilungen wurden 1935 zum Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten umgewandelt.

Umfang: 21 869 Bde. (1814–1945)

Bestandsgliederung:*

Hauptbüro (1856–1945, 227)
Ministeramt (1935–1944, 4)
Zentralamt: Abteilung für Personalien, Beamten- und Tarifrecht (1909 bis 1945, 75). – Zentralabteilung (1822–1945, 359).
Amt Wissenschaft: Universitäten und Hochschulen (1831–1945, 1883). – Forschungssachen (1922–1944, 602). – Bibliothekssachen (1874–1942, 19). – Charité Berlin (1860–1944, 42).
Amt Erziehung: Allgemeine Abteilung (1927–1945, 42). – Abteilung für Volks-, Haupt- und Mittelschulen (1905–1945, 111). – Abteilung für höhere Schulen (1814–1945, 3286). – Abteilung für berufliches Ausbildungswesen (1892 bis 1945, 3950). – Abteilung für landwirtschaftliches Ausbildungswesen (1902–1945, 2). – Abteilung für Lehrerbildung (1892–1945, 871). – Reichsprüfungsamt für das Lehramt an höheren Schulen (1941–1943, 1).
Handakten, Runderlasse und Geschäftsverteilungspläne (1929 bis 1945, 146)

* Als Grenze für die Trennung von den Vorakten des Reichsministeriums des Innern (15.01) und des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Rep. 76) gilt in der Regel 1934.

Registraturhilfsmittel (290)
Personalakten (9419)*, fast ausschließlich aus dem Amt Erziehung.

Archivhilfsmittel: Findbuch (5 Bde., 1956).

Vorakten: Reichsministerium des Innern (15.01); Preußische Ministerien für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Rep. 76), für Handel und Gewerbe (Rep. 120), für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Rep. 87) und für Volkswohlfahrt (Rep. 191).

Literatur: Handbuch der Erziehung. Die Verwaltung des Reichs- und preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Jg. 1. Berlin 1937. Mehr nicht erschienen. – Otto Graf zu Rantzau (Hg.), Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau 38).

50.01 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 1933–1945

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wurde kurz nach dem 30. Januar 1933 für die politische Lenkung und Beaufsichtigung der nationalsozialistischen Propagandatätigkeit und der Kulturpolitik (außer Wissenschaft, Forschung, Schulwesen) errichtet.

Umfang: 712 Bde. (1932–1945)

Bestandsgliederung:

Ministeramt	(1940–1945, 5)
Abt. Propaganda	(1940–1944, 4)
Abt. Rundfunk	(1935–1945, 27)
Presseabteilungen	(1932–1945, 57)
Abt. Film	(1935, 4)
Abt. Theater	(1933–1945, 474)
Abt. Schrifttum	(1939–1944, 1)
Abt. Musik	(1934–1945, 49)

Personalakten (104)

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1953/1956).

Literatur: Georg Wilhelm Müller, Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau 43).

* Hierunter auch die erhaltenen Personalakten, die vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung seit etwa 1900 geführt wurden.

50.02 Reichsausschuß für Volkswirtschaftliche Aufklärung G. m. b. H.

1933 (?)–1945

Der Reichsausschuß für Volkswirtschaftliche Aufklärung unterstand der Lenkung und Aufsicht durch den Werberat der deutschen Wirtschaft und war mit der Durchführung aktueller Wirtschaftspropaganda, vor allem im Ausland und während des Krieges, betraut. 1936 übernahm er die Aufgaben des Instituts für Deutsche Wirtschaftspropaganda Berlin.

Umfang: 33 Bde. (1933–1945)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956).

50.03 Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung

1936–1945

Als Nachfolgerin der 1934 gegründeten Sonderabteilung Schadenverhütung der NS-Volkswohlfahrt wurde 1936 die Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung gegründet. Sie war eine Dachorganisation zahlreicher Reichsbehörden, Organisationen und Spitzenverbände zur Lenkung der Propaganda auf dem Gebiet der Schadenverhütung (Unfälle, Brände, Seuchen, Schädlinge, Gewerbehygiene) und unterstand dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda als Außenstelle.

Umfang: 3 Bde. (1940–1943)

Archivhilfsmittel: Findbuch (1956).

51.01 Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten

1935–1945

Im Jahre 1935 wurde die Evangelische und die Katholische Abteilung aus dem Reichs- und preuß. Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung herausgelöst und im Reichs- (bis 1938: und preuß.)

Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten zusammengefaßt. Dieses war für die staatliche Kirchenpolitik zuständig und übte die (teilweise nur mittelbare) Staatsaufsicht über die Kirchen- und Religionsgemeinschaften aus. Einfluß und Umfang der Geschäftstätigkeit gingen in den Kriegsjahren erheblich zurück. – Dem Ministerium war die Beschlußstelle in Rechtsangelegenheiten der Evangelischen Kirche angegliedert.

Umfang: etwa 1050 Bde. (um 1800–1945)

Vorakten: Preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Rep. 76); Reichsministerium des Innern (15.01).

Literatur: Werner Haugg, Das Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten. Berlin 1940 (Schriften zum Staatsaufbau II 44).

52.01 Gesetzsammlung

Die Gesetzsammlung wurde im Reichsarchiv als (unvollständige) Sammlung der Ausfertigungen von Gesetzen sowie „Verlautbarungen mit dem Inhalt materieller Rechtsetzung schlechthin" (Verwaltungsverordnungen, Durchführungs- und Ausführungsanweisungen, wichtige Erlasse, Staatsverträge usw.) des Reiches und der zentralen Reichsbehörden angelegt.

Umfang: 100 Mappen (1867–1932)

Bestandsgliederung: chronologisch geordnet und verzeichnet.

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (1955).

ORGANISATIONEN
INSTITUTIONEN
UNTERNEHMEN

POLITISCHE PARTEIEN, VERBÄNDE UND INSTITUTIONEN

POLITISCHE PARTEIEN*

Die folgenden Bestände sind, soweit keine Archivhilfsmittel genannt werden, noch unverzeichnet. Die Angaben über Umfang und Zeitraum haben daher weitgehend vorläufigen Charakter.

53 NS 1 **NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände**

Umfang: 138 Bde. und Hefter (1930–1945)

*Bestandsgliederung***:

Reichstagsfraktion der NSDAP (1930–1943, 10).
Dienststellen Reichsleiter Rosenberg: Außenpolitisches Amt der NSDAP (1933–1935, 28). – Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, v. a. Hauptamt Überstaatliche Mächte (1933–1945, 30).
Außenhandelsamt der Auslandsorganisation der NSDAP (1935–1940, 48).
Gau Berlin: Amt für Beamte, Fachschaftsgruppe Reichskanzlei (1933 bis 1935, 1). – Ortsgruppen Friedrichshain und Bötzow (1933–1942, 13).
Gau Mark Brandenburg: Gaupersonalamt (1935–1945, 1).
SA der NSDAP: Chef des Ausbildungswesens (1934–1935, 1). – Brigade Ostsachen (1933–1939, 3).

* Zur Literatur vgl. Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 8. u. 9. A. München 1955. – Verzeichnis abgeschlossener und begonnener Hochschularbeiten zur deutschen Parlaments- und Parteiengeschichte (1945–1953). Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien zusammengestellt von Alfred Milatz (Bonn 1953).

** Es ist vorgesehen, nach weiteren Zugängen die Archivalien der einzelnen NS-Organisationen als gesonderte Bestände aufzustellen.

Deutsche Arbeitsfront: Hauptamt für Handwerk und Handel (1934 bis 1937, 2).

NSD - Dozentenbund: Dozentenführer der Universität Berlin (1935 bis 1942, 1).

Archivhilfsmittel: Verzeichnis (Reichstagsfraktion und Dienststellen Reichsleiter Rosenberg, 1953).

53 Re 1 **Deutschsoziale Reformpartei**
1894–1900

Antisemitische Gruppe, entstanden durch die vorübergehende Vereinigung der 1889 gegr. Deutschsozialen Partei (Liebermann von Sonnenberg, vgl. 60 Li 1) mit der 1893 aus der Antisemitischen Volkspartei (gegr. 1890) hervorgegangenen Deutschen Reformpartei (Boeckel, Zimmermann).

Umfang: 10 Bde. (1895–1902)

Druckschriften und Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle.

53 Ve 1 **Konservativer Verein für die Provinz Brandenburg**

Provinzialorganisation der Deutschkonservativen Partei.

Umfang: 1 Bd. (1907–1918)

Schriftverkehr und Zeitungsausschnitte v. a. über Wahlen, Wahlvorbereitungen und Versammlungen.

53 Ve 2 **Nationalliberaler Verein Mannheim**
1869–1918

Örtliche Organisation der Nationalliberalen Partei.

Umfang: 2 Mappen (1869–1875)

Schriftverkehr und Druckschriften zur Gründung des Vereins und zur Vorbereitung von Wahlen.

53 Vo 1

Deutsche Volkspartei 1918–1933

Hervorgegangen aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen Partei. Ende Juni 1933 Selbstauflösung.

Umfang: 241 Bde. (1907–1933)

Bestandsgliederung:

Vorakten der Nationalliberalen Partei (1907–1918, 2). – Sachakten (1908–1933, 4). – Allgemeiner Geschäftsverkehr (1930–1933, 5). – Schriftverkehr mit Organisationen und Mitgliedern der Partei (1920 bis 1933, 210). – Rundschreiben, Zeitschriften und Mitteilungsblätter (1921–1933, 20).

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

53 Vo 2

Deutschnationale Volkspartei 1918–1933

Hervorgegangen aus der Deutschkonservativen Partei und der Deutschen Reichspartei. Mai 1933 in Deutschnationale Front umbenannt, Juni 1933 Selbstauflösung.

Umfang: 517 Bde. (1918–1933)

Bestandsgliederung:

Hauptgeschäftsstelle: Organisation und Politik der Partei (1919 bis 1933, 47). – Tagungen (1919–1932, 10). – Wahlen und Volksbegehren (1919–1931, 16). – Parteien, Verbände und Organisationen (1919 bis 1933, 14). – Verschiedenes (1925–1933, 5). – Anordnungen und Rundschreiben (1928–1931, 3). – Pressestelle (1925–1930, 3).

Deutschnationaler Arbeiterbund: Schriftverkehr mit Ortsgruppen des Deutschnationalen Arbeiterbundes (1922–1931, 83). – Schriftverkehr mit Kreisvereinen und Ortsgruppen der Partei (1921–1930, 20). – Allgemeiner Schriftverkehr (1921–1930, 36). – Schriftverkehr über die „Arbeiterstimme" (1924–1929, 9). – Tagungen (1925 bis 1928, 5). – Verschiedenes (1919–1931, 14). – Rundschreiben und Mitteilungen (1929–1930, 4). – Hilfskasse (1926–1930, 6). – Handakten des Hauptgeschäftsführers, später Vorsitzenden Rüffer (1921 bis 1929, 16).

Deutschnationale Studentenschaft: Schriftverkehr nach Hochschulorten (1919–1928, 40). – Schriftverkehr mit Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten (1920–1930, 30). – Tagungen (1923–1930, 18). – Presse und Propaganda (1924–1930, 6). – Organisation (1919 bis 1928, 6). – Einladungen, Rechnungen und Adressen (1919–1930, 6). – Verschiedenes (1927–1930, 6). – Rundschreiben, Mitteilungen und Anordnungen (1919–1931, 17).

Deutschnationaler Lehrerbund (1920–1928, 7)
Reichsauschuß für die besetzten Gebiete (1922–1930, 53)
Evangelischer Reichsausschuß (1921–1932, 13)
Reichskatholikenausschuß (1921–1929, 19)
Reichsfrauenausschuß (1918–1929, 5)

Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

53 Vo 3

Fortschrittliche Volkspartei
1910–1918

Entstanden durch den Zusammenschluß der drei linksliberalen Gruppen Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei. 1918 in der Deutschen Demokratischen Partei aufgegangen.

Umfang: 65 Bde. (1890–1918)

Überwiegend Akten des Zentralbüros. – Dabei einige Vorakten der Deutschfreisinnigen Partei, der Freisinnigen Vereinigung (Wahlverein der Liberalen) und der Freisinnigen Volkspartei.

Die folgenden Bestände sind, soweit keine Archivhilfsmittel genannt werden, noch unverzeichnet. Die Angaben über Umfang und Zeitraum haben daher weitgehend vorläufigen Charakter.

54 An 1 **Andreas Hofer-Südmarkbund in Schwaben**
1920–1933

Gegr. als Anschlußbund im Schwabenland zur Propagierung des Anschlusses Österreichs. In enger Verbindung mit dem Andreas Hofer-Bund für Tirol und dem Deutschen Schulverein Südmark. Juli 1933 zugunsten des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA) aufgelöst.

Umfang: 27 Ordner, 8 Kartons (1921–1938)

Schriftverkehr der Bundesleitung. – Umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung, v. a. über Österreich.

54 Ar 1 **Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft**
1925–1938

Schwesterorganisation der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft in Österreich. Gegr. mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen zu vertiefen und in beiden Ländern den Anschlußgedanken zu propagieren.

Umfang: 62 Ordner, 10 Kartons (1925–1938)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle. – Sitzungs- und Tagungsberichte. – Zeitungsausschnitte, Druckschriften u. a. Arbeitsunterlagen.

54 Au 1 **Deutscher Aus- und Einfuhrdienst**

Politischer Nachrichtendienst.

Umfang: 2 Kartons (1921–1922)

Politische, militärische und wirtschaftspolitische Korrespondenzberichte aus verschiedenen Ländern, z. T. nicht für Presseveröffentlichung bestimmt. – Unterlagen und Vorarbeiten für die Berichte.

54 Bu 1 **Bund für Freiheit und Ordnung in Berlin und Umgebung**
1921–1922 (?)

Bürgerliche „Selbstschutzorganisation" zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" bei Streiks und Unruhen.

Umfang: 1 Karton (1921–1922)

Schriftverkehr und organisatorische Unterlagen der Geschäftsstelle.

54 Bu 2 **Bund der Saarvereine**
1919–1935

Gegr. 1919 als Saargebietsschutz, im gleichen Jahr zur Geschäftsstelle Saarverein umgewandelt. 1920 Gründung des Bundes Saarverein als Zusammenfassung verschiedener Saarländervereinigungen im Reich unter Einbau der Geschäftsstelle Saarverein als geschäftsführender Spitze. 1925 in Bund der Saarvereine umbenannt. – Politische, wirtschaftliche und kulturelle Interessenvertretung der Saarbevölkerung im Reich zur Vorbereitung der späteren Abstimmung.

Umfang: 190 Kartons (1919–1935)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle Saarverein, u. a. mit Reichs- und Länderbehörden, mit Verbänden und Vereinen, mit Ortsgruppen des Bundes und mit Vertrauensleuten im Saargebiet und im Reich. – Rundschreiben. – Zeitungsausschnitte.

54 Bu 3

Bürgerbund Berlin-Lichterfelde
1918 bis nach 1920

Vereinigung zur Vertretung bürgerlicher Interessen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Umfang: 2 Ordner (1918–1920)

Unterlagen und Schriftverkehr des Vorstandes u. a. über Einwohnerwehren, Sozialisierung, Schulwesen und Vorbereitung von Wahlen. – Tätigkeitsberichte.

54 Ge 1 **Vaterländische Gesellschaft 1914 in Thüringen**
1917–1919

Organisation zur Lebendigerhaltung und Verbreitung des „Geistes der Volksgemeinschaft von 1914".

Umfang: 1 Ordner (1917–1919)

Schriftverkehr der Kassen- und Schriftführerin Anna Silvia Freiin v. Wangenheim, v. a. mit dem Vorsitzenden Max Maurenbrecher. – Werbeblätter, Aufrufe und Zeitungsausschnitte.

54 Ge 2

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände Ortsverband Köln
1918–1933

Dachorganisation der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Umfang: 2 Hefter (1920–1923)

Schriftverkehr und Unterlagen über Lohn- und Gehaltsfragen, v. a. in den besetzten Gebieten. – Dabei Protokoll des „1. Freiheitlich-Nationalen Kongresses des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände 1920".

54 Ko 1

Deutsche Kolonialgesellschaft
1887–1936

Hervorgegangen aus der Vereinigung des Deutschen Kolonialvereins (gegr. 1882) mit der Gesellschaft für Deutsche Kolonisation (gegr. 1884); 1936 zugunsten des neubegründeten Reichskolonialbundes aufgelöst. – Organisation zur Förderung und Propagierung kolonialer Bestrebungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Umfang: 1188 Bde. (1852–1936)

Bestandsgliederung:

Antisklaverei (1889–1899, 13). – Ausstellungen, Kongresse, Tagungen und Kundgebungen (1898–1936, 94). – Auswanderung (1900–1935, 30). – Behörden und Ämter (1887–1935, 20). – Deutscher Frauenbund und dessen Einrichtungen (1887–1933, 66). – Eisenbahnsachen (1896 bis 1925, 7). – Expeditionen und Studienreisen (1883–1931, 27). – Flottensachen (1873–1912, 8). – Flugsachen (1898–1914, 2). – Geschichte des Deutschen Kolonialvereins und der Deutschen Kolonialgesellschaft (1882–1933, 6). – Gesellschaften und Vereine (1852–1935, 168). – Handel und Wirtschaft (1885–1936, 55). – Herero-Aufstand (1904–1910, 7). – Kirche und Mission (1908–1936, 6). – Kolonialpolitik (1883–1936, 85). – Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft (1922–1936, 39). – Kolonialwirtschaftliches Komitee (1896–1929, 5). – Kraftverkehr (1912–1914, 1). – Land- und Siedlungssachen (1890–1932, 40). – Militärische Angelegenheiten (1892–1931, 8). – Museen und Archive (1896 bis 1929, 9). – Organisation der Deutschen Kolonialgesellschaft (1887 bis 1936, 174). – Personalia und Briefe (1881–1933, 69). – Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten (1887–1926, 21). – Sitzungsprotokolle (1882–1931, 44). – Schulwesen und Forschung (1888–1935, 53). – Tiermedizin (1893–1914, 3). – Tropenhygiene (1887–1934, 27). – Spenden und Lotterie (1890–1936, 38). – Telegraphensachen (1899–1907, 1). – Untersuchungsstationen (1890–1912, 7). – Unterstützungs- und Darlehnsgesuche (1904–1931, 13). – Wasserstraßen (1894–1913, 4). – Werbung und Propaganda (1900–1936, 34). – Zeitungsausschnitte (1909–1932, 4).

Archivhilfsmittel: Findbuch (1953).

54 Ko 2

Kolonialwirtschaftliches Komitee
1896–1936 (?)

Vereinigung zur wirtschaftlichen Erschließung der deutschen Kolonien durch wissenschaftliche Untersuchungen und Publikationen, Forschungsreisen und propagandistische Tätigkeit. 1936 vermutlich im Reichskolonialbund aufgegangen.

Umfang: 15 Kartons (1899–1933)

Schriftverkehr v. a. mit wissenschaftlichen Instituten, Vereinigungen von Handel und Industrie und Auswandererberatungsstellen.

54 Mi 1

Mirbachs Telegraphisches Büro
etwa 1920–1930

Politischer Nachrichtendienst, besonders für die Grenzgebiete.

Umfang: 105 Kartons (1920–1930)

Schriftverkehr, Unterlagen und Vorarbeiten für Nachrichtendienste und Korrespondenzen (1920–1930, 6 Kartons).

Exemplare folgender Nachrichtendienste: Mirbachs Telegraphisches Büro Berlin: Artikel- und Informationskorrespondenz (1926–1929, 4 Kartons); Provinzausgabe (1925–1929, 2 Kartons). – Mirbachs Telegraphisches Büro Köln: Rheinische Provinzialkorrespondenz (1922 bis 1929, 27 Kartons). – Danziger Korrespondenzbüro (1922–1929, 4 Kartons). – Korrespondenzbüro Nordschleswig, Flensburg (1923–1929, 7 Kartons). – Nord-Ost-Korrespondenz, Königsberg (1922–1927, 3 Kartons). – Oberrheinischer Nachrichtendienst, Mannheim (1921–1929, 34 Kartons). – Nachrichtendienst der Saarkorrespondenz, Saarbrücken (1921–1930, 5 Kartons). – Politische West-Ost-Agentur: Nachrichten und Informationen aus den besetzten und abgetretenen Gebieten im Westen und Osten (1920–1921, 9 Kartons). – Nachrichtenbüro deutscher Zeitungsverleger: Grenzlandkorrespondenz (1921 bis 1930, 4 Kartons).

54 Na 1

Nationalflugspende
1912–1914 (?)

Sammlung zum Bau von Luftschiffen und Flugzeugen, zur Unterstützung des gesamten Flugwesens und zur Verbreitung des Interesses an der Luftfahrttechnik.

Umfang: 38 Kartons (1912–1914)

Schriftverkehr der Reichsgeschäftsstelle. – Sammellisten. – Kassen- und Geschäftsbücher.

54 Na 2

Deutscher Nationalverein
1859–1867

Zusammenschluß des deutschen Liberalismus mit der Forderung nach deutscher Einigung unter preußischer Führung.

Umfang: 28 Bde. und Mappen (1859–1868)

Briefe an die Geschäftsführer Streit (Coburg) und Nagel (Frankfurt a. Main). – Briefe an den Vorsitzenden Rudolf v. Bennigsen.

54 Or 1

Organisation Escherich
Landesleitung Sachsen
1920–1921

Bewaffnete nationalistische „Selbstschutzorganisation", gegründet von dem bayerischen Forstrat Georg Escherich.

Umfang: 7 Hefter (1920–1921)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle. – Nachrichtenkorrespondenzen, Zeitungsausschnitte, Flugschriften.

54 Os 1

Osteuropainstitut Breslau
1918–1945

Selbständiges Forschungsinstitut in loser Verbindung mit der Universität und der Technischen Hochschule Breslau zum Studium von Wirtschaft und Kultur Osteuropas.

Umfang: 3 Kartons (1913–1945)

Schriftverkehr der Abteilung Bibliothek und Archiv. – Bildersammlung der kunsthistorischen Abteilung. – Materialsammlung der Wirtschaftsabteilung. – Manuskripte und Korrekturfahnen für die „Ostraumberichte".

Archivhilfsmittel: Kartei (1955).

54 Pr 1

Preußenbund
1913 bis nach 1929

Entstanden im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die Zabern-Affäre. Monarchistisch-föderalistische Organisation mit besonderer Betonung der „historischen Vormachtstellung" Preußens in Deutschland.

Umfang: 2 Mappen (1919–1922)

Schriftverkehr des Vorsitzenden Generalleutnant a. D. Wilhelm Rogge, u. a. mit Mitgliedern des Hauses Hohenzollern.

54 Re 1

Reichslandbund
1921–1933

Hervorgegangen aus der Verschmelzung des Deutschen Landbundes (gegr. 1919) mit dem Bund der Landwirte (gegr. 1893). 1933 im Reichsnährstand aufgegangen. – Politische und wirtschaftliche Interessenvertretung landwirtschaftlicher Verbände, v. a. des Großgrundbesitzes.

Umfang: 127 Bde. (1920–1939)

Bestandsgliederung:

Reichslandbund (1920–1934, 80)
Bayerischer Landbund (1924–1928, 2)
Brandenburgischer Landbund (1923–1933, 5)
Landbund Mecklenburg-Schwerin, Kreislandbund Wismar (1930 bis 1933, 4)
Pommerscher Landbund (1920–1934, 12)
Schlesischer Landbund Kattowitz (1925–1939, 20)
Schleswig-Holsteiner Land- und Bauernbund (1930–1934, 4)

54 Re 2 **Reichsverband der Baltikumkämpfer Landesverband Mitteldeutschland**
1920 bis nach 1935

Traditionsverband von Mitgliedern baltischer Freikorps von 1918/19 zur Propagierung deutscher Expansionsziele in den baltischen Staaten.

Umfang: 8 Hefter, 4 Mappen (1927–1935)

Schriftverkehr mit Mitgliedern. – Mitgliederlisten. – Beitrittserklärungen.

54 Ru 1 **Ruhrkämpferbund**
1933

Vereinigung von Teilnehmern am aktiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets. Ende 1933 zugunsten der SA aufgelöst.

Umfang: 6 Hefter (1933)

Schriftverkehr der Bundesleitung.

54 Sa 1 **Saarbildarchiv**
1934–1935

Nachrichten- und Bildagentur zur Belieferung der deutschen Presse mit Material zur Saarfrage, in enger Verbindung mit dem Saarreferat

des Preußischen Innenministeriums und der Saarabteilung der NSDAP.

Umfang: 86 Hefter (1933–1935)

Zeitungsausschnitte, Bilder, Abschriften und Originalschreiben zur Saarfrage, z. T. aus Akten des Saarreferats des Preußischen Innenministeriums, der Gestapo u. a. Behörden.

54 Schl 1

Schlageter-Gedächtnismuseum
1933–1936

Hervorgegangen aus der vom Schlageterbund e. V. (gegr. 1927) veranstalteten Schlageter-Gedächtnisausstellung, zur Verwaltung des für diese gesammelten Materials der Freikorps. 1936 wegen politischer Differenzen und finanzieller Unregelmäßigkeiten aufgelöst.

Umfang: 1 Karton (1933–1936)

Schriftverkehr mit Behörden, Verbänden und ehem. Freikorpsmitgliedern.*

54 Schu 1

Deutscher Schutzbund
1919–1933 (?)

Politische und kulturelle Dachorganisation der Vereine für Grenz- und Auslandsdeutschtum. 1933 vermutlich im Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) aufgegangen.

Umfang: 50 Hefter (1919–1933)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle, v. a. mit den angeschlossenen Verbänden und Vereinen und mit Reichsbehörden. – Sitzungsprotokolle.

* Die Sammlungen des Museums waren bereits seit 1934 auf Grund eines Vertrages laufend an das Reichsarchiv abgegeben und hier den Einzelerwerbungen eingeordnet worden. Sie befinden sich jetzt in der Sachthematischen Sammlung (62).

54 Sta 1

Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten
1918–1934

Nationalistische Kriegsteilnehmerorganisation mit politischen Zielen. 1933 der Obersten SA-Führung unterstellt, 1934 zum Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (NSDFB) umgewandelt.

Umfang: 200 Ordner, 128 Kartons (1925–1935)

Schriftverkehr einzelner Stellen der Bundesleitung. – Rundschreiben und Druckschriften. – Bildersammlung. – Umfangreiche Zeitungs- und Zeitungsausschnittsammlung.

54 Sti 1

Deutsche Stiftung
1920–1945

Mit Reichsmitteln unterstützte Stiftung zur Gewährung von Beihilfen für die kulturelle und wirtschaftliche Förderung von Deutschen im Ausland.

Umfang: 585 Pakete (1919–1941).

54 Tr 1

Transozean
Zweigstelle Sofia
1914–1945

Organisation für die deutsche Auslandspropaganda.

Umfang: 12 Hefter und Mappen (1915–1918)

Schrift- und Telegrammverkehr mit der Zentrale Berlin. – Schriftverkehr mit deutschen Konsulaten und Korrespondenten. – Verträge. – Unterlagen für den Nachrichtendienst. – Bulgarische Zeitungen.

54 Ve 1

Alldeutscher Verband
1891–1939

Gegr. als Allgemeiner Deutscher Verband, seit 1894 unter der Bezeichnung Alldeutscher Verband. Extrem nationalistische Organisation mit weitgreifenden expansionistischen Forderungen.

Umfang: 40 Kartons (1892–1939)

Schriftverkehr des Vorsitzenden Justizrat Claß u. a. führender Vertreter. – Druckschriften. – Zeitungsausschnitte.

54 Ve 2

Verband der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete
1919–1930 (?)

Gegr. als Städtevereinigung der besetzten Rheingebiete, 1924 zum Verband der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete erweitert. – Vereinigung zur Vertretung der besonderen Interessen und zur Bearbeitung der gemeinsamen Angelegenheiten der Kommunalverbände in den besetzten Gebieten.

Umfang: 44 Kartons (1919–1930)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle in Köln (seit Ende 1926 in Mainz) mit Reichs- und Länderbehörden, einzelnen Städten und Landkreisen.

54 Ve 3

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier Bezirksgruppe Neustadt (Schlesien)

Spitzenorganisation verschiedener Verbände der Oberschlesier.

Umfang: 9 Hefter (1920–1922)

Schriftverkehr und Unterlagen der Geschäftsstelle über Vorgänge in Oberschlesien. – Sitzungs- und Tagungsberichte. – Rundschreiben der Zentralleitung Breslau.

54 Vo 1 **Volksbund für das Deutschtum im Ausland**
1881–1945

Gegr. als Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland. Seit 1908 Verein, seit 1933 Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA).

Umfang: 7 Mappen (1914–1915)

Schriftverkehr des Vorstandes, Aufrufe und Zeitungsausschnitte über die Sammlung von Feldbriefen; an den Verein eingesandte Feldbriefe.

54 Vo 2 **Volksbund für Freiheit und Vaterland**
1917–1920

Bürgerlich-liberale Vereinigung, gegr. als Gegengewicht gegen die Vaterlandspartei unter Betonung der Notwendigkeit innenpolitischer Reformen.

Umfang: 2 Kartons (1917–1920)

Schriftverkehr. – Sitzungsberichte. – Zeitungsausschnitte. – Mitgliederkartei.

BERUFSVERBÄNDE UND SONSTIGE INTERESSENVEREINIGUNGEN

Die folgenden Bestände sind, soweit keine Archivhilfsmittel genannt werden, noch unverzeichnet. Die Angaben über Umfang und Zeitraum haben daher weitgehend vorläufigen Charakter.

55 Fa 1

Familiendienst für Ausgewanderte
1928–1945 (?)

Deutsche Zweigstelle des International Migration Service, Genf; bis etwa 1933 unter der Bezeichnung Internationale Auswandererhilfe. Seit 1933 unter starkem Einfluß der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). – Organisation zur Fürsorge für hilfsbedürftige Aus- und Rückwanderer und zur Untersuchung der Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen der Auswanderung.

Umfang: 1 Karton (1928–1942)

Schriftverkehr der Geschäftsführerin, v. a. mit dem Vorsitzenden und der NSV.

55 Ge 1

Gemeinschaft
Großdeutscher Waggonfabriken
1926–1945

Gegr. als Deutsche Wagenbauvereinigung (in Nachfolge der Gemeinschaft deutscher Waggonfabriken, vorher Verein deutscher Waggonfabriken), um 1943 umbenannt. – Kartell der Waggonbauindustrie in Vertragsverhältnis mit der Reichsbahn.

Umfang: 11 Hefter (1944–1945)

Geschäftlicher Schriftverkehr. – Protokolle und Mitteilungen von Vorstandssitzungen.

55 Gl 1

Deutscher Gläubigerschutzverein für Polen und Litauen
1920–1923

Interessenvereinigung deutscher Auswanderer aus Polen zur Vertretung gegenüber dem polnischen Liquidationsamt und polnischen Schuldnern. – Nach Auflösung von der Staatlichen Fürsorgestelle für Ansiedler abgewickelt.

Umfang: 15 Kartons (1920–1930)

Anmeldungen von Mitgliedern über zurückgelassene Vermögensobjekte. – Abwicklungsschriftwechsel der Staatlichen Fürsorgestelle für Ansiedler.

55 Kr 1

Kriegsblindenschule Geheimrat Silex
gegr. 1914

Hervorgegangen aus einem Berliner Reservelazarett unter Leitung von Prof. Dr. med. Silex. – Schule für die Berufsausbildung von Blinden, v. a. von Kriegsblinden.

Umfang: 7 Kartons (1916–1934)

Schriftverkehr der Leiterin mit Fürsorgestellen, Behörden, Unternehmern, Stiftern u. a. Interessenten, v. a. über die Unterbringung der Schüler in den erlernten Berufen. – Schriftverkehr mit ehem. Schülern.

55 La 1

Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
1885–1934

Gegr. durch Max v. Eyth. 1934 vom Reichsnährstand übernommen. – Organisation zur Förderung der Agrarwissenschaft und Agrartechnik.

Umfang: 32 Bde., 12 Kartons (1884–1937)

Schriftverkehr des Vorstandes, der Abteilungen und Sonderausschüsse mit Behörden, landwirtschaftlichen Vereinen, Verbänden und Institutionen.

55 La 2

Deutscher Landwirtschaftsrat
1872–1934

Verband der deutschen Landwirtschaftskammern zur Vertretung der gemeinsamen Interessen. Zusammengesetzt aus Abgeordneten der einzelnen Landwirtschaftskammern. – 1934 im Reichsnährstand aufgegangen.

Umfang: 32 Kartons (1895–1935)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle mit politischen und wirtschaftlichen Verbänden, Interessenvertretungen und landwirtschaftlichen Vereinigungen. – Arbeitsunterlagen.

55 Or 1

Organisationskomitee der IV. Olympischen Winterspiele 1936*

Umfang: 600 Bde. (1933–1940).

55 Or 2 **Organisationskomitee der XI. Olympiade 1936***

Umfang: 400 Bde. (1933–1940).

55 Or 3

Organisationskomitee der V. Olympischen Winterspiele 1940*

Umfang: 65 Bde. (1939–1941).

55 Re 1

Reichsbund der höheren Beamten
1918–1933

Gegr. 1918 als Bund höherer Beamter, 1922 zum Reichsbund der höheren Beamten umgebildet, 1933 im Reichsbund der deutschen Beamten

* An das Nationale Olympische Komitee der DDR ausgeliehen.

(angeschlossener Verband der NSDAP) aufgegangen. – Dachorganisation zahlreicher Berufsverbände der höheren Beamten.

Umfang: 172 Kartons, 64 Ordner (1905–1937)

Bestandsgliederung:

Reichsbund der höheren Beamten (1921–1933, 114 Kartons)
Reichsverband der höheren Verwaltungsbeamten des Reichs und der Länder (1922–1934, 18 Kartons) und der ihm angeschlossene Berufsverein der höheren Verwaltungsbeamten Preußens und des Reichs (1918–1934, 28 Kartons)
Berufsverein der höheren Kommunalbeamten Deutschlands (1919 bis 1933, 7 Kartons)
Deutscher Philologenverband und Preußischer Philologenverband (1905–1937, 5 Kartons, 64 Ordner)

55 Re 2 **Reichsgemeinschaft Deutscher Hausfrauen**
1915–1935

Gegr. als Verband Deutscher Hausfrauenvereine, seit 1924 Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine. 1934 mit der Reichsvereinigung deutscher Hausfrauen zur Reichsgemeinschaft deutscher Hausfrauen zusammengeschlossen. Schon vorher (1933) korporativ dem Deutschen Frauenwerk eingegliedert, 1935 aufgelöst und im Deutschen Frauenwerk aufgegangen.

Umfang: 16 Kartons (1915–1935)

Schriftverkehr der Verbandsleitung mit den angeschlossenen Vereinen, mit Reichs- und Länderbehörden. – Jahresberichte der angeschlossenen Vereine.

55 Re 3 **Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands**
1920–1934 (?)

Gegr. als Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, um 1930 umbenannt. – Dachorganisation der nach dem ersten Weltkrieg entstandenen Vereinigungen der Gemeinden und Kommunalverbände in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber.

Umfang: 68 Bde. (1920–1934)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle, v. a. mit Mitgliedsverbänden. – Sitzungs-, Tagungs- und Tätigkeitsberichte. – Arbeitsunterlagen zu Tariffragen.

55 Re 4

Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen
1919–1933 (?)

Dachorganisation der Arbeitgeberverbände der Land- und Forstwirtschaft. 1933 vermutlich im Reichsnährstand aufgegangen.

Umfang: 4 Bde. (1924–1933)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle mit den Mitgliedsverbänden. – Rundschreiben.

55 Re 5

Reichsverband deutscher Dentisten
1880–1945

Interessenvertretung der deutschen Dentisten.

Umfang: 31 Kartons (1930–1945)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle mit den Landesstellen und einzelnen Mitgliedern.

55 Re 6

Reichsverband des deutschen Gartenbaus
1885–1934

Interessenvertretung der Betriebe des Obst- und Gartenbaus. 1934 im Reichsnährstand aufgegangen.

Umfang: 12 Bde. (1912–1934)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle mit landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Vereinen und Institutionen, mit Behörden und einzelnen Gartenbaubetrieben.

55 Re 7 Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen
1930–1945

Hervorgegangen aus der 1930 erfolgten Vereinigung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (gegr. 1883) mit dem Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften (gegr. 1877). 1933 dem Reichsnährstand angeschlossen.

Umfang: 12 Bde. (1902–1933)

Vorwiegend Vorakten des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften: Schriftverkehr der Geschäftsstelle mit landwirtschaftlichen Verbänden und Institutionen. – Druckschriften. – Arbeitsunterlagen.

55 Re 8 Reichsverband der deutschen Hochschulen
1920–1935

Gegr. als Verband der deutschen Hochschulen zur Wahrnehmung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Hochschulen und Hochschullehrer. Seit 1933 Reichsverband der deutschen Hochschulen, 1935 aufgelöst.

Umfang: 95 Kartons (1916–1935)

Schriftverkehr der Geschäftsstelle und des Vorsitzenden mit Hochschulen, Studentenvereinigungen, Reichs- und Länderbehörden und einzelnen Hochschullehrern. – Rundschreiben. – Druckschriften. – Arbeitsunterlagen.

55 Re 9 Reichsverband deutscher Waldbesitzerverbände
1919–1934 (?)

Dachorganisation der Länder- und Provinzialverbände der Waldbesitzer. 1934 vermutlich im Reichsnährstand aufgegangen.

Umfang: 6 Kartons (1919–1934)

Akten des Reichsverbandes deutscher Waldbesitzerverbände, des Landesverbandes preußischer Waldbesitzervereinigungen und des

Brandenburgischen Waldbesitzerverbandes: Schriftverkehr mit den Einzelverbänden und mit Behörden.

55 Sa 1 **Deutsche Sängerschaft (Weimarer C. C.)**
1896–1936

Vereinigung farbentragender akademischer Sängerschaften. 1936 zugunsten des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) aufgelöst.

Umfang: 17 Kartons (1900–1936)

Schriftverkehr des Vorstandes mit einzelnen Sängerschaften und Mitgliedern. – Sitzungs- und Tagungsprotokolle. – Rundschreiben.

55 Si 1 **Siedlervermittlungsstelle der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation**
Gegr. 1912

Organisation zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens.

Umfang: 1 Hefter (1930)

Schriftverkehr mit den Siedlerberatungsstellen Kassel und Frankfurt (Main).

55 Ve 1 **Verein deutscher Maschinenbauanstalten**
1892–1934 (?)

Interessenvertretung der gesamten Maschinenbauindustrie. 1934 vermutlich in der Reichsgruppe Industrie aufgegangen.

Umfang: 114 Kartons (1914–1927)

Akten der Geschäftsstelle, der Fachausschüsse u. a. Stellen und Vereinigungen innerhalb des Vereins, v. a. der Munitionsberatungsstelle und verschiedener Vereinigungen der munitionsherstellenden Industrie: Schriftverkehr mit Mitgliedsfirmen, Industrieverbänden und

Behörden v. a. aus der Zeit des 1. Weltkrieges. – Rundschreiben und Nachrichtenblätter. – Zeitungsausschnitte, Druckschriften u. a. Arbeitsunterlagen.

55 Wa 1

Wandervogel
Ortsgruppe Grötzingen (Baden)

Umfang: 3 Kartons (1908–1922)

Schriftwechsel. – Druckschriften.

55 Ze 1

Zentralarbeitsgemeinschaft
der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen
1918–1924

Errichtet auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Unternehmer und den Gewerkschaften. Auflösung durch Austritt der meisten Gewerkschaften in Zusammenhang mit den Kämpfen um die Beibehaltung des Achtstundentages.

Umfang: 114 Bde. (1913–1924)

Schriftverkehr des Zentralvorstandes mit den Mitgliedsverbänden und Behörden. – Sitzungsprotokolle. – Rundschreiben.

Archivhilfsmittel: Findbuch (1939).

Die folgenden Bestände sind, soweit keine Archivhilfsmittel genannt werden, noch unverzeichnet. Die Angaben über Umfang und Zeitraum haben daher weitgehend vorläufigen Charakter.

56 Ba 1

Dresdner Bank
Stadtzentrale Berlin
1872–1945

Umfang: 12 Ordner, 6 Kartons (1936–1945)

Schriftverkehr und Unterlagen verschiedener Abteilungen (u. a. Auslandssekretariat, Inlandssekretariat, Konsortialbüro und Depotverwaltung).

56 Ei 1

Einkaufsgesellschaft Löwen, Leipzig
1920–1927

Gegr. zur Bücherbeschaffung in Zusammenhang mit der Verpflichtung im Versailler Vertrag, die im Krieg durch Feuer vernichtete Universitätsbibliothek Löwen wiederherzustellen. Auch mit Bücherbeschaffung für Reparationslieferungen nach Italien und Frankreich beauftragt.

Umfang: 3 Kartons, 33 Ordner (1920–1927)

Schriftverkehr v. a. mit Buchhandlungen und mit dem Staatskommissar für Wiederherstellung der UB Löwen. – Geschäftsberichte.

56 Ei 2

Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft, Ratingen
gegr. 1890

Betrieb mittlerer Größe der Eisenindustrie.

Umfang: 6 Kartons (1918–1944)

Bilanzen. – Statistiken. – Produktionsunterlagen.

56 Ge 1 **Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, Berlin**
1885–1945

Hervorgegangen aus der Gesellschaft für deutsche Kolonisation (gegr. 1884) als Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Carl Peters und Gen., zur Erwerbung von Kolonialbesitz in Ostafrika. 1887 Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. Nach Übertragung der Verwaltungsrechte über das erworbene Gebiet auf das Reich (1890/1902) reine Erwerbsgesellschaft mit zahlreichen Pflanzungs- u. a. Betrieben in Ostafrika u. a. überseeischen Gebieten.

Umfang: 24 Bde. (1885–1920)

Schriftverkehr des Vorstandes, v. a. mit der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes. – Sitzungsprotokolle des Verwaltungsrats. – Druckschriften.

56 Ge 2 **Gesellschaft der Manufakturen L. Rabeneck Moskau**

Deutsche Handelsfirma in Moskau.

Umfang: 1 Karton (1885–1931)

Schriftverkehr. – Verträge. – Kalkulationsunterlagen.

Archivhilfsmittel: Kartei (1955).

56 Gr 1 **Kaukasischer Grubenverein G. m. b. H. Hamburg – Tschiaturi – Tiflis**
1910 bis nach 1932

Deutsche Bergwerksgesellschaft zur Ausbeutung kaukasischer Gruben.

Umfang: 2 Kartons (1903–1927)

Bilanzen und Bilanzunterlagen. – Kauf- und Überlassungsverträge.

Archivhilfsmittel: Kartei (1955).

56 Ha 1

Berliner Handelsgesellschaft
1856–1945

Umfang: 400 lfd. m (1880–1945)

Firmenschriftwechsel mit in- und ausländischen Kunden u. a. Unterlagen des Bankgeschäfts (1895–1945, 160 lfd. m).
Archiv der Berliner Handelsgesellschaft: Sammlung von Geschäftsberichten, Statuten, Bilanzen u. a. Nachrichten über in- und ausländische Firmen (1880–1945, 240 lfd. m).

56 Ig 1

I. G. Farbenindustrie A. G.
Zentralfinanzverwaltung Berlin
1925–1947

Umfang: 40 lfd. m (1925–1947)

Schriftverkehr. – Geschäftsbücher. – Statistiken. – Unterlagen über Gewinnberechnungen.

56 Ig 2

Igerussko-Handelsgesellschaft m. b. H.
Vertretung Moskau
1939–1941

Gründung der I. G. Farbenindustrie A. G. für Importhandel aus der Sowjetunion.

Umfang: 22 Bde. (1937–1941)

Schriftverkehr mit der I. G. Farbenindustrie A. G., Abteilung Zentraleinkauf, und mit sowjetischen Exportfirmen.

Archivhilfsmittel: Kartei (1955).

56 Ja 1

Jaluitgesellschaft, Hamburg
1887–1945

Gegr. durch die Deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln (vorher J. C. Godeffroy u. Sohn) und die Firma Robertson

und Hernsheim zur Verwaltung von Erwerbungen auf den Marschallinseln (Hauptinsel Jaluit), den Karolinen- und Gilbertinseln. Seit Übergang der Verwaltungsrechte auf das Reich (1906) reine Erwerbsgesellschaft mit zahlreichen Pflanzungsbetrieben. 1918 Enteignung des überseeischen Besitzes, seitdem auf Vermögensverwaltung (im Besitz der holländischen Indisch-Afrikaan'sche Compagnie) beschränkt.

Umfang: 2 Kartons (1874–1919)

Grundakten. – Verträge und Konzessionen.

56 Ju 1 **Junkers Flugzeug- und Motorenwerke A. G.**
Dessau
1917–1945

1917–1919 Junkers-Fokker-Werke, 1919–1936 Junkers Flugzeugwerk A. G., 1936 Fusion mit der Junkers Motorenbau G. m. b. H.

Umfang: 1 Bd. (1931–1935)

Prozeßschriftverkehr und -unterlagen betr. Gründung von Flugzeugwerken in der Türkei durch die Junkerswerke.

56 La 1 **Deutsche Land- und Baugesellschaft G. m. b. H.**
Berlin

Bauunternehmen für den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Umfang: 45 lfd. m (1924–1933)

Schriftverkehr der Zentrale Berlin, der Baubüros und Bauzüge: Baupläne u. a. Unterlagen für Wohn- und Siedlungshäuser, v. a. „Reichshäuser".

56 Li 1

Heinrich List
Werke für Elektrotechnik und Mechanik, Berlin
1935–1945

1935 als Elektro-Mechanik Heinrich List Berlin-Lankwitz gegr., 1936 nach Teltow verlegt, 1941 umfirmiert; 1943 Zweigniederlassung in Rheinau (Elsaß). – Rüstungsbetrieb der Luftfahrtindustrie für die Herstellung elektro-feinmechanischer Geräte.

Umfang: 15 lfd. m (1930–1945)

Schriftverkehr und Unterlagen der Betriebsleitung. – Bilanzen. – Firmenschriftwechsel.

56 Ne 1

Neu-Guinea-Compagnie, Berlin
1885–1945

Gesellschaft zur Verwaltung von Erwerbungen auf Neuguinea. Seit Übergang der Verwaltungsrechte auf das Reich (1898) reine Erwerbsgesellschaft mit zahlreichen Pflanzungsbetrieben. 1920 Enteignung des überseeischen Besitzes zugunsten Australiens, seitdem in Venezuela und Kamerun tätig.

Umfang: 2 Mappen (1884–1900)

Schutzbriefe und Verträge mit dem Reich. – Verordnungen. – Geschäftsbericht 1896/97. – Dabei Geschäftsnachlaß der Rechtsberater der Neu-Guinea-Compagnie, Rechtsanwälte Dr. Fritz Brandi und Dr. Carl Bennecke (1 Ordner, 1924–1936).

56 Sti 1

Stickstoffsyndikat G. m. b. H., Berlin
Abteilung Ausland
1930–1945

Verkaufsorganisation der (seit 1934 gesamten) deutschen Stickstoffindustrie unter führender Beteiligung der I.G. Farbenindustrie A.G.

Umfang: 2 Kartons, 8 Ordner (1935–1942)

Schriftverkehr, Statistiken u. a. Unterlagen über Auslandsgeschäfte, v. a. in Ägypten. – Kontenbücher.

56 Ze 1 **Deutsche Zentralbodenkredit-A.G., Berlin**
1862–1945

Gegr. als Preußische Hypotheken-Versicherungs-A.G., 1895 Umfirmierung in Preußische Pfandbriefbank. 1930 in Zusammenhang mit mehreren Fusionen in Preußische Zentralbodenkredit- und Pfandbriefbank, im gleichen Jahr in Deutsche Zentralbodenkredit-A.G. umfirmiert. – Hypotheken- und Darlehnsbank.

Umfang: 200 Bde. (1934–1943)

Hypotheken- und Darlehnsregister, größtenteils in Fotokopie.

56 Ze 2 **Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H., Berlin**
1941 (?)–1945

Einkaufs- und Handelsgesellschaft für die besetzten Ostgebiete.

Umfang: 900 Bde. (1942–1945)

Akten der Zentrale Berlin und ihrer Abteilungen; einige Akten von Niederlassungen.

KRIEGSWIRTSCHAFTSORGANISATIONEN DES ERSTEN WELTKRIEGES

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges lagen keine Pläne für die Organisation der Kriegswirtschaft vor. Die bald auftretenden Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung und in der Ernährungswirtschaft führten jedoch in zunehmendem Maße zu staatlichem Eingreifen von Fall zu Fall, das sich zunächst auf die Beschaffung, dann aber auch auf die Zwangsbewirtschaftung von Mangelwaren erstreckte.
Durch dieses unplanmäßige, von der jeweiligen Notwendigkeit bestimmte Vorgehen und auf Grund der bestehenden Wirtschaftsstruktur erfolgte die Organisation der Kriegswirtschaft in den verschiedenartigsten Formen. Zunächst konnten in einzelnen Fällen die bereits bestehenden Vereinigungen der Industrie mit der Durchführung kriegswirtschaftlicher Aufgaben unter staatlicher Aufsicht betraut werden. Auf anderen Gebieten mußten solche Selbstverwaltungskörper mit dem Charakter von freiwilligen oder Zwangssyndikaten unter Reichseinfluß erst geschaffen werden. Mehrfach wurden die interessierten Wirtschaftskreise in regelrechten Erwerbsgesellschaften zusammengefaßt, bei denen das Reich durch möglichst entscheidende Kapitalbeteiligung das öffentliche Interesse wahrzunehmen suchte.
Die häufigste und charakteristischste Organisationsform bildete die der „Kriegsgesellschaften". Ihre Geschäftsdauer war ausdrücklich auf die Kriegszeit beschränkt; sie sollten nicht auf Erwerb gerichtet sein und hatten bei Auflösung den Geschäftsgewinn an das Reich abzuführen, das seinerseits das eingezahlte Gesellschaftsvermögen garantierte. Sie waren meist in der Form von Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, zuweilen auch als eingetragene Vereine organisiert, traten daneben aber unter den verschiedensten Bezeichnungen (Ausschuß, Kommission, Verband) auf und nahmen teilweise behördenähnlichen Charakter an.
Die staatliche Überwachung dieser zahlreichen und vielgestaltigen Kriegswirtschaftsorganisationen erfolgte teils direkt durch die bestehenden Zentralbehörden (Kriegsrohstoffabteilung des Preußischen Kriegsministeriums mit Zuständigkeit für das ganze Reich, Reichsamt des Innern, später Kriegsernährungsamt und Reichswirtschaftsamt), teils durch besonders eingesetzte Kommissare, Beauftragte, Ämter und Stellen, die wiederum eine starke Vielfalt der Organisationsformen zeigten. Manche dieser Dienststellen waren reine Bewirtschaftungsbehörden, andere standen selbst an der Spitze der überwachten Gesellschaften oder bedienten sich ihrer zur geschäftlichen Durchführung der Aufgaben. Daneben kam es auch mehrfach vor, daß die

Bewirtschaftung von „Geschäftsabteilungen" durchgeführt wurde, die der Behörde angeschlossen und als Kriegsgesellschaften organisiert waren.

Der Abbau des gesamten Systems, das während des Übergangs in die Friedenswirtschaft noch erhebliche Ausdehnung besessen hatte, wurde durch das Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen vom 15. Juli 1921 (RGBl. S. 942) geregelt. Da in dessen Durchführung die meisten Kriegsgesellschaften auf das Reich übernommen wurden, gelangten die Akten zahlreicher Organisationen in den zwanziger Jahren in das Reichsarchiv.

Im Deutschen Zentralarchiv haben — wie schon im Reichsarchiv — die Bestände der Kriegswirtschaftsorganisationen des ersten Weltkrieges als gesonderte Gruppe Aufstellung gefunden. Sie sind eingeteilt in:

Organisationen der Kriegsrohstoffwirtschaft,
Organisationen der Kriegsernährungswirtschaft und
Sonstige Kriegswirtschaftsorganisationen.

Im folgenden werden für jeden Bestand Angaben über die organisatorische Entwicklung der betreffenden Stelle und über das Aufgaben- und Arbeitsgebiet gemacht. Der Sitz der Organisation war, soweit nicht anders angegeben, stets Berlin. Für den Zeitraum des Bestehens wurde im allgemeinen die Zeit zwischen Gründung und Löschung im Handelsregister zugrunde gelegt. Die Angaben über den Umfang der einzelnen Bestände beruhen auf einer noch nicht überprüften Zählung, die in Einzelfällen geringe Berichtigungen notwendig machen wird.
Bei den mehrfach als Archivhilfsmittel angegebenen Inventaren handelt es sich um eine besondere Erschließungsform des Reichsarchivs, bei der ohne Beachtung des einzelnen Bandes ein summarischer Überblick über die Behörde und den Inhalt des Bestandes gegeben wurde.* Die nach 1942 fertiggestellten Inventare sind vorläufige Arbeiten, in denen lediglich aus den Akten stammende Geschäftsberichte u. ä. zusammengefaßt sind.

Literatur: Wilhelm Dieckmann, Die Behördenorganisation in der deutschen Kriegswirtschaft 1914–1918. Hamburg (1937). – Hermann Cron, Die Organisation der Kriegswirtschaft im Kriege 1914–1918 und ihre Überleitung in die Friedensverhältnissse sowie Wertung ihrer Akten. Potsdam 1942 (Maschinenschr., in der Bibliothek des Deutschen Zentralarchivs). – Ernst Heymann, Die Rechtsformen der militärischen Kriegswirtschaft. Marburg 1921 (Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht 34). – Kurt Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung im Weltkrieg. Hamburg 1936. – Otto Goebel, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg. Stuttgart 1930 (Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden). – August Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft. Stuttgart 1927 (Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung

* Vgl. Helmut Lötzke, Zur Erschließung von Archivbeständen. In: Archivar und Historiker (Meisner-Festschrift), Berlin 1956, S. 232 f.

für internationalen Frieden). – Gisela Gündell, Die Organisation der deutschen Ernährungswirtschaft im Weltkriege. Leipzig 1939 (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien 113).

Karl Demeter, Die Bedeutung des Reichsarchivs für die Wirtschaftswissenschaft. In: Schmollers Jb. f. Gesetzgeb., Verw. u. Volksw. 49 (1925), S. 1129 ff .– Ernst Zipfel, Die Bedeutung der Akten der Kriegsgesellschaften für die Erkenntnis des wirtschaftlichen Lebens während des Krieges, a. a. O. 53 (1928), S. 617 ff. – Ders., Die Akten der Kriegsgesellschaften im Reichsarchiv. In: Archivalische Zeitschrift 36 (1926), S. 44 ff.

57.01 **Altlederverwertungsstelle G. m. b. H.**
1919–1922

Ankauf und Verwertung von altem Leder zur Behebung des Mangels an Schuhwaren, Verwertung des sonstigen Altleders unter Übernahme der Wiederherstellungs-Werkstätten der Kriegswirtschafts-A.G. (57.44).

Umfang: 22 Pakete.

57.03 **Außenhandelsstelle für Chemikalien**
Gegr. 1920

Hervorgegangen aus der 1914 gegründeten Zentralstelle für technische Vorprüfung der Ausfuhrbewilligungsanträge für die chemische Industrie. – Beratung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung.

Umfang: 22 Pakete.

57.05 **Ausfuhrgesellschaft m. b. H.**
1918–1922

Hervorgegangen aus der 1918 gegründeten Außenhandelsgesellschaft m.b.H. – Monopol für die Ausfuhr von Waren aller Art in die Ukraine.

Umfang: 24 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1937).

57.06 **Baumwollabrechnungsstelle Bremen**
1916–1921

Hervorgegangen aus der Zusammenfassung der Rohbaumwollabrechnungsstelle Berlin mit der Baumwollgarnabrechnungsstelle Bremen;

angeschlossen an die Deutsche Nationalbank. – Bewirtschaftung der in den besetzten feindlichen Gebieten beschlagnahmten und gekauften Baumwollprodukte sowie der in Deutschland beschlagnahmten Vorräte gleicher Art für den Heeresbedarf.

Umfang: 31 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1937); Inventare II 9 (1938), II 40 (1944).

57.08 **Braunsteinversorgungsgesellschaft m. b. H.** 1916–1921

Erwerb und Verkauf von Braunstein zur Versorgung der Elemente- und Taschenlampenindustrie.

Umfang: 2 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1929).

57.09 **Eisenauslandsstelle** 1917–1919

Organ des Kommissariats der Eisenzentrale (57.25). – Überwachung der fristgemäßen Lieferung der Auslandsaufträge.

Umfang: 14 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1929).

57.10 **Eisenzentrale G. m. b. H.** 1916–1921

Unter Leitung des Kommissariats der Eisenzentrale (57.25). – Vermehrung der Eisenproduktion durch bergbauliche Neuanlagen und restlose Erfassung v. a. von Schrott; Verwertung von Prisengütern.

Umfang: 129 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1928); Inventare II 3 (1929).

57.11 **Ersatzsohlengesellschaft m. b. H.**
1916–1921

Förderung der Erzeugung und Verwendung von Sohlen aus Ersatzstoffen.

Umfang: 29 Pakete.

57.12 **Faserstoffvertriebsgesellschaft m. b. H.**
1918–1921

Beschaffung und Vertrieb von Geweben aus Papier und aus sonstigen Ersatzstoffen.

Umfang: 9 Pakete.

57.13 **Graphitvermittlungsstelle**
1917–1921

Prüfung der Anträge auf Graphitschmelztiegel und auf Zuweisung von Gießereigraphit.

Umfang: 10 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1928).

57.14 **Gutachterkommission für Lederhöchstpreise**
1915–1919

Auskünfte an Interessenten sowie Gutachten für Behörden und Schiedsgerichte über Höchstpreisfestsetzungen der verschiedenen Ledersorten.

Umfang: 12 Pakete.

57.15 **Gutachterkommission für Schuhwarenpreise**
1916–1919

Festsetzung allgemeiner Richtsätze für die Bestimmung der Verkaufspreise; Erstattung von Gutachten im Einzelfalle für Behörden und Schiedsgerichte.

Umfang: 16 Pakete.

57.16 **Deutsch-Orientalische Handelsgesellschaft m. b. H. Bremen**
1915–1922

Nutzbarmachung der Vorräte Bulgariens und der Türkei; Handel mit Waren aller Art.

Umfang: 2 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 45 (1944).

57.17 **Europäische Handelsgesellschaft m. b. H., Bremen**
1918–1921

Einfuhr und Bewirtschaftung von Spinnstoffen und Geweben aus Rußland.

Umfang: 6 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1939); Inventare II 28 (um 1942).

57.18 **Deutsche Holzvertrieb A. G.**
1915–1921

Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Holz aus den besetzten Gebieten zur Sicherstellung des Heeresbedarfs.

Umfang: 23 Pakete.

57.19 **Kammwoll A. G.**
1914–1922

Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Kammwollen und Kammzügen aller Art zur Sicherstellung des Heeresbedarfs.

Umfang: 15 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1931).

57.20 **Kautschukabrechnungsstelle**
1914–1920

Abteilung der Deutschen Bank. – Verwaltung, Bewirtschaftung, Verteilung und Preisfestsetzung von Kautschuk, Asbest, Rohr und Flimmer.

Umfang: 22 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1941).

57.21 **Kautschukkonsortium**
1915–1924

Deutsch-österreichische Erwerbsgesellschaft. – Einfuhr von Kautschuk aus Übersee und neutralen Ländern zur Versorgung der Kriegs- und Friedensindustrie.

Umfang: 13 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1941).

57.22 **Kommissar des Kriegsministeriums bei der Metallberatungs- und -verteilungsstelle für den Maschinenbau**
1917–1918

Überwachung der Tätigkeit der Metallberatungs- und -verteilungsstelle (57.50). Entscheidung der von der Industrie gestellten Anträge.

Umfang: 5 Pakete.

57.23 **Kommissar für die Textilnotstandsversorgung**
1919–1921

Durchführung von Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Textilwaren; Überwachung der Textilnotstandsversorgung G. m. b. H. (57.80).

Umfang: 26 Pakete.

57.24 **Kommissar der Wolle- und Wollgarnverwertungsstelle**
1916–1918

Leiter der 1915 als Wollmusterlager der Kriegsrohstoffabteilung gegründeten, 1916 der Kriegswollbedarfs-A.G. (57.47) angegliederten Wolle- und Wollgarnverwertungsstelle; 1918 der Zentralwollhandelsgesellschaft, Filiale Berlin, eingegliedert (57.87). – Bewirtschaftung von Wollen und Garnen.

Umfang: 14 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1931).

57.25 **Kommissariat der Eisenzentrale**
1916 bis nach 1920

Geschäftsleitung der Eisenzentrale G. m. b. H. (57.10) und der Manganerzgesellschaft m. b. H. (57.49). Vgl. 57.09. – Bewirtschaftung des Schrott- und Spänemarktes im Inlande; Beschaffung und Verteilung der für die Eisengewinnung erforderlichen Erze und Rohstoffe.

Umfang: 129 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1930).

57.26 **Kriegsausgleichstelle für Dachpappenteer G. m. b. H.**
1916–1921

Versorgung der Dachpappenindustrie mit Imprägnierungsstoffen.

Umfang: 4 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 45 (1944).

57.27 **Kriegsausschuß der Deutschen Baumwollindustrie**
1915–1921

Sicherstellung des Heeresbedarfs an Baumwollerzeugnissen; Bewirtschaftung von Baumwollspinnstoffen und -garnen.

Umfang: 29 Pakete.

Kriegsausschuß
für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H.*

57.28 **Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe**
1916–1919

Mitwirkung an der Sicherstellung und Verteilung von Textilersatzstoffen und an der Verteilung der Heeresaufträge.

Umfang: 14 Pakete.

57.29 **Kriegschemikalien A. G.**
1914–1922

1919 in Chemikalien A. G. umbenannt. – Beschaffung, Bewirtschaftung und Verteilung von chemischen Rohstoffen und Erzeugnissen zur Sicherstellung des Heeresbedarfs.

Umfang: 104 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1937); Inventare II 6 (1936).

57.30 **Kriegsdeckenverband e. V.**
1915–1921

Beschaffung und Verteilung von Mannschaftsdecken, Pulverbeutel- und Haarläuferstoffen für den Heeresbedarf.

Umfang: 8 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1938).

* Siehe 58.18.

57.31 **Kriegsfell A. G., Leipzig**
1917–1920

Beschaffung von Fellen für den Heeresbedarf; Zuführung der hierfür nicht benötigten Felle an den Rauchwarenhandel und die Industrie.

Umfang: 28 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 49 (1944).

57.32 **Kriegsfilzverband e. V.**
1917–1921

1919 in Filzverband e. V. umbenannt. – Beschaffung von Filz für den Heeresbedarf.

Umfang: 3 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1938).

57.33 **Kriegsgarn- und Tuchverband e. V.**
1915–1921

Hervorgegangen aus der Zusammenfassung des Kriegsweberverbandes und des Kriegstuchverbandes (gegr. 1914). – Beschaffung von Offiziers- und Mannschaftstuchen einschließlich der hierzu erforderlichen Garne und Spinnstoffe.

Umfang: 10 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1932).

57.34 **Kriegshadern A. G.**
1917–1921

Hervorgegangen aus der A. G. für Verwertung von Stoffabfällen; 1919 in Reichshadern A. G. umbenannt. – Beschaffung, Bewirtschaftung und Bearbeitung von Lumpen und sonstigen Textilabfällen für den Heeresbedarf und die Privatindustrie. Vgl. 57.87.

Umfang: 56 Pakete.

57.35 **Kriegshanfgesellschaft m. b. H.**
1917–1921

1919 in Hanflieferungsgesellschaft m. b. H. umbenannt. – Übernahme und Verteilung des vom Kriegsministerium überwiesenen Hanfes und der Hanferzeugnisse; Kauf und Verteilung des in Deutschland angebauten Hanfes.

Umfang: 32 Pakete.

57.36 **Kriegsleder A. G.**
1914–1921

1919 in Deutsche Leder A. G. umbenannt. – Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Rohmaterialien der Lederindustrie für den Heeresbedarf. Vgl. 57.71 und 57.74.

Umfang: 44 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 50 (1944).

57.37 **Kriegsmetall A. G.**
1914–1921

Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Metallen und Metallfabrikaten für den Heeresbedarf; Beteiligung an zweckentsprechenden Unternehmen. Vgl. 57.54.

Umfang: 295 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (3 Bde., 1939); Inventare II 2 (1928).

57.38 **Kriegssäurekommission**
1915–1918

Bestandserhebung und Verteilung von Säuren sowie deren Transport in Kesselwagen.

Umfang: 26 Pakete.

57.39 **Kriegsschmierölgesellschaft m. b. H.**
1915–1921

1919 in Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H. umbenannt. – Einfuhr von Mineralölen und anderen Rohstoffen für den Heeresbedarf, die Eisenbahnverwaltung und die Rüstungsindustrie, später auch für den zivilen Bedarf.

Umfang: 140 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 36 (1943).

57.40 **Kriegsverband der deutschen Flugzeugindustrie e. V.**
1917 bis nach 1918

Versorgung der Flugzeugindustrie mit Rohmaterialien.

Umfang: 75 Kartons.

57.41 **Kriegsverwertungsstelle für das Papierfach G. m. b. H.**
1916–1920

Gegründet als Kriegsverteilungsausschuß für Altpapier G. m. b. H., Ende 1916 umbenannt. – Regelung des Altpapiermarktes; Verteilung und Verwertung von Rohstoffen und Erzeugnissen des gesamten Papierfaches.

Umfang: 13 Pakete.

57.42 **Kriegswasserstoffgesellschaft m. b. H.**
1917–1923

Unter Aufsicht des Reichskommissars für die Bewirtschaftung eiserner Flaschen (57.60). – Förderung und Erleichterung des Verbrauchs von Wasserstoff u. a. verdichteten Gasen.

Umfang: 5 Pakete.

57.44 **Kriegswirtschafts-A.G.**
1915–1919

1916 mit den Aufgaben einer Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle (57.58) betraut; 1917 auch als Geschäftsabteilung der Reichsfaßstelle (57.59) eingerichtet. 1919 Umwandlung der Textilabteilung zur Reichstextil A. G. (57.68), Übergang der Abteilung für Leder an die Altlederverwertungsstelle G. m. b. H. (57.01), der Abteilungen für Chemikalien und Kork an das Demobilmachungsamt, der übrigen Abteilungen an das Reichsverwertungsamt (22.01, 22.02). – Bewirtschaftung und Verwertung von in die Hände des Heeres geratenen, nicht kriegsbrauchbaren Gütern aller Art; Sicherstellung des zivilen Bedarfs an Web-, Wirk- und Strickwaren; Sicherstellung des Bedarfs an Fässern.

Umfang: 80 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 30 (1943).

57.45 **Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe G. m. b. H.**
1916–1922

1918 in Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe G. m. b. H. umbenannt. – Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen zur Beseitigung der durch den Krieg verursachten Betriebsschwierigkeiten im Zeitungs- und Zeitschriftengewerbe; Begutachtung von Ausfuhranträgen.

Umfang: 99 Pakete.

57.46 **Kriegswollachverband e. V.**
1915–1921

Beschaffung von Pferdedecken für den Heeresbedarf.

Umfang: 2 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1938).

57.47 **Kriegswollbedarfs-A.G.**
1914–1922

1919 in Reichswolle A. G. umbenannt. – Bewirtschaftung und Verteilung der Vorräte an Wollen (außer Kammwollen, vgl. 57.19), Wollgarnen, Wollumpen, Kunstwollen und Torffasern; Beschaffung sonstiger Rohstoffe; Verteilung von Textilmaschinen. Vgl. 57.87.

Umfang: 126 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1931); Inventare II 5 (1932).

57.49 **Manganerzgesellschaft m. b. H.**
1916–1922

Unter Leitung des Kommissariats der Eisenzentrale (57.25). – Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Manganerzen; Förderung der Produktion im Inland und Ankauf im Ausland.

Umfang: 73 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1929).

57.50 **Metallberatungs- und -verteilungsstelle für den Maschinenbau**
1915 bis nach 1918

Dem Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (55 Ve 1) angeschlossen. – Beratung der Unternehmen des Maschinenbaus über Metallersparnis, Ersatzmittel und Ersatzkonstruktionen; Vorprüfung der Anträge auf Metallbewilligung an die Metallfreigabestelle (57.51). Vgl. 57.22.

Umfang: 10 Pakete.

57.51 **Metallfreigabestelle**
1915–1919

Gegründet als Freigabestelle für Friedensmetalle, dann Metallfreigabestelle für Friedenszwecke, Ende 1915 Metallfreigabestelle.

1918 in Reichsstelle für Sparmetalle umbenannt. – Prüfung der Freigabeanträge für zivile Zwecke und mittelbare Kriegslieferungen; Schaffung von Metallvermittlungsstellen für einzelne Industriezweige. Vgl. 57.50.

Umfang: 57 Pakete.

57.52 Metallmeldestelle der Kriegsrohstoffabteilung
1915–1918

1918 in das Demobilmachungsamt eingegliedert. 1919 zum Reichskommissar für Metallwirtschaft im Reichswirtschaftsministerium umgewandelt. – Bearbeitung der Bestandsmeldungen über sämtliche Sparmetalle; Aufteilung an die Industrie; Kontrolle über Produktion und Ablieferungen der Metallhütten.

Umfang: 70 Pakete.

57.53 Metallmobilmachungsstelle der Kriegsrohstoffabteilung
1915–1919

Bestandsaufnahme und Beschlagnahme von Gegenständen aus Sparmetallen in Wirtschaft und Haushalt.

Umfang: 50 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1939).

57.54 Metalltreuhandgesellschaft m. b. H.
1914–1921

Kommissionärin der Kriegsmetall A.G. (57.37). – Sortierung, Abschätzung und Lagerung von Roh- und Altmetallen, Metallfabrikaten und -abfällen.

Umfang: 27 Pakete.

57.55 **Nesselanbaugesellschaft m. b. H.**
1917–1924

Gewinnung von Faserpflanzen, v. a. von Brennesseln; Weiterverarbeitung der gewonnenen Erzeugnisse.

Umfang: 53 Pakete.

57.56 **Papierholzbeschaffungsstelle G. m. b. H.**
1916–1921

Beschaffung und Verwertung von Papierholz aus den besetzten Gebieten für die im Papiermacherkriegsausschuß vertretenen Industrien.

Umfang: 24 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 45 (1944).

57.57 **Protolgesellschaft m. b. H.**
1916–1920

Gewinnung und Verwertung von Gärungserzeugnissen zur Herstellung von Protol.

Umfang: 11 Pakete.

57.58 **Reichsbekleidungsstelle**
1916–1920

Geschäftliche Durchführung der Aufgaben durch die Kriegswirtschafts-A.G. (57.44). Vgl. 57.80. – Versorgung der Zivilbevölkerung mit neuen und gebrauchten Web-, Wirk- und Strickwaren.

Umfang: 41 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 30 (1943).

57.59 **Reichsfaßstelle**
1917–1919

Geschäftliche Durchführung der Aufgaben durch die Kriegswirtschafts-A.G. (57.44). – Bewirtschaftung der nicht für Heereszwecke benötigten Fässer, v. a. für Verwahrung und Versendung von Lebensmitteln.

Umfang: 9 Pakete.

57.60 **Reichskommissar für die Bewirtschaftung eiserner Flaschen für verflüssigte und verdichtete Gase**
1917–1921

Regelung der Herstellung und des Verbrauchs von verflüssigten und verdichteten Gasen sowie der dazu erforderlichen eisernen Flaschen. Vgl. 57.42.

Umfang: 5 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 45 (1944).

57.61 **Reichslederstelle**
1919–1922

Hervorgegangen aus der Zusammenfassung der Kontrollstelle für freigegebenes Leder (gegr. 1916) mit dem Lederzuweisungsamt (gegr. 1914). – Verteilung und Kontrolle des für den Zivilbedarf freigegebenen Leders.

Umfang: 41 Pakete.

57.62 **Reichssackstelle**
1916–1921

Ankauf und Bewirtschaftung von Säcken für den Bedarf in allen Zweigen von Handel und Gewerbe.

Umfang: 27 Pakete.

57.63 **Reichsschuhversorgungsgesellschaft m. b. H.**
1919–1922

Geschäftliche Durchführung der Aufgaben der Reichsstelle für Schuhversorgung (57.65).

Umfang: 19 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 52 (1944).

57.64 **Reichsstelle für Papierholz G. m. b. H.**
1916–1920

Beschaffung von Papierholz für die Papierfabriken zur Versorgung der deutschen Tageszeitungen.

Umfang: 7 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 1 (1928).

57.65 **Reichsstelle für Schuhversorgung**
1918–1920

Geschäftliche Durchführung der Aufgaben durch die Reichsschuhversorgungsgesellschaft m. b. H. (57.63). – Sicherstellung des Bedarfs der Zivilbevölkerung an Schuhwaren aller Art sowie an allen für die Herstellung und Ausbesserung geeigneten Gegenständen.

Umfang: 12 Pakete.

57.66 **Reichsstelle für Textilwirtschaft**
1918–1924

Vorbereitung von Übergangsmaßnahmen für die Friedenswirtschaft; Regelung der Beschaffung, Verteilung, Verarbeitung und des Absatzes der Textilrohstoffe und -fertigwaren. Vgl. 57.69.

Umfang: 113 Pakete.

57.67 **Reichsstelle für Zement**
1916–1923

Regelung der Erzeugung, des Absatzes, der Preise und Lieferungsbedingungen von Zement.

Umfang: 25 Pakete.

57.68 **Reichstextil A. G.**
1919–1921

Hervorgegangen aus der Textilabteilung der Kriegswirtschafts-A.G. (57.44). – Verwertung der aus dem Besitz der Heeresverwaltung frei werdenden Textilien; Sicherstellung des Bedarfs an Web-, Wirk- und Strickwaren.

Umfang: 373 Pakete.

57.69 **Reichswirtschaftsstelle für Wolle**
1919–1924

Organ der Reichsstelle für Textilwirtschaft (57.66). – Wollbewirtschaftung nach den Richtlinien der Reichsstelle.

Umfang: 17 Pakete.

57.70 **Riemenfreigabestelle**
1916–1920

Überwachung und Regelung der Herstellung und des Verbrauchs von Treibriemen jeder Art.

Umfang: 33 Pakete.

57.71 **Deutsche Rohhaut A. G.**
1914–1922

Beschaffung von Rohhäuten und Fellen für den Heeresbedarf zur Verteilung durch die Kriegsleder A. G. (57.36).

Umfang: 32 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 48 (1944).

57.72 **Rohstahlausgleichstelle**
1916–1918

Ausgleich zwischen Bedarf und Produktion an Rohstahl; Verteilung auf die verschiedenen Walzfabrikate.

Umfang: 57 Pakete.

57.73 **Rohstoff- und Maschinenverteilungsstelle**
1914–1921

Gegründet 1914 als Abteilung der Zivilverwaltung im besetzten Gebiet von Briey und Longwy mit Sitz in Longwy; nach mehrfachem Wechsel des Namens und der Unterstellung Umwandlung in eine Kriegsgesellschaft (1919) mit Sitz in Düsseldorf, später Berlin. – Versorgung der deutschen Eisenindustrie mit Material aus den besetzten Gebieten durch Ausnutzung der nicht in Betrieb befindlichen französischen Fabriken und Abtransport von Rohstoffen.

Umfang: 132 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 35 (1943).

57.74 **Sattlerledergesellschaft m. b. H.**
1916–1921

Verteilung des freigegebenen und von der Kriegsleder A. G. (57.36) verkauften Leders und Lederersatzes an Lederhändler und Genossenschaften.

Umfang: 12 Pakete.

57.75 **Seidenverwertungsgesellschaft m. b. H.**
1917–1922

Beschaffung und Bewirtschaftung von Natur- und Kunstseide und deren Erzeugnissen, v. a. des Kartuschbeuteltuches.

Umfang: 36 Pakete.

57.76 **Seifenherstellungs- und -vertriebsgesellschaft m. b. H.**
1917–1922

Regelung der Herstellung und des Absatzes von fetthaltigen Waschmitteln jeder Art nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe.

Umfang: 85 Pakete.

57.77 **Spinnpapierausgleichskasse**
1918–1921

Entschädigung der Papiermacher, Papierspinner und Eigentümer ausländischen Natronzellstoffs in Fällen, in denen die Einkaufspreise über den inländischen Höchstpreisen lagen.

Umfang: 5 Pakete.

57.78 **Spinnstoffeinfuhrgesellschaft m. b. H., Bremen**
1915–1922

Gegründet als Baumwollimport-Gesellschaft 1915 m. b. H. Bremen, 1917 umbenannt. – Einfuhr und Bewirtschaftung von Spinnstoffen.

Umfang: 6 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 40 (1944).

57.79 **Stärke- und Dextrinzentrale für die Textilindustrie**
1916–1921

Tochtergesellschaft der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft m. b. H. (58.46). – Bedarfsprüfung und Freigabe von Kartoffelstärkemehl und Dextrin für die Textilindustrie.

Umfang: 9 Pakete.

57.80 **Textilnotstandsversorgung G. m. b. H.**
1919–1922

Unter Leitung des Kommissars für die Textilnotstandsversorgung (57.23); Fortsetzung von Teilaufgaben der Reichsbekleidungstelle (57.58). – Beschaffung und Sicherstellung von Textilien.

Umfang: 49 Pakete.

57.81 **Überwachungsausschuß der deutschen Lederindustrie**
1915–1920

Beratung der Kriegsrohstoffabteilung bei den die Lederindustrie betreffenden Maßnahmen.

Umfang: 3 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 51 (1944).

57.82 **Überwachungsausschuß der Schuhindustrie**
1917–1919

Überwachung der Erzeugung, des Absatzes und der Verkaufspreise von Schuhwaren.

Umfang: 71 Pakete.

57.84 Vereinigung des Wollhandels (Spinnstoffvertriebsstelle der Kriegsrohstoffabteilung Leipzig)

1915–1923

Vertrieb von geringwertigen Wollen und Wollabfällen; Bewirtschaftung von Filzen und Tierhaaren; Herstellung von Streichgarn für Strümpfe und Westen.

Umfang: 65 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1931); Inventare II 39 (1944).

Zentraleinkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H.*

57.85 Zentralstelle für Ätzalkalien und Soda

1917–1919

Regelung des Verkehrs mit Ätzalkalien, Soda und Pottasche; Beaufsichtigung des Verkaufs und der Verwendung.

Umfang: 18 Pakete.

57.86 Zentralstelle für Petroleumverteilung G. m. b. H.

1916–1921

Beschaffung und Verteilung von Petroleum, Petroleumdestillat und Terpentinöl-Ersatz.

Umfang: 15 Pakete.

57.87 Zentralwollhandelsgesellschaft m. b. H., Leipzig

1918–1922

Umstellung des Wollhandels auf die Friedenswirtschaft (vgl. 57.24); kommissionsweise Bewirtschaftung der Bestände der Kriegswollbedarfs-A.G. (57.47) und der Kriegshadern A.G. (57.34).

Umfang: 22 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1932).

* Siehe 58.52.

57.88 **Zündholzindustriegesellschaft m. b. H.**
1919–1922

Gleichmäßige Belieferung der Zündholzfabriken mit Rohstoffen; gleichmäßige Belieferung der Händler durch die Fabriken.

Umfang: 7 Pakete.

ORGANISATIONEN DER KRIEGSERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

58.01 **Aaleinfuhrgesellschaft m. b. H., Hamburg**
1917–1921

Ankauf von Aalen und Neunaugen in Dänemark, Schweden und Holland durch Importfirmen und Zuführung an die Räuchereien.

Umfang: 8 Pakete.

58.02 **Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft**
1916–1921

Hervorgegangen aus der 1915 gegründeten Landwirtschaftlichen Auskunftsstelle für die besetzten Gebiete. – Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Unterstützung der Bewirtschaftung der besetzten Gebiete, sowie durch Lieferung und Austausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Betriebsmittel.

Umfang: 133 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 41 (1944).

58.03 **Branntweinsicherungsgesellschaft m. b. H.**
1919–1922

Hervorgegangen aus der 1915 gegründeten Kriegskartoffelgesellschaft Ost m. b. H. – Sicherung und Verwertung von Branntwein im Interesse des Reichs.

Umfang: 24 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 33 (1943).

58.04 **Buchweizenverarbeitungsstelle G. m. b. H.**
1917–1922

Regelung der Herstellung und des Absatzes von Buchweizenfabrikaten.

Umfang: 6 Pakete.

58.05 **Büro des Konsortiums für belgische Lebensmitteleinfuhr Elberfeld**
1919–1922

Verkaufsvermittlung der aus einem Vertrag der Eisenbahndirektion Elberfeld mit Belgien stammenden Lebensmittel an deutsche Abnehmer.

Umfang: 8 Pakete.

58.06 **Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel**
1919–1924

Einfuhr und Weiterleitung von Getreide, Futtermitteln, Ölsaaten und Malz.

Umfang: 115 Pakete.

58.07 **Flußfischhandelsgesellschaft m. b. H.**
1916–1922

Einfuhr und Verwertung von ausländischen Süßwasserfischen.

Umfang: 14 Pakete.

58.08 **Frischheringseinfuhrgesellschaft m. b. H.**
1916–1919

Ankauf von frischen Heringen und Sprotten in Dänemark und Schweden und Verkauf für Rechnung der Binnenländischen Kriegsfischindustrie G. m. b. H. (58.19).

Umfang: 8 Pakete.

58.09 Gemüsekonservenkriegsgesellschaft m. b. H.
Braunschweig
1916–1921

Einkauf und Verwertung aller zur Herstellung von Gemüsekonserven (außer Gurken und Sauerkraut) geeigneten Waren; Einkauf und Verwertung von Gemüsekonserven.

Umfang: 31 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 42 (1944).

58.10 Gerstenverteilungsstelle G. m. b. H.
1920–1921

Versorgung der gersteverarbeitenden Betriebe.

Umfang: 20 Pakete.

58.11 Gesellschaft zur Förderung des Fischkleinhandels m. b. H.
1918–1921

Förderung des Absatzes von Fischen und Fischereiprodukten, v. a. durch Beratung und Unterstützung von Fischkleinhandelsunternehmungen.

Umfang: 5 Pakete.

58.12 Hafereinkaufsgesellschaft m. b. H.
1915–1920

1917 Übergang der Aufgaben an die Hafernährmittelzentrale G. m. b. H. (58.13). – Einkauf von Hafer und Verteilung an die Nährmittelfabriken.

Umfang: 9 Pakete.

58.13 **Hafernährmittelzentrale G. m. b. H.**
1917–1922

Vermittlung der Belieferung der deutschen Hafernährmittelfabriken; Regelung der Herstellung und des Absatzes der Hafernährmittel. Vgl. 58.12.

Umfang: 9 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1939).

58.14 **Handelsvereinigung für Getreide, Futtermittel und Saaten G. m. b. H.**
1918–1921

1919 Betriebseinstellung zugunsten der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel (58.06). – Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland und in die verbündeten Staaten, vorwiegend aus Rußland und Rumänien.

Umfang: 6 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 10 (1938).

58.15 **Kakaowirtschaftsstelle, Hamburg**
1919–1923

Versorgung mit Kakao und Schokolade aller Art. Vgl. 58.26.

Umfang: 36 Pakete.

58.16 **Kriegsausschuß für Ersatzfutter G. m. b. H.**
1915–1921

Förderung der Herstellung und des Absatzes von Ersatzfutter aller Art; Gewinnung von Spiritus und Zucker aus Schilfrohr.

Umfang: 201 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1938); Inventare II 1 (1928).

58.17 **Kriegsausschuß**
für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H.
1916–1920

Einfuhr und Verteilung von Kaffee und Tee; Herstellung und Verteilung von Kaffee-Ersatzmitteln und Einfuhr der erforderlichen Rohstoffe.

Umfang: 22 Pakete.

58.18 **Kriegsausschuß**
für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H.
1915–1922

1919 in Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H. umbenannt. — Bewirtschaftung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten und deren Beschaffung im neutralen Ausland; Förderung des Ölsaatanbaues; Verarbeitung der Rohstoffe zu Speisefetten; Verteilung der Fertigfabrikate.

Umfang: 222 Pakete.

58.19 **Binnenländische Kriegsfischindustrie G. m. b. H.**
1916–1922

Abnahme, Bearbeitung und Absatz der durch die Frischheringseinfuhrgesellschaft m. b. H. (58.08) eingeführten Heringe und Sprotten und sonstiger Fische.

Umfang: 1 Paket.

58.20 **Kriegsfischindustrie Elbe G. m. b. H., Altona**
1916–1919

Verarbeitung frischer Seefische und Heringe.

Umfang: 5 Pakete.

58.21 **Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse m. b. H.**
1916–1921

Ein- und Verkauf von Frischgemüse zu Dörrzwecken; Ein- und Verkauf von Dörrgemüse.

Umfang: 27 Pakete.

58.22 **Kriegsgesellschaft**
für Obstkonserven und Marmeladen m. b. H.
1916–1922

Einkauf und Verwertung aller zur Herstellung von Obstkonserven und Marmeladen geeigneten Waren; Einkauf und Verwertung von Obstkonserven.

Umfang: 80 Pakete.

58.23 **Kriegsgesellschaft für Sauerkraut m. b. H.**
1916–1923

Beschaffung von Weißkohl und Rüben und deren Verteilung an die Sauerkrautfabriken; Absatz von Sauerkraut an Heer und Zivilbevölkerung.

Umfang: 32 Pakete.

58.24 **Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung m. b. H.**
1916–1921

Versorgung der Bevölkerung mit den Erzeugnissen der Teichwirtschaft; Regelung der Preisbildung.

Umfang: 1 Paket.

58.25 **Kriegsgesellschaft für Weinobsteinkauf und -verteilung m. b. H.**
1916–1920

1917 Übergang der Aufgaben auf die Reichsstelle für Gemüse und Obst (58.39). – Einkauf von Kern-, Beeren- und Weinobst und Verteilung zur Herstellung von Obstweinen; Regelung der Preisbildung.

Umfang: 2 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 21 (um 1942).

58.26 **Kriegskakaogesellschaft m. b. H., Hamburg**
1916–1921

1919 Übergang der Aufgaben auf die Kakaowirtschaftsstelle (58.15). – Vertrieb von eingeführtem Kakao und von Kakaoerzeugnissen.

Umfang: 8 Pakete.

58.27 **Kriegsküstenfischerei Unterelbe G. m. b. H. Hamburg**
1917–1921

Handel mit Fischen und Fischprodukten aus dem Küstengebiet Unterelbe.

Umfang: 14 Pakete.

58.28 **Kriegsnährmittelgesellschaft m. b. H.**
1916–1920

Unter Aufsicht der Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier (58.41). – Förderung der Herstellung und Verwertung von Nährmitteln, v. a. von Suppenfabrikaten.

Umfang: 13 Pakete.

58.29 **Kriegsrübensaftgesellschaft m. b. H.**
1916–1921

1919 in Reichsrübensaftgesellschaft m. b. H. umbenannt. – Verwertung von Rübensaft und Speisesirup jeder Art.

Umfang: 52 Pakete.

58.30 **Schleswig-Holsteinsche Kriegsschaltiergesellschaft m. b. H., Heide**
1917–1922

Hervorgegangen aus dem 1916 gegründeten Schleswig-Holsteinschen Nordseemuschelbetrieb G. m. b. H., Büsum. – Handel mit Krabben, Muscheln, Fischen und daraus hergestellten Konserven.

Umfang: 8 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 22 (um 1942).

58.31 **Reichsfischversorgung G. m. b. H.**
1918–1922

Geschäftliche Durchführung der Aufgaben des Reichskommissars für Fischversorgung (58.38). – Versorgung mit Fischen, Fischprodukten, Schal- und Krustentieren.

Umfang: 60 Pakete.

58.32 **Reichsfleischstelle (Reichsstelle für die Versorgung mit Fleisch und Vieh)**
1916–1922

Regelung der Fleischversorgung von Heer und Zivilbevölkerung durch Aufbringung im Reichsgebiet und Verteilung der Einfuhr aus dem Ausland.

Umfang: 120 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 46 (1944).

58.33 **Reichsfuttermittelstelle**
1915–1920

Sicherstellung und Verteilung der inländischen und eingeführten Futtermittel.

Umfang: 132 Pakete.

58.34 **Reichsgesellschaft für deutsches Milchkraftfutter m. b. H.**
1916–1922

1920 zum Seegefelder Futter- und Trockenwerk G. m. b. H. umgewandelt. – Verwertung von Speiseresten, Küchenabfällen und sonstigen geeigneten Abfällen zu Futterzwecken, v. a. zu Milchkraftfutter.

Umfang: 23 Pakete.

58.35 **Reichsgetreidestelle**
1915–1932

Regelung des Verbrauchs und der Verteilung von Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse. – Erwerb, Lagerung und Verwaltung; Belieferung des Heeres, der Kommunalverbände und der Betriebe. Vgl. 58.36.

Umfang: 319 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 10 (1938).

58.36 **Reichshülsenfruchtstelle G. m. b. H.**
1916–1920

1917 Übergang der Aufgaben auf die Reichsgetreidestelle (58.35). – Beschaffung, Verarbeitung und Vertrieb von Buchweizen, Hülsenfrüchten und Hirse.

Umfang: 65 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1928); Inventare II 2 (1928).

58.37 **Reichskartoffelstelle**
1915–1922

Regelung des Verbrauchs und der Verteilung von Kartoffeln.

Umfang: 114 Pakete.

58.38 **Reichskommissar für Fischversorgung**
1916–1920

Geschäftliche Durchführung der Aufgaben durch die Reichsfischversorgung G. m. b. H. (58.31). – Regelung der Preise und des Absatzes von Fischen; Maßnahmen zur Hebung des Fischfanges; Einfuhr und Verteilung ausländischer Fische.

Umfang: 56 Pakete.

58.39 **Reichsstelle für Gemüse und Obst**
1916–1923

Förderung der Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst. Vgl. 58.25.

Umfang: 158 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 47 (1944).

58.40 **Reichsstelle für Speisefette**
1916–1922

Regelung des Verbrauchs und der Verteilung von Speisefetten aus Inlandserzeugung und Einfuhr; Regelung der Preisbildung.

Umfang: 139 Pakete.

58.41 **Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier**
1916–1920

Hervorgegangen aus der 1916 gegründeten Reichsverteilungsstelle für Eier. – Verteilung von Nährmitteln, Nährmittelprodukten und Eiern aus Inlandserzeugung und Einfuhr. Vgl. 58.28.

Umfang: 39 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 44 (1944).

58.42 **Reichszuckerausgleichsgesellschaft m. b. H.**
1916–1922

Ausgleich der Zuckerpreise bei den Verbrauchszuckerfabriken.

Umfang: 21 Pakete.

58.43 **Reichszuckerstelle**
1916–1922

Regelung des Verbrauchs und der Verteilung von Zucker und Süßstoff.

Umfang: 162 Pakete.

58.44 **Salzheringseinfuhrgesellschaft m. b. H., Stettin**
1918–1922

Einfuhr von Salzheringen, Makrelen und ähnlichen Erzeugnissen.

Umfang: 29 Pakete.

58.45 **Deutsche Tabakhandelsgesellschaft von 1916 m. b. H.**
1916–1922

Bremen (Auslandsgesellschaft): Regelung der Verteilung von Rohtabaken (außer orientalischen Tabaken).

Mannheim (Inlandsgesellschaft): Erwerb und Vertrieb des im Inland erzeugten Tabaks.

Umfang: 28 Pakete.

58.46 **Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft m. b. H.**
1914–1922

Verwertung der Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation. Vgl. 57.79.

Umfang: 28 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 25 (1943).

58.47 **Überwachungsausschuß für Fleischeinfuhr**
1920–1921

Regelung der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren.

Umfang: 26 Pakete.

58.48 **Vollzugsausschuß der drei Lebensmittelzentralen**
1916–1918

Kartell der Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin, der Österreichischen Zentraleinkaufs-Gesellschaft Wien und der Kriegsprodukten A. G. Budapest. – Zunächst für die Fischeinfuhr geschlossen, 1918 besonders in der Ukraine tätig.

Umfang: 41 Pakete.

58.49 **Weinhandelsgesellschaft m. b. H.**
1917–1922

Einfuhr und Verteilung von Wein unter besonderer Berücksichtigung des Heeresbedarfs.

Umfang: 102 Pakete.

58.50 Wirtschaftsgesellschaft der Deutschen Ölmühlen m. b. H.
1917–1930

Versorgung der Ölmühlen mit Rohstoffen; Regelung der Herstellung und des Absatzes.

Umfang: 10 Pakete.

58.51 Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H.
1915–1926

Hervorgegangen aus dem 1914 gegründeten Reichseinkauf, Hamburg; Gesellschafterin und Aktionärin zahlreicher Kriegsgesellschaften, Monopolträgerin für Import und Absatz der wichtigsten Lebensmittel. Vgl. 58.52. – Einfuhr von Vorräten aller Art, v. a. von Lebens- und Futtermitteln, aus dem neutralen Auslande.

Umfang: 785 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (2 Bde. 1937); Inventare II 7 (1937).

58.52 Zentraleinkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H. Berlin und Brüssel
1915–1929

Tochtergesellschaft der Zentraleinkaufsgesellschaft (58.51). – Einkauf von Lebensmitteln, Metallen, Chemikalien und Rohstoffen in Belgien.

Umfang: 60 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1937); Inventare II 8 (1938).

58.53 Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung
1914–1921

Beschaffung des gesamten Heeresbedarfs an Getreide, Heu, Stroh und lebendem Vieh.

Umfang: 104 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 29 (um 1943).

58.54 **Zentralstelle für das Trocknungswesen**
1916 bis nach 1919

1919 zur Trocknungszentrale G. m. b. H. umgewandelt. – Förderung der Herstellung von Trockenerzeugnissen.

Umfang: 4 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 26 (1943).

58.55 **Zigarettentabakeinkaufsgesellschaft m. b. H., Dresden**
1915–1922

Versorgung der deutschen Zigarettenindustrie durch Einfuhr und Verteilung von orientalischem Zigarettenrohtabak.

Umfang: 105 Pakete.

SONSTIGE KRIEGSWIRTSCHAFTSORGANISATIONEN

59.01 **Feuerversicherungsstelle der Kriegsgesellschaften**
1917–1921

1920 zur Reichsfeuerversicherungsstelle, dann zur Versicherungsstelle kriegswirtschaftlicher Betriebe umgewandelt. – Versicherung sämtlicher Kriegsgesellschaften gegen Feuer-, Blitz- und Explosionsschäden.

Umfang: 6 Pakete
Archivhilfsmittel: Inventare II 34 (1943).

59.02 **Reichsabrechnungsstelle Hamburg G. m. b. H.**
1919–1922

Hervorgegangen aus der 1919 gegründeten Reederei-Abrechnungsstelle G. m. b. H. Hamburg. – Abwicklung von Geschäften und Vornahme von Verrechnungen, v. a. in Zusammenhang mit der Vercharterung der deutschen Handelsschiffe an den Feindbund während des Waffenstillstandes.

Umfang: 22 Pakete.

59.03 **Reichskommissar für die Deutsche Seeversicherungsgesellschaft von 1914 A. G.**
1914–1921

Beaufsichtigung der Deutschen Seeversicherungsgesellschaft von 1914 A. G. (59.07). – 1921 Übernahme der Geschäfte durch das Reichsschatzministerium (22.01).

Umfang: 50 Bde.
Archivhilfsmittel: Findbuch (1939).

59.04 **Reichskommissar für die Deutsche Versicherungsbank G. m. b. H.**
1916–1921

Beaufsichtigung der Deutschen Versicherungsbank G. m. b. H. (59.10). – 1921 Übernahme der Geschäfte durch das Reichsschatzministerium (22.01).

Umfang: 66 Bde.
Archivhilfsmittel: Findbuch (1939).

59.05 **Reichskreditgesellschaft m. b. H.**
1922–1923

Hervorgegangen aus der 1919 gegründeten Reichskredit- und Kontrollstelle G. m. b. H.; ab 1924 private Aktiengesellschaft zur Durchführung von Bank- und Börsengeschäften aller Art. – Abwicklung der in Liquidation befindlichen Kriegsgesellschaften, bei denen der Reichsfiskus beteiligt war.

Umfang: 316 Pakete.

59.07 **Deutsche Seeversicherungsgesellschaft von 1914 A. G. Hamburg**
1914–1921

Unter Aufsicht eines Reichskommissars (59.03); 1921 zur Deutschen Seeversicherungs-A.G. Hamburg als reine Privatgesellschaft umgewandelt. – Versicherung von Schiffen und Ladungen bei See- und Landtransport unter Reichsbeteiligung gegen das erhöhte Kriegsrisiko. Vgl. 59.10.

Umfang: 3 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1941).

59.09 **Deutsche Transportzentrale G. m. b. H.**
1918–1922

Durchführung und Unterstützung von Speditionen und Transporten, Lagerungen sowie von Lager- und Transportversicherungen.

Umfang: 72 Pakete.

59.10 **Deutsche Versicherungsbank G. m. b. H.**
gegr. 1916

Gegründet zur Entlastung der Deutschen Seeversicherungsgesellschaft von 1914 A. G. (59.07) unter Übernahme der bei dieser gebildeten Abrechnungsstelle; unter Aufsicht eines Reichskommissars (59.04); seit 1920 in Liquidation (bei Ende des zweiten Weltkrieges noch nicht beendet). – Übernahme besonders hoher Kriegsrisiken bei der Versicherung von See- und Landtransporten auf das Reich.

Umfang: 86 Pakete
Archivhilfsmittel: Findbuch (1940).

NACHLÄSSE.

NACHLÄSSE

In dieser Gruppe sind alle Nachlässe und Nachlaßreste ohne Rücksicht auf den Umfang zusammengefaßt. Maßgebend für die Aufstellung eines Bestandes als Nachlaß ist das Vorhandensein eines Empfängerzusammenhangs, d. h. die tatsächliche und vorwiegende Beziehung auf die Person des Nachlassers.* Angeschlossene nachlaßfremde Teile sind jeweils mit der Bemerkung „Dabei" gesondert aufgeführt. – Die Nachlässe sind noch unverzeichnet. Die Angaben über Umfang und Zeitraum haben daher weitgehend vorläufigen Charakter.

Alpers, Friedrich (* 1901) 60 Al 1

Rechtsanwalt, Braunschweigischer Justiz- und Finanzminister, Staatssekretär und Generalforstmeister im Reichsforstamt.

1 Hefter (1930–1932). – Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit als Braunschweigischer Landtagsabgeordneter der NSDAP.

Anker, Kurt (1882–1935) 60 An 1

Major, Ordonnanzoffizier des Kronprinzen Wilhelm, Herausgeber und Redakteur von „Anker's Militärpolitischer Wochenschau".

8 Hefter (1919–1932). – Schriftwechsel mit Parteien und Vereinen, mit Verlagen, Zeitungsredaktionen, Behörden und mit Militär- und Privatpersonen.

* Vgl. Gerhard Schmid, Probleme des Nichtstaatlichen Archivguts im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: Archivmitteilungen 6 (1956), S. 48 f. – Auf Grund dieser Neuordnung gibt Wolfgang Mommsen, Die schriftlichen Nachlässe in den zentralen deutschen und preußischen Archiven, Koblenz 1955 (Schriften des Bundesarchivs 1), nicht mehr den jetzigen Stand für die Nachlässe des Deutschen Zentralarchivs Potsdam.

Bareiß, Louis (1823–1897) 60 Ba 1

Fabrikant in Göppingen, württembergischer liberaler Politiker.

1 Briefband (1854–1860). – 109 Briefe von Gustav Diezel.

Bassermann, Ernst (1854–1917) 60 Ba 2

Rechtsanwalt, nationalliberaler Politiker.

1 Karton (1902–1913). – Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Nationalliberalen Partei.

Below, v. 60 Be 1

Gutsbesitzer in Lugowen (Ostpr.).

1 Mappe, 4 Umschläge (1833–1896). – Familiennachlaß: Briefe vorwiegend von Verwandten an Carl v. Below, seine Gattin Cäcilie geb. Gräfin v. Dönhoff und deren Töchter Emma und Pauline. Tagebuchaufzeichnungen von Emma v. Below, Hofdame der Kronprinzessin Friedrich.

Binzer, Max v. (* 1866) 60 Bi 1

Chefredakteur der „Elbinger Zeitung", Mitarbeiter der „Berliner Neuesten Nachrichten".

1 Umschlag (1897–1902). – Geschäftsnachlaß, u. a. betr. Besitzverhältnisse und politische Haltung der „Berliner Neuesten Nachrichten".

Block, Paul (1862–1934) 60 Bl 1

Schriftsteller, Redakteur und Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblatts".

1 Umschlag (1917–1919). – 30 Briefe, Karten und Telegramme des pazifistischen Schriftstellers Fritz v. Unruh.

Bosbach, Wilhelm (1887–1945) 60 Bo 1

Gewerkschaftssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Bayern.

1 Umschlag (1920–1929). – Schriftwechsel mit und über Matthias Erzberger.

Bracht, Franz (1877–1933) 60 Br 1

Oberbürgermeister von Essen; Reichskommissar für Preußen, Reichsminister des Innern.

2 Ordner (1932–1933). – Geschäftsnachlaß.

Bucher, Lothar (1817–1892) 60 Bu 1

Publizist, Legationsrat im Auswärtigen Amt, enger Mitarbeiter Bismarcks.

1 Mappe (1890–1891), 13 Hefter (1928–1932). – Stenogramm Lothar Buchers zu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen".* – Dabei: 4 Briefe Buchers. Übertragung des Stenogramms durch den Reichstagsstenographen Dr. Ackermann (1930). Schriftwechsel des Rowohlt-Verlages über die Veröffentlichung des Stenogramms (1928–1932).

Buchka, Gerhard v. (1851–1935) 60 Bu 2

Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt.

1 Umschlag (1898–1899). – 9 Briefe des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg.

* Otto v. Bismarck, Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe), Bd. 15, Berlin (1932), S. I f., 603 ff.

Devrient, Ludwig (* 1894) 60 De 1

Fabrikant in Leipzig.

1 Karton (1806–1943). – Familien- und Geschäftspapiere. Wertpapiere. – Dabei: Sammlung von Autographen und Bildern von Mitgliedern der Schauspielerfamilie Devrient.

Dix, Arthur (1875–1935) 60 Di 1

Nationalökonom, Publizist, Herausgeber des „Deutschen Boten".

26 Kartons (1896–1931). – Politischer Schriftwechsel mit Redaktionen, Parteien, Vereinen und einzelnen Politikern. Umfangreiche Sammlung von Zeitungen und Zeitschriften mit politischen und wirtschaftspolitischen Artikeln von Dix.

Doniol, Henri (1818–1906) 60 Do 1

Französischer Historiker, Präfekt des Departements Meurthe-et-Moselle, Direktor der Staatsdruckerei.

1 Mappe (1871–1886). – Briefe von Edwin v. Manteuffel als Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee in Frankreich, größtenteils in Abschriften. Briefe des Comte de Saint-Vallier, außerordentlichen Regierungskommissars bei der deutschen Besatzungsarmee. Weitere Briefabschriften und Vorarbeiten zu Doniols Buch „M. Thiers, le comte de Saint-Vallier, le général de Manteuffel. Libération du territoire 1871–1873" (Paris 1898).

Doepler, Karl Emil (1824–1905) 60 Do 2

Maler.

1 Umschlag (1886–1898). – 11 Briefe von Politikern und Generälen.

Dreifert, Hugo (1862–1925) 60 Dr 1

Oberbürgermeister von Cottbus.

23 Bände, 1 Umschlag (1897–1925). – Handakten betr. den Deutschen Städtetag.

Du Bois-Reymond, Marie

60 Du 1

Schriftstellerin, Gattin des Mediziners Prof. Claude du Bois-Reymond (1855–1925).

5 Mappen (1914–1921). – Zeitungsausschnitte und Manuskripte über politische Probleme Ostasiens.

Duhmer, Wilhelm (* 1884)

60 Du 2

Oberbürgermeister von Görlitz, Sachverständiger beim Rechnungshof des Deutschen Reichs.

3 Ordner, 11 Mappen (1926–1940). – Geschäftsnachlaß u. a. aus seiner Tätigkeit als Vertrauensmann für Frau v. Kardorff in der Vergleichsverhandlung Kardorff–Ackermann, als Vorsitzender der Schiedsstelle für die Ausfuhrbeförderungsumlage bei der Reichsgruppe Energiewirtschaft und als Sachverständiger in der Enteignungssache Reichsfiskus (Kriegsmarine) gegen die Firmen „Hedwigshütte" und „Sehl", Stettin. Ausschnitte und Zeitungsartikel zu verwaltungsrechtlichen Fragen.

Duncker, Franz (1822–1888)

60 Du 3

Verleger, Mitbegründer der Fortschrittspartei.

1 Karton (1845–1882). Briefe der Familie an Duncker. Briefwechsel mit seiner Gattin. Briefe von politischen Freunden und Gegnern. Politische Aufzeichnungen. – Dabei: Briefe an Dunckers Gattin.

Emin Pascha (Eduard Schnitzer) (1840–1892)

60 Em 1

Afrikaforscher.

1 Mappe (1840–1917). – Tagebuchaufzeichnungen 1890/91. Briefe u. a. von Georg Schweitzer und König Muanga von Uganda. – Dabei: Briefe Emin Paschas an seine Angehörigen und Freunde. Briefe anderer an seine Schwester Melanie Schnitzer. Zeitungsausschnitte über Emin Pascha.

Enckevort, Gerhard v. (* 1868) 60 En 1

Generalmajor, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser".

1 Hefter (1932). – Geschäftsnachlaß betr. die Stellungnahme des Reichskriegerbundes zur Reichspräsidentenwahl 1932.

Franz, Rudolf (* 1882) 60 Fr 1

Redakteur und Schriftsteller.

2 Mappen (1912–1917). – 84 Briefe und Karten des Redakteurs der „Bremer Bürgerzeitung" Knief.

Friedberg, v. 60 Fr 2

1 Bündel (1878–1894). – Familiennachlaß: Briefe des preuß. Justizministers Heinrich v. Friedberg (1813–1895) und seiner Gattin an ihre Kinder.*

Fries, Hugo (1818–1889) 60 Fr 3

Thüringischer liberaler Politiker, Mitbegründer des Nationalvereins.

1 Umschlag (1848–1875). – Reden, Aufsätze und Briefe politischen Inhalts.

Gallera-Swiderska, Eva Freifrau v. 60 Ga 1

30 Umschläge (1861–1925). – Briefe z. T. politischen Inhalts, vorwiegend Kriegsbriefe.

* Rest des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Gelber, Adolf (1856–1923) 60 Ge 1

Schriftsteller, Redakteur des „Neuen Wiener Tageblatts".

1 Mappe (1893–1911). – 59 Briefe und Karten von Maximilian Harden.

Gemming, Alfred (* 1884) 60 Ge 2

Oberregierungsrat bei der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres.

1 Karton (1907–1929). – Schriftwechsel als Vorsitzender des Chemnitzer Arbeitsausschusses des Nationalvereins für das liberale Deutschland. Zeitungsausschnitte und Druckschriften zur deutschen Innenpolitik, v. a. zu Fragen des Sozialismus. Materialsammlung u. a. zur Abstammung Richard Wagners und Bethmann Hollwegs im Zusammenhang mit der Judenfrage.

Gerstenberger, Liborius (1864–1925) 60 Ge 3

Katholischer Geistlicher, führendes Mitglied der Bayerischen Volkspartei.

1 Mappe (1904–1925). – Schriftwechsel, Eingaben und Petitionen v. a. aus seiner Tätigkeit als Reichstags- und bayerischer Landtagsabgeordneter.

Grimm, August Theodor v. (1804–1878) 60 Gr 1

Schriftsteller, Erzieher am Zarenhof, russischer Staatsrat.

16 Umschläge (1861–1877). – Tagebuchaufzeichnungen aus seinen letzten Lebensjahren in Berlin und Wiesbaden.

Harden, Katharina, geb. Joost 60 Ha 1

Gattin des Schriftstellers Maximilian Harden (1861–1927).

7 Mappen, 1 Umschlag (1885–1910). – Briefe Maximilian Hardens.

Hartmann, Bertha 60 Ha 2

Gattin des Schriftstellers Moritz Hartmann (1821–1872).

1 Mappe (1868–1883). – Briefe von Anna Fürstin Trubetzkoi, ihrer Tochter Katharina Fürstin Orloff und deren Gatten Nikolai Fürsten Orloff. – Dabei: Briefe Katharina Fürstin Orloffs an ihren Lehrer Moritz Hartmann. Vgl. 60 Or 1.

Heine, Wolfgang (1861 bis nach 1932) 60 He 1

Rechtsanwalt, sozialdemokratischer Politiker, preußischer Justiz- und Innenminister.

2 Kartons (1892–1930). – Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und als Reichstagsabgeordneter.*

Hoffmann, Theodor 60 Ho 1

Hauptmann.

1 Bündel (1892–1918). – Unterlagen und Schriftwechsel v. a. mit dem preußischen Kriegsministerium über die Stadterweiterung von Metz.

Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich (1798–1874) 60 Ho 2

Dichter und Literaturhistoriker.

2 Kartons (1830–1880). – Briefe von Freunden und Bekannten. Dabei: Briefe, Rezensionen und Zeitungsartikel über Hoffmann von Fallersleben. Tagebücher seiner Frau (1850–1851).

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst v. (1819–1901) 60 Ho 3

Bayerischer Ministerpräsident, Statthalter von Elsaß-Lothringen, Reichskanzler und Preußischer Ministerpräsident.

* Rest des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

1 Mappe (1866–1880). – Tagebücher aus den Jahren 1866–1872. Schriftwechsel und Aufzeichnungen aus seiner politischen Tätigkeit. Briefe u. a. von Otto Herzog zu Bayern, Bernhard Ernst v. Bülow, Herbert v. Bismarck und Präsident Thiers.

Hölscher, Walter (* 1872) 60 Ho 4

Generaloberarzt, Regierungsmedizinalrat.

2 Ordner (1925–1933). – Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter des württembergischen Landtags betr. eine parlamentarische Studienreise von Reichstags- und Landtagsabgeordneten und Vertretern der Wirtschaft in die Donaustaaten. Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit als 1. Bundesobmann des Andreas-Hofer-Südmarkbunds (vgl. 54 An 1).

Holstein, Friedrich Freiherr v. (1837–1909) 60 Ho 5

Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.

12 Umschläge (1858–1909). – Personalpapiere. Briefe von Verwandten. Briefe von Staatsmännern, u. a. von Bernhard Fürst v. Bülow, Alfred v. Kiderlen-Wächter und Philipp Fürst zu Eulenburg.

Huber, Viktor Aimé (1800–1869) 60 Hu 1

Literaturhistoriker und Sozialpolitiker.

1 Karton (1812–1868). – Briefe Hubers an seine Mutter (1812–1828). Einige Briefe Hubers an Freunde und Kollegen (1850–1868).*

Itzstein, Johann Adam v. (1775–1855) 60 It 1

Badischer liberaler Politiker.

1 Umschlag (1845–1853). – 7 Briefe von Friedrich Hecker und dessen Vater. Aufzeichnungen Itzsteins.

* Rest des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Jacobson, Walter 60 Ja 1

Bankier, Finanzkommissar bei der Waffenstillstandskommission in Spa.

2 Kartons (1916–1922). – Geschäftsnachlaß.

Jähns, Max (1837–1900) 60 Ja 2

Major, Militärhistoriker.

1 Umschlag (1879–1893). – 6 Briefe und Karten von Historikern, u. a. von Maximilian Duncker und Heinrich v. Sybel.

Kaempf, v. Reedern 60 Ka 1

2 Kartons (1903–1937). – Familiennachlaß: Briefe, v. a. Glückwunsch- und Beileidsschreiben, an den Reichstagspräsidenten Johannes Kaempf. Schriftwechsel weiterer Familienmitglieder, v. a. Briefe an seine Nichte Ilse v. Reedern zum Tode ihres Vaters 1937. Photographien, Postkartensammlung.

Kayser, Paul (1845–1898) 60 Ka 2

Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt.

1 Umschlag (1892–1894). – 3 Briefe von Bismarcks Mitarbeiter Dr. Scharlach und Legationsrat Freiherrn v. Nordenflycht.*

Knorr, Julius (1826–1881) 60 Kn 1

Herausgeber der „Münchener Neuesten Nachrichten".

1 Umschlag (1854–1874). – Briefe von Politikern und Redakteuren, u. a. von Georg Hirth, Heinrich Marquardsen, Leopold Sonnemann und seinem Freund August Napoleon Vecchioni, Redakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten". – Dabei: Briefe und Zettel Knorrs an politische Freunde.

* Nicht Teil des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Köhler, Franz (* 1868) 60 Ko 1

Evangelischer Geistlicher und theologischer Schriftsteller in Berlin.

1 Mappe (1914–1926). – Briefe seines Freundes Pfarrer Ludwig Wessel. Privater und beruflicher Schriftwechsel.

Kolb, Gustav (1810–1892) 60 Ko 2

Redakteur der „Allgemeinen Zeitung" in Augsburg.

1 Umschlag (1835–1857). – 21 Briefe, v. a. politischen Inhalts, u. a. von Karl Mathy, Moritz v. Mohl, Karl Vogt und Heinrich Wuttke. – Dabei: Einige Briefe an die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" und den Redakteur Oskar Peschel.

Körting, Fritz 60 Ko 3

Ingenieur, politischer Schriftsteller, Mitglied des Reichsausschusses zur Aufstellung nationaler Kandidaten.

1 Umschlag (1918–1927). – 12 Briefe, u. a. von Admiral Scheer, Admiral Graf Baudissin, Oberst Bauer und Polizeipräsident v. Jagow.

Le Jeune, Jules (1828–1911) 60 Le 1

Belgischer Justizminister.

1 Umschlag (1896). – Schriftwechsel mit Julius Bachem.

Le Seur, Paul (* 1877) 60 Le 2

Evangelischer Geistlicher.

1 Ordner (1919–1934). – Schriftwechsel und Materialsammlung über die Erschießung der englischen Krankenschwester Edith Cavell als Spionin.

Lette, Wilhelm Adolf (1799–1868) 60 Le 3

Sozialpolitiker, Präsident des preußischen Revisionskollegiums für Landeskultursachen.

1 Umschlag (1851–1858). – 7 Briefe, v. a. von früheren Mitgliedern der Frankfurter Nationalversammlung.

Liebermann von Sonnenberg, Max (1848–1911) 60 Li 1

Offizier, konservativ-antisemitischer Politiker und Publizist.

4 Mappen (1873–1910). – Manuskripte zur Geschichte der Kriegskunst. Politischer Schriftwechsel. Unterlagen zum Beleidigungsprozeß Dr. Hermes' gegen Liebermann von Sonnenberg.

Moldenhauer, Paul (1876–1947) 60 Mo 1

Versicherungswissenschaftler, Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen bzw. der Deutschen Volkspartei, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzminister.

1 Mappe (1905–1919). – Notizen und Aufzeichnungen zu politischen und parteipolitischen Fragen. Zeitungsausschnitte.

Morgenstern, Lina, geb. Bauer (1830–1909) 60 Mo 2

Schriftstellerin, Sozialfürsorgerin.

1 Umschlag (1898–1905). – 10 Briefe und Karten von Frauenrechtlerinnen und von dem Generalsekretär des Friedenskongresses im Haag, Eyk.

Müldner von Mülnheim, Louis 60 Mu 1

Major, persönlicher Adjutant des Kronprinzen Wilhelm.

1 Karton (1858–1934). – Familienpapiere. Schriftwechsel v. a. politischen Inhalts.

Müller, Heinz (1896–1945) 60 Mu 2

Hessischer Staatsminister, Oberbürgermeister von Darmstadt, Oberfinanzpräsident in Köln, Präsident des Rechnungshofs des Deutschen Reichs.

5 Kartons, 5 Ordner (1914–1945). – Persönliche Unterlagen und privater Schriftwechsel. Umfangreicher Geschäftsnachlaß aus seiner dienstlichen Tätigkeit und aus nebenamtlichen Stellungen, u. a. als Gauwalter des NS-Rechtswahrerbundes für Brandenburg, Obmann im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik des Reichsministeriums des Innern und der Reichsleitung der NSDAP und Aufsichtsratsmitglied der hessischen Elektrizitäts A.G. (HEAG). Schriftwechsel mit Verwaltungsakademien, Verlagen, wissenschaftlichen und politischen Institutionen.

Mumm, Reinhard (1873–1932) 60 Mu 3

Evangelischer Geistlicher, christlich-konservativer Politiker.

175 Pakete (1905–1932). – Geschäftsnachlaß vorwiegend aus seiner Tätigkeit als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter.

Mussehl, Fritz (* 1885) 60 Mu 4

Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Vizepräsident des Rechnungshofs des Deutschen Reichs.

2 Kartons (1938–1945). – Persönliche Unterlagen und privater Schriftwechsel v. a. mit Korpsbrüdern. Geschäftsnachlaß aus seiner dienstlichen Tätigkeit, v. a. Schriftwechsel mit der Akademie für Deutsches Recht und mit Prof. Felix Boesler über finanzpolitische Fragen. Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit im OKW, Stab des Sonderbeauftragten General d. Inf. v. Unruh. Schriftwechsel mit dem früheren Präsidenten des Rechnungshofs Saemisch über die List-Stiftung.

Nachstaedt, Albert (1862–1945) 60 Na 1

Ministerialrat im Rechnungshof des Deutschen Reichs.

1 Umschlag (1896–1924). – Manuskript: „Der deutsche Kriegsplan 1914". 4 Briefe des schwedischen Oberleutnants Lars Hermann Tingsten, Stockholm. Zeitungsausschnitte.

Nahmer, Ernst v. d. (1862–1919) 60 Na 2

Vertreter der „Kölnischen Zeitung" in Konstantinopel.

1 Karton (1899–1913). – Aufzeichnungen und Zeitungsausschnitte über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Vorderasien und über deutsch-türkische Beziehungen.

Obkircher, Walter (1872–1948) 60 Ob 1

Oberstleutnant, Oberarchivrat im Reichsarchiv, Direktor bei der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres.

7 Kartons (1905–1945). – Material- und Quellensammlung zu kriegsgeschichtlichen Forschungsarbeiten. Schriftwechsel zu politischen, v. a. kriegsgeschichtlichen Fragen. Photographien.

Orloff, Katharina Fürstin, geb. Fürstin Trubetzkoi (1840–1875) 60 Or 1

Gattin des russischen Diplomaten Nikolai Fürsten Orloff (1827 bis 1885).

1 Umschlag (1863–1879). – 13 Briefe und 1 Visitenkarte Bismarcks. 3 amtliche Schreiben Bismarcks betr. den Wohnsitz der Familie Orloff, Schloß Bellefontaine bei Fontainebleau. – Dabei: 5 Briefe Bismarcks an Nikolai Fürsten Orloff. Vgl. 60 Ha 2.

Oser, Rudolf (1885–1926) 60 Os 1

Preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten, Reichsinnen- und Reichsverkehrsminister.

1 Bd. (1921). – Schriftwechsel und Unterlagen über eine Revision des Versailler Vertrages.

Ötker, Friedrich (1809–1881)

60 Ot 1

Hessischer liberaler Politiker, Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins.

2 Mappen (1861–1862). – Schriftwechsel. Zeitungen und Druckschriften zur kurhessischen Verfassungsfrage.*

Popert, Hermann Martin (1871–1932)

60 Po 1

Sozialpolitiker und Schriftsteller, Herausgeber des „Vortrupp".

1 Bd. (1917–1923). – Politischer Schriftwechsel, u. a. mit Bethmann Hollweg und Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung.

Puttkamer, Jesco v. (1855–1917) 60 Pu 1

Kommissar für Togo, Gouverneur von Kamerun.

1 Karton (1890–1907). – Geschäftsnachlaß aus seiner kolonialpolitischen Tätigkeit.

Ripke, Axel (* 1880) 60 Ri 1

Schriftsteller.

1 Umschlag, 5 Hefter (1914–1935). – Materialsammlung und Entwürfe zu politischen Zeitfragen, u. a. „Offener Brief" an den Theologen Karl Barth.

Roenneberg 60 Ro 1

Präsident des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V., Reichsbeauftragter für die Reichsverbände des Haus- und Grundbesitzes.

1 Ordner (1933). – Geschäftsnachlaß.

* Rest des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Roesicke, Gustav (1856–1924) 60 Ro 2

Konservativer Politiker, Mitbegründer und Vorsitzender des Bundes der Landwirte, später Präsident des Reichslandbundes.

4 Kartons (1872–1924). – Geschäftsnachlaß, v. a. aus seiner Tätigkeit als Präsident des Reichslandbundes und als Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Private Unterlagen und Schriftwechsel, v. a. mit seinem Schwiegersohn Egloff v. Tippelskirch.*

Schian, Martin (* 1869) 60 Schi 1

Professor der Theologie in Gießen, Generalsuperintendent in Breslau.

1 Karton (1915–1916). – Rundschreiben, Erhebungen und Berichte verschiedener Kirchenbehörden über die Tätigkeit der Kirche im 1. Weltkrieg als Unterlagen für eine Darstellung.**

Schlözer, Kurd v. (1822–1894) 60 Schl 1

Geschichtsschreiber, Gesandter in Washington und beim Vatikan.

1 Umschlag (1871–1893). – 18 Briefe und Telegramme, u. a. von Rudolf v. Bennigsen und Herbert v. Bismarck.***

Schulz, Richard (1862–1947) 60 Schu 1

Generalmajor, Mitarbeiter bei der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres.

2 Kartons (1914–1947). – Materialsammlungen, Aufsätze, Skizzen und Karten zum Verlauf des ersten und v. a. des zweiten Weltkrieges.

* Zum Teil Rest des umfangreichen Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

** Martin Schian, Die deutsche evangelische Kirche im Weltkriege. 2 Bde. Berlin 1921, 1925.

*** Nicht Teil des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Schweig, Helmut (* 1893) 60 Schw 1

Regierungs- und Schulrat.

1 Umschlag (1930–1944). – Schriftwechsel und Ausarbeitungen zu Reden, v. a. aus seiner Tätigkeit als Gauamtsleiter des NS-Lehrerbundes Saar (bis 1935).

Schweinitz, Hans Lothar v. (1822–1901) 60 Schw 2

General, deutscher Botschafter in Petersburg.

1 Mappe (1878–1892). – 70 Briefe des russischen Außenministers v. Giers.

Schweitzer, Georg (1850–1940) 60 Schw 3

Major, Publizist.

1 Mappe (1891–1922). – Schriftwechsel über den Nachlaß Emin Paschas (vgl. 60 Em 1). Schriftwechsel des Vereins „Deutsche antarktische Expedition".

Schweninger, Ernst (1850–1924) 60 Schw 4

Hausarzt Bismarcks.

1 Karton (1883–1919). – Briefe von Kollegen, Patienten und Freunden.*

Selenka, Margarete Leonore 60 Se 1

Vorsitzende des Friedenskonferenz-Komitees in München, Gattin des Zoologen Emil Selenka (1842–1902).

1 Umschlag (1898–1900). – Briefe v. a. von Mitgliedern der Friedensbewegung, u. a. von Bertha v. Suttner, Theodor Barth, Björnstjerne Björnson, Kuno Fischer, Ernst Haeckel, Peter Rosegger, Georg v. Vollmar und Ernst v. Wildenbruch.

* Rest des umfangreichen Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Stauffenberg, Franz August Frh. Schenk v. (1834–1901) 60 Sta 1

Nationalliberaler, später freisinniger Politiker.

5 Mappen, 1 Umschlag (1865–1870). – Geschäftsnachlaß aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter der bayerischen Kammer der Abgeordneten, u. a. über Militärgesetze, Wahl zum deutschen Zollparlament und Wahlreform 1869.*

Steinkopf, Willy (* 1885)

60 Ste 1

Postdirektor, sozialdemokratischer Parlamentarier.

1 Bündel, 25 Mappen (1900–1944). – Persönliche Unterlagen. Schriftwechsel aus seiner beruflichen Tätigkeit sowie als Reichstagsabgeordneter. Vorwiegend Material aus seiner Tätigkeit nach 1933 als Grundstücks- und Vermögensverwalter.

Stieber, Wilhelm (1818–1882)

60 Sti 1

Polizeidirektor, Chef der Feldpolizei 1866 und 1870/71.

1 Umschlag (1866–1874). – Geschäftsnachlaß, v. a. aus seiner Tätigkeit als Chef der Feldpolizei.

Strantz, Kurd v. (1863 bis nach 1939)

60 Str 1

Offizier, alldeutscher Publizist.

2 Kartons (1885–1932). – Politische Aufsätze (Manuskripte und Druckschriften). Personalpapiere. Schriftwechsel mit Redaktionen und Verlagen.

Strauß, Georg († 1875)

60 Str 2

Liberaler Politiker, Besitzer des Gasthofs „Zur Stadt Darmstadt" in Frankfurt (Main).

1 Umschlag (1861–1870). – Briefe v. a. von politischen Freunden.

* Rest des umfangreicheren Nachlasses, der sich bis 1945 im Reichsarchiv befand.

Stülpnagel-Dargitz, Ida v., geb. v. Holtzendorff (1840–1910) 60 Stu 1

Cousine und Vertraute Friedrichs v. Holstein.

1 Karton (1849–1909). – Briefe von Friedrich v. Holstein. Briefe, Karten und Telegramme von Verwandten und Freunden über Holsteins Krankheit und seinen Tod. – Dabei: Briefe Holsteins an ihren Gatten Alfred v. Stülpnagel-Dargitz und an ihre Mutter Minna v. Holtzendorff.

Valentin, Veit (1885–1947) 60 Va 1

Historiker.

2 Umschläge (1904–1925). – 36 Briefe des Historikers Erich Marcks. 47 Briefe des Juristen Herbert Kraus.

Wangenheim, Conrad Freiherr v. (1849–1926) 60 Wa 1

Konservativer Politiker, Mitbegründer und Vorsitzender des Bundes der Landwirte.

18 Hefter (1915–1923). – Schriftwechsel mit Gustav Roesicke über politische und landwirtschaftliche Fragen, v. a. in Zusammenhang mit dem Reichslandbund. – Dabei: Schriftwechsel (größtenteils in Abschrift) des Sohnes, Regierungsrats H. Freiherr von Wangenheim, aus den Jahren 1930–1937.

Wegerer, Alfred v. (* 1880) 60 We 1

Herausgeber der „Berliner Monatshefte", Leiter der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen.

1 Mappe (1936–1937). – Aufzeichnungen und Schriftwechsel über die Auflösung der Zentralstelle. Privater Schriftwechsel.

Weil, Hermann († 1927) 60 We 2

Getreidegroßkaufmann.

17 Hefter (1914–1920). – Schriftwechsel mit dem Großen Hauptquartier, dem Admiralstab der Marine und der Zentraleinkaufsgesellschaft betr. die Berichte Weils über die wirtschafts- und ernährungspolitische Lage im Ausland.

Winkler, Maria Lydia (* um 1858) 60 Wi 1

Vorsitzende des Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsklubs, Leiterin des „Deutschen Heimathauses" in New York.

1 Karton (1914–1934). – Briefwechsel v. a. mit deutschen Reservisten. Manuskript „Aus Deutsch-Amerika im Weltkrieg" (1926 ff.).

Wolff-Metternich zur Gracht, Paul Graf (1853–1934) 60 Wo 1

Deutscher Diplomat.

1 Hefter, 3 Umschläge (1912–1932). – Denkschrift über die Flottennovelle von 1912. Vortrag in der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1918. Schreiben an den Direktor der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 15. Mai 1918 über die deutsche Diplomatie.

Zimmer, Max (* 1872) 60 Zi 1

Mitglied der Deutschen Botschaft in Konstantinopel.

3 Hefter, 3 Umschläge (1915–1916). – Politische, v. a. wirtschaftspolitische Berichte über Kleinasien. Gutachten, Verträge und Denkschriften. Schriftwechsel z. T. persönlichen Inhalts.

zum Berge, Adolf († 1889) 60 Zu 1

Redakteur des „Hannoverischen Kuriers".

1 Umschlag (1867–1873). – 60 Briefe von Moritz Busch, u. a. über seine Stellung zu Bismarck und über den Krieg 1870/71.

SAMMLUNGEN

EINZELERWERBUNGEN

61 **Autographensammlung**

Die Autographensammlung enthält einzelne oder mehrere Schriftstücke von bekannten und bedeutenden Persönlichkeiten, die Autographencharakter tragen und keinen Empfängerzusammenhang erkennen lassen.*

Umfang: 5 Kartons (1708–1932)
Archivhilfsmittel: Kartei (1956).

62 **Sachthematische Sammlung**

Die Sachthematische Sammlung besteht aus Einzelerwerbungen von lediglich inhaltlicher Bedeutung (Manuskripte, Erlebnisberichte, Sammlungen u. ä.), bei denen die Person des Schreibers und des Empfängers unbekannt oder ohne Bedeutung ist.* Sie enthält Material v. a. zu folgenden Themenkreisen:

Krieg 1870/71
Krieg 1914–1918
Novemberrevolution 1918, Kapp-Putsch u. a. Nachkriegskämpfe
Deutsche besetzte Gebiete nach 1918, Separatistenunruhen, Ruhrkämpfe

Umfang: 41 Kartons (1797–1943)
Archivhilfsmittel: Kartei (1954).

* Vgl. Schmid, a. a. O., S. 49 (vgl. o. S. 191).

FAMILIENGESCHICHTLICHE SAMMLUNGEN

Die Familiengeschichtlichen Sammlungen umfassen zum größten Teil Bestände und Einzelstücke, die das Reichssippenamt (15.09) von Genealogen und Heraldikern, vom Verein Herold und von anderen Personen und Stellen erworben hatte. Dabei befinden sich auch die vom Reichssippenamt hergestellten zahlreichen Kleinbildfilme und -vergrößerungen von Kirchenbüchern verschiedener Gegenden. Gleichgeartete Erwerbungen des Reichsarchivs und des Deutschen Zentralarchivs sind eingeordnet worden.

Im einzelnen sind vorhanden:

Genealogische Sammlungen
Heraldische Sammlungen
Urkunden, Akten und Stadtbücher
Wappenbücher, Siegel, Karten und Bilder

etwa 3900 Originalkirchenbücher aus den früheren Ostgebieten
etwa 16 500 Kleinbildfilme und etwa 2500 Bände Kleinbildvergrößerungen von Kirchenbüchern aus verschiedenen deutschen Ländern und v. a. aus den früheren Ostgebieten.

Angeschlossen sind Bestände genealogischer Vereinigungen:

Verein Herold, 10 Bde. (1907–1914)
Reichsverband der Sippenforscher und Heraldiker, 3 Bde. (1940 bis 1943)
Arbeitsgemeinschaft der deutschen familien- und wappenkundlichen Vereine, 6 Hefter (1926–1932)

KARTENSAMMLUNG

Karten und Kartenwerke

Die Kartensammlung enthält Kartenwerke verschiedener, oft nicht mehr feststellbarer Provenienzen. Nur der kleinste Teil stammt aus den Beständen der im wesentlichen vernichteten Kartensammlung des ehem. Heeresarchivs. In der Hauptsache baut sich die Sammlung auf Kartenabgaben des ehem. Reichsluftfahrtministeriums, des Statistischen Zentralamts und des Ministeriums des Innern (Hauptabteilung Vermessung und Kartenwesen) aus den Jahren 1950–1954 auf. Die in der zeitlichen Erstreckung nicht begrenzte, vielmehr durch Abgaben und Austausch laufend erweiterte Sammlung von z. Z. insgesamt etwa 25 000 Blättern umfaßt im wesentlichen Karten aus dem 18.–20. Jh.

Bestandsgliederung:

A. Allgemeine Landeskunde
B. Europa (auch mehrere europäische Staaten umfassend)
C. Deutschland (Deutsches Reich)
  1. Allgemeine Karten (auch mehrere Einzelstaaten umfassend)
  2. Gesamtpreußen (auch mehrere Provinzen umfassend)
  3. Besondere Karten
D. Einzelne Teile Deutschlands (des Deutschen Reichs)
  1. Ost- und Westpreußen
  2. Posen
  3. Schlesien
  4. Brandenburg
  5. Mecklenburg, Schleswig-Holstein
  6. Niedersachsen
  7. Westfalen
  8. Rheinland, Saargebiet, Rheinpfalz
  9. Hessen
  10. Südwestdeutschland
  11. Bayern
  12. Sachsen
  13. Mitteldeutschland
E. Europäische Staaten (außer Deutschland)
F. Asien

G. Afrika
H. Amerika
I. Australien und Polynesien
K. Arktis und Antarktis

Archivhilfsmittel: Kartei der Kartenwerke und Einzelkarten (1956); Übersichtsblätter der Kartenwerke (1952–1956).

Militärische Karten und Pläne

Hier sind die „Karten und Pläne", d. h. die erste Gruppe der Kartensammlung des Preußischen Heeresarchivs*, mit den Plänen der übrigen preußischen Festungen im Reichsarchiv zusammengefaßt. Die durch den Krieg verursachten Verluste sind hier offenbar bedeutend geringer. Der noch unbearbeitete Bestand von etwa 6700 Plänen wird voraussichtlich folgende Einteilung erhalten:

A. Preußische Festungen
Coblenz, Cosel, Erfurt, Jülich, Saarlouis, Schweidnitz, Silberberg, Stettin, Stralsund, Thorn, Torgau, Magdeburg, Posen, Cüstrin usw.

B. Bundesfestungen
Germersheim, Luxemburg, Mainz, Rastatt, Ulm.

C. Sonstiges
Dabei: Schlachten- und Manöverpläne, Operationskarten, österreichische Städte und Festungen.

Technische Pläne und Zeichnungen

(v. a. von Fahrzeugen und Waffen; funktechnische Zeichnungen).

Umfang: etwa 12 000 Stück (1904–1935)

* Vgl. Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, 2. Teil, Leipzig 1935 (Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung 25), S. 224 f.

LITERATURHINWEISE

Die folgenden bibliographischen Hinweise wollen den Benutzer des Deutschen Zentralarchivs auf die wichtigsten literarischen Hilfsmittel aufmerksam machen, auf die er bei der Arbeit an den Archivalien häufig zurückgreifen muß.

Reichsrecht

Bundesgesetzblatt für den Norddeutschen (Deutschen) Bund. 1867 bis 1871. *Fortsetzung:*

Reichsgesetzblatt. 1871–1945. *Erschien seit 1922* in Teil I und Teil II.
Zentralblatt für das Deutsche Reich. 1873–1922. *Fortsetzung:*
Reichsministerialblatt (Zentralblatt für das Deutsche Reich). 1923 bis 1945.

Deutscher Reichs- und (Kgl.) Preußischer Staatsanzeiger. 1871–1945. *Vorher (seit 1852) u. d. T.:* Kgl. Preußischer Staatsanzeiger.

Durch folgende Werke wurde das Reichsrecht nach dem jeweils gültigen Stand in (z. T. systematisch angeordneten) Schlagworten erfaßt:

Haupt-Sachverzeichnis zum Bundes- und Reichs-Gesetzblatte von 1867 bis . . . (1876, 1886, 1896, 1906, 1916). Berlin 1877, 1887, 1897, 1907, 1917.
Inhaltsverzeichnis zum Reichsgesetzblatt. Bearb. v. Alfred Dehlinger. Berlin 1915–1918 *(jährlich).*
Systematische Übersicht über das Reichsgesetzblatt 1867 bis . . . (1928 bis 1943). 6.–21. A. Berlin 1929–1944 *(jährlich).*
ABC des Reichsrechts. Gesamtsachverzeichnis zum Bundes- und Reichsgesetzblatt 1867–1929. Berlin 1930.
Das Recht der Neuzeit. Hg. v. Franz Schlegelberger und Werner Hoche. 1.–18. A. Berlin 1921–1934 (Sammlung Vahlen 8).

Verfassungs- und Verwaltungsrecht*

Fritz Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jh. bis zur Gegenwart. 6. A. Stuttgart 1954.

* In dieser Auswahl mußten die Darstellungen des Reichsverwaltungsrechts unberücksichtigt bleiben.

Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Bd. 1–25, N. F. Bd. 1 ff. Tübingen 1908–1939, 1951 ff. Register zu Bd. 1–15 (1928), 16–20 (1932).

Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 1–39, N. F. Jg. 1–34, 35 ff. (Freiburg) Tübingen 1907–1919, 1920–1944, 1948 ff.

Robert Graf Hue de Grais, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reich. 1.–25. A. Berlin 1882–1930. *In späteren Auflagen* bearbeitet von Hans Peters und Werner Hoche.

E. Menzel, F. Groh und H. Hecker, Verfassungsregister Teil I (Deutschland). Frankfurt (Main) und Berlin 1954 (Dokumente 14). *Verzeichnis der Fundorte für die Verfassungen des Reichs und der deutschen Länder des 19. und 20. Jhs. sowie ihrer Entwürfe, Änderungen, Neufassungen.*

Ernst Rudolf Huber, Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit. Bd. 1–2. Tübingen 1949–1951.

Heinrich Triepel, Quellensammlung zum deutschen Reichsstaatsrecht. 1.–5. A. (Leipzig) Tübingen 1901–1931.

Carl Sartorius, Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachverzeichnis. 1.–15. A. München (und Berlin) 1903–1944.

Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts. Hg. v. Karl Frh. v. Stengel. Bd. 1–2, Ergänzungsband 1–3. Freiburg 1890 bis 1897. – 2. *A. u. d. T.:* Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts. Hg. v. Max Fleischmann. Bd. 1–3. Tübingen 1910 bis 1914.

Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechtes. 7. A., bearb. v. Gerhard Anschütz. Bd. 1–3. Leipzig 1914–1919.

Paul Laband, Deutsches Reichsstaatsrecht. 6. A. Tübingen 1912. 7. A., Bd. 1 (bearb. v. Otto Mayer), 1919 (Das öffentliche Recht der Gegenwart 1).

Ders., Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. 5. A., Bd. 1–4. Tübingen 1911–1914.

Rudolf Morsey, Die obersten Reichsbehörden im Bismarckschen Deutschland (1867–1890). Errichtung, Aufbau, Geschichte. Phil. Diss. Münster 1955.

Willibald Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung. München 1946.

Handbuch des deutschen Staatsrechts. Hg. v. Gerhard Anschütz und Richard Thoma. Bd. 1–2. Tübingen 1930–1932.

Otto Meißner, Das Staatsrecht des Reichs und seiner Länder. 2. A. Berlin 1923.

Cläre Kortum u. Willy Meerwald, Schrifttum des geltenden Verfassungsrechts des Reichs und der Länder. Berlin 1929.

Ferner die Bibliographien in den von Bernhard Harms herausgegebenen Sammelwerken: Recht und Staat im neuen Deutschland,

Bd. 2, Berlin 1929, S. 505–557; Volk und Reich der Deutschen, Bd. 3, Berlin 1929, S. 641–695.

Otto Meißner u. Georg Kaisenberg, Staats- und Verwaltungsrecht im Dritten Reich. Berlin 1935.
Die Verwaltungs-Akademie. Hg. v. Hans-Heinrich Lammers u. Hans Pfundtner. Bd. 1–3 (nebst Register), Berlin 1934–1937. Nachtrag 1939. – 2. A. Bd. 1–3. Berlin u. Wien 1939.
Bodo Dennewitz, Verwaltung und Verwaltungsrecht. Wien 1944.

Behördenorganisation

Handbuch für das Deutsche Reich. Jg. 1–46. Berlin 1874, 1876–1877, 1879–1914, 1918, 1922 (mit Ergänzungsheft 1923), 1924, 1926, 1929, 1931 (mit Ergänzungsheft 1932), 1936.

Für die Lücken müssen folgende überwiegend von privaten Herausgebern bearbeitete, doch häufig amtlich unterstützte Werke herangezogen werden:

Kürschners Staats-, Hof- und Kommunalhandbuch des Reichs und der Einzelstaaten. 1.–3. Jg., 4.–29. Ausg. 1883–1917 (1.–3. Jg. u. d. T.: Kleines Staatshandbuch des Reichs und der Einzelstaaten).
Verzeichnis der Reichsbehörden. Aufgestellt im Reichsministerium des Innern. Februar 1920. Berlin (1920). *Nicht im Buchhandel erschienen.*
Walter Bayrhoffer, Die Behördenorganisation. Berlin 1921 (Elsners Betriebsbücherei 15). *Enthält nur: Zentralbehörden des Reichs und Preußens.*
Otto Meißner, Grundriß der Verfassung und Verwaltung des Reichs und Preußens nebst Verzeichnis der Behörden und ihres Aufgabenkreises. Berlin 1922 (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft und Praxis 1).
Behörden-Adreßbuch des Deutschen Reiches und seiner Länder und Städte. 1.–3. A. Berlin 1922, 1926, 1930.
Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Hg. v. Cuno Horkenbach. Berlin (1931). *Das Werk wurde fortgeführt durch:* Jahresbände 1931–1933, Berlin 1932–1935, *sowie durch:* Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden, Körperschaften und Organisationen. Jg. 1–2. Berlin 1933, 1935. *(Ohne Behörden Preußens und der Länder.)*
Führer durch die Behörden und Organisationen. Hg. v. Ludwig Münz. 1.–4. A. Berlin 1933, 1934, 1936, 1939.

Adressenwerk der Dienststellen der NSDAP mit den angeschlossenen Verbänden, des Staates ... und der Berufsorganisationen ... mit Lexikon-Wegweiser von A–Z. Reichsband. 1.–3. A. Berlin 1937 bis 1941/42.

Taschenkalender *(seit 55. Jg.:* Taschenbuch) für Verwaltungsbeamte auf das Jahr ... (1884–1943). Jg. 1–60. Berlin 1883–1943.

(Gothaischer) Genealogischer Hofkalender nebst Diplomatisch-statistischem Jahrbuch. Jg. 104–159. Gotha 1867–1922. – *Der zweite Teil (Diplomatisches Jahrbuch) erschien seit 1923 in gesonderter Reihe:* Gothaischer Kalender, Diplomatisches Jahrbuch. Jg. 160–162. Gotha 1923–1925. – *Fortsetzung:* Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft. Jg. 163–181. Gotha 1926–1944.

Daneben ist – v. a. für das erste und das letzte Jahrzehnt des Reiches – stets heranzuziehen:

Handbuch über den Kgl. Preußischen Hof und Staat (ab 1922: über den Preußischen Staat). Berlin 1868, 1871, 1873, 1875–1907, 1909 bis 1914, 1918, 1922, 1925–1931, 1934–1935, 1938–1939.

Völkerrecht

Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Begonnen von Julius Hatschek, fortges. u. hg. v. Karl Strupp. Bd. 1–3. Berlin 1924–1929.

(Martens) Recueil général de traités. Ed. par Charles Samwer. Vol. 1–7. Göttingen 1856–1875. *Dazu:* Table générale du recueil de traités, ed. par Jules Hopf, Göttingen 1875–1876.

(Martens) Nouveaux recueils généraux de traités. Deuxième série. Ed. par Charles Samwer et Jules Hopf, ab vol. 11: Felix Stoerk. Vol. 1–35. Göttingen bzw. Leipzig 1876–1908. *Dazu:* Table générale, ed. par Charlotte Triepel, Leipzig 1910.
Troisième série. Ed. par Heinrich Triepel. Vol. 1–41. Leipzig 1909 bis 1944. *Dazu:* je eine Table générale, ed. par Heinrich Triepel, für vol. 1–10 (1922), 11–20 (1933), 21–30 (1935).
Sammlung von völkerrechtlichen Urkunden für die Zeit von 1720 bis 1874, 1853–1908, 1862–1943.

Das Staatsarchiv. Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur Geschichte der Gegenwart. *(Zunächst)* hg. v. Karl Ludwig Aegidi u. Alfred Klauhold. Bd. 1–86. Hamburg bzw. Leipzig 1861–1919. – *N. F. u. d. T.:* Das Staatsarchiv. Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur Außenpolitik der Gegenwart. Hg. v. Friedrich Thimme. N. F. Bd. 1. Leipzig 1928.

Johann Saß, Die deutschen Weißbücher zur auswärtigen Politik 1870 bis 1914. Geschichte und Bibliographie. Berlin u. Leipzig 1928.
Walter Wache, System der Pakte. Die politischen Verträge der Nachkriegszeit. Berlin 1938.
Helmuth Rönnefarth, Konferenzen und Verträge. Teil II: 1493–1953. Würzburg 1954 (*„Vertrags-Ploetz"*).

Sonstige Hilfsmittel

Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Jg. 1–25; Bd. 26–81 (= N. F. Jg. 1–56). *(Für)* 1860–1940. Nördlingen bzw. München 1861 bis 1942.
Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Hg. v. Karl Wippermann, später Friedrich Purlitz. Jg. 1–49 (für 1885–1933). Leipzig 1886–1934. – *1914–1918 mit dem Nebentitel:* Der europäische Krieg, Bd. 1–10. *Dazu erschienen die Sonderbände* A (Die deutsche Revolution, Bd. 1–2, 1919–1921), B (Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles, 1919–1920), C (Die deutsche Reichsverfassung in ihrer Entstehung, 1919) *und mehrere Sonderhefte:* Diplomatische Enthüllungen (Der Weg zum Zusammenbruch, Heft 1–2, 1919), Der Friede von Bukarest (1918), Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und der Friede mit Rußland (1918), Die Zusatzverträge zum Frieden von Brest-Litowsk (1919), Der Friede von Versailles (1919).

Politisches Handwörterbuch. Hg. v. Paul Herre. Bd. 1–2. Leipzig 1923.
Politischer Almanach, Jahrbuch des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisationen. (Seit 5. A.: Handbuch des öffentlichen Lebens.) Hg. v. Maximilian Müller-Jabusch. 1.–6. A. Leipzig 1922, 1923, 1925/26, 1927, 1929, 1931.

Regenten und Regierungen der Welt. Teil II: 1492–1953. Bearb. v. Berthold Spuler. Bielefeld 1953 (*„Regenten-Ploetz"*).

Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes:
Die Statistik des Deutschen Reiches. Erste Reihe, Bd. 1–63, Berlin 1873–1883. N. F. Bd. 1–599, Berlin 1884–1944 *(ab Bd. 150 ohne Zusatz „Neue Folge", mit mehreren Lücken).* – Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Jg. 1–52. Berlin 1892 bis 1943. – Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jg. 1–59. Berlin 1880–1941/42. – Wirtschaft und Statistik. Jg. 1–24. Berlin 1921–1944.

REGISTER

Das Register möchte auf die Zusammenhänge zwischen den Registraturen in den Archivbeständen aufmerksam machen, wie sie sich aus Filiation, Absplitterung und Vereinigung von Behörden, aus Übernahme und Abgabe von Zuständigkeiten ergeben. Es sind alle Reichsbehörden erfaßt; dagegen wurde darauf verzichtet, die Unterstellungsverhältnisse festzuhalten, inhaltliche Verweise aufzunehmen und alle anderen Archivbestände in das Register einzubeziehen. Sie sind in ihrer sachlichen Anordnung und alphabetischen Reihenfolge leicht zu überblicken und weisen zudem untereinander nicht die zahlreichen Beziehungen und Verschränkungen auf, die gerade für die Registraturen der Reichsbehörden infolge ihrer geschichtlichen Entwicklung charakteristisch sind. Doch ist auf Zusammenhänge zwischen nichtstaatlichem Archivgut und Reichsbehörden (z. B. Handakten in Nachlässen) aufmerksam gemacht.

Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Seitenzahlen.



Deutsches Zentralarchiv Potsdam: Ansicht von Norden
(Frühjahr 1955)



Innenhof mit Blick auf das Magazingebäude



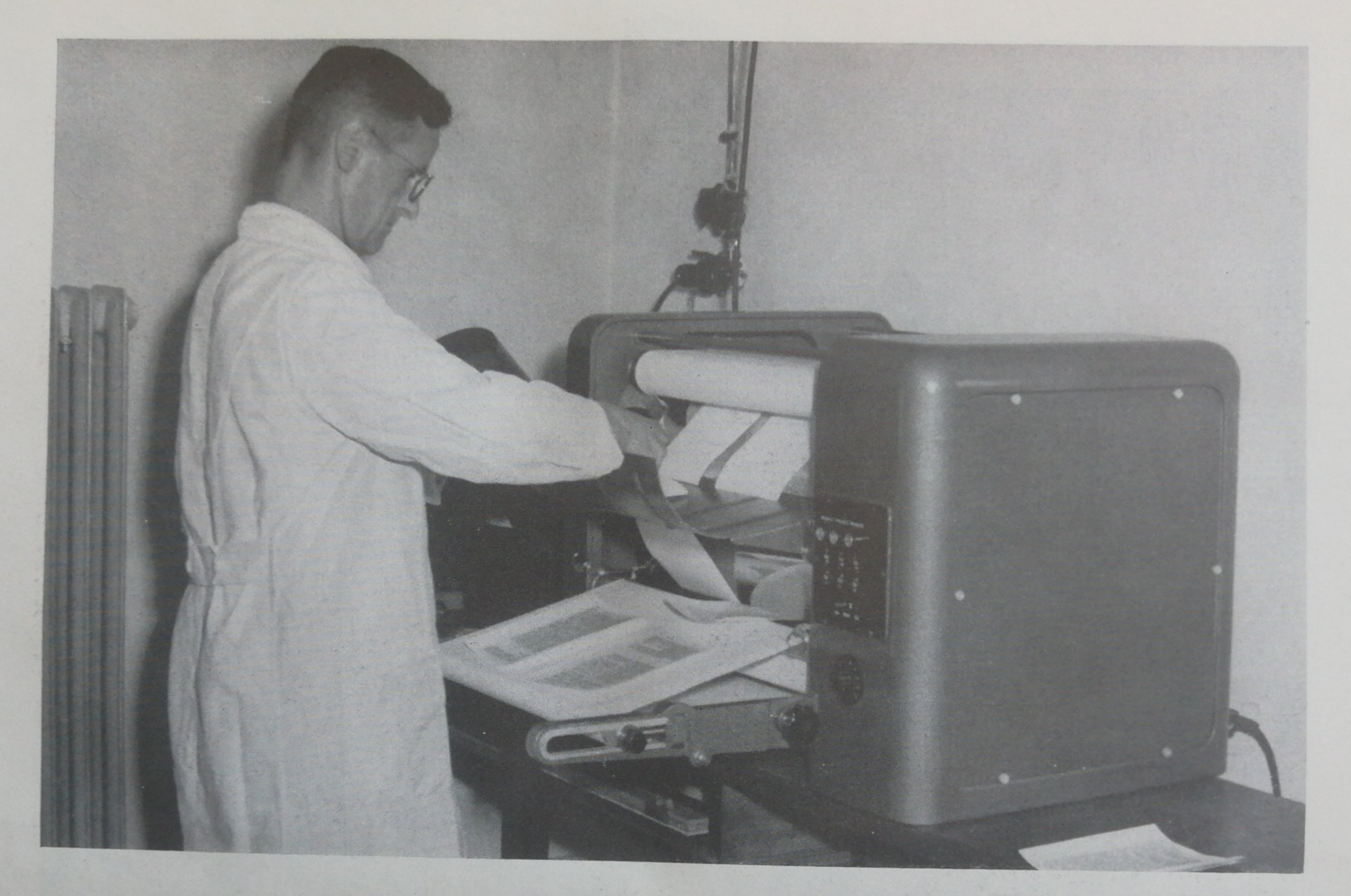
Benutzerraum



Magazin



Magazin



In der Bildstelle

In der Buchbinderwerkstatt



Orangerie im Park von Sanssouci
(Unterkunft des Deutschen Zentralarchivs 1948-1955)